LANDTAGSSPIEGEL 2022

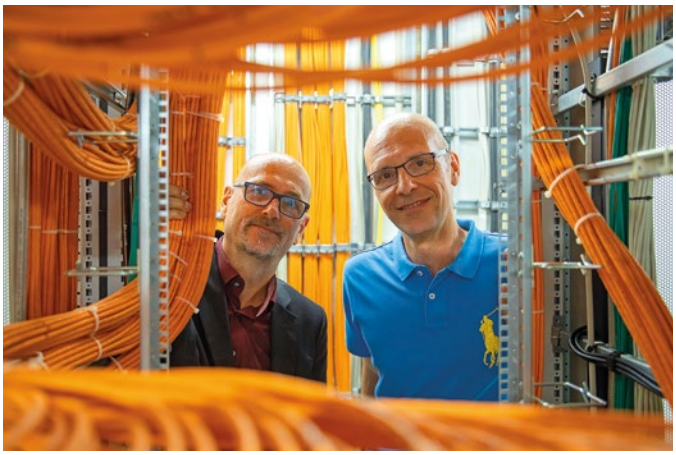
36. Jahrgang

VEREINT IN VIELFALT – GEMEINSAM FEIERN!
70 Jahre Baden-Württemberg

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

VEREINT IN VIELFALT – GEMEINSAM FEIERN!

70 Jahre Baden-Württemberg



Inhalt

→ 01 **Editorial**
Landtagspräsidentin Muhterem Aras

→ 02 **Parlament im permanenten Krisenmodus**
Ein Gastbeitrag von Nico Pointner

→ 06 **Forum der Fraktionen**
Meinungsbeiträge von
GRÜNE, CDU, SPD, FDP/DVP, AfD

→ 16 **Erfolgsmodell Baden-Württemberg**
Ein Gastbeitrag von Dr. Maike Hausen

→ 19 **70 Jahre Baden-Württemberg**
Rundum gelungene Party

→ 20 **Erfindungen aus Baden-Württemberg**
Ein Land voller Ideen

→ 21 **Der Landtag und seine Mitglieder**
→ 22 Der Landtag – Aufgaben und Arbeitsweise
→ 23 Das Präsidium
→ 24 Die Ausschüsse
→ 28 Sitzordnung
→ 30 Wahlkreiskarte
→ 31 Die Abgeordneten
→ 39 Die Fraktionen / Berufliche Gliederung
→ 40 Das Kabinett
→ 41 Landtags-ABC

→ 46 **Wenn ein Bojamoonschda oigagrindig ist**
Dialekte in Baden-Württemberg

→ 47 **Frauen im Landtag von Baden-Württemberg**
Weibliche Mitglieder des 1. Landtags (1952/53)

→ 48 **Die Konferenz zur Zukunft Europas**
Bilanz eines mutigen Beteiligungsprozesses

→ 50 **WERTSACHEN – Gerechtigkeit**
Was sind uns Pflegeberufe wert?

→ 52 **Die Vizepräsidenten**
Dr. Wolfgang Reinhart und Daniel Born

→ 54 **Informations- und Kommunikationstechnik**
Geballte Erfahrung und viel Herzblut

→ 56 **Eine Erfolgsgeschichte**
Der Landtag auf Social Media

→ 58 **Veranstaltungen und Begegnungen**
Ein Kaleidoskop

→ 65 **Sitzungsplan**
Terminübersicht Juli 2022 – Juli 2023

Liebe Leserin, lieber Leser,
mehr als zwei Jahre lang hat uns die Corona-Pandemie fest im Griff gehabt. Auf vieles mussten wir in dieser Zeit schweren Herzens verzichten: Besuche bei der Familie, gemeinsame Feiern, Reisen oder Veranstaltungen. Doch das Jahr 2022 ist, was die pandemische Entwicklung angeht, ein Lichtblick: Sehr viele Menschen sind gegen das Virus geimpft, die Infektionszahlen sinken weiter. Bei aller noch immer gebotenen Vorsicht kehren wir nach und nach in ein Leben ohne größere Einschränkungen zurück.

Editorial

Für Plenarsitzungen bedeutet dies, dass alle Abgeordneten im Plenarsaal Platz nehmen können und die Besuchertribüne wieder geöffnet ist. Unser Besucherdienst führt nun wieder Besuchergruppen durch das Parlament und auch große Veranstaltungen mit vielen Gästen sind glücklicherweise wieder möglich: Zum Beispiel haben wir die Gesprächsreihe „WERTSACHEN – Was uns zusammenhält" neu aufgelegt und das 70-jährige Bestehen des Landes Baden-Württemberg gefeiert. Der runde Geburtstag des Südweststaats ist auch der Schwerpunkt in unserem Parlamentsmagazin. Unsere Gastautorin Dr. Maike Hausen von der Landeszentrale für politische Bildung analysiert das Erfolgsmodell Baden-Württemberg. Wir erläutern, weshalb Baden-Württemberg als Land der Tüftler und Erfinder gilt, und hören bei den verschiedenen Dialekten im Land genauer hin. Was sich politisch in den letzten Monaten getan hat, zu nennen ist etwa die im April 2022 vom Landtag beschlossene Wahlrechtsreform, zeichnet unser zweiter Gastautor, dpa-Korrespondent Nico Pointner, nach.

Darüber hinaus wollen wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, Einblicke geben in unterschiedliche Bereiche des Parlamentsgeschehens. Wir zeigen Ihnen, wie sich der Landtag in den sozialen Netzwerken präsentiert, und stellen Ihnen das IT-Referat sowie die beiden Vizepräsidenten Dr. Wolfgang Reinhart und Daniel Born vor. Als Vertreterin des Ausschusses der Regionen im Plenum der Konferenz zur Zukunft Europas berichte ich über diesen erfolgreichen europaweiten Beteiligungsprozess, den der Landtag mit einem Bürgerforum begleitet hat.

Für das Titelbild des Landtagsspiegels haben wir ein Foto gewählt, das sinnbildlich für das Jahr 2022 steht: die Solidarität nahezu der ganzen Welt mit der Ukraine. Auch der Landtag von Baden-Württemberg hat den brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands aufs Schärfste verurteilt. Ein Friedenskonzert am 9. März 2022 unterstrich die deutliche Positionierung.

Die parlamentarische Demokratie ist ein hohes Gut und lebt vom Austausch und von Begegnungen – ich lade Sie ein, unsere Besuchsprogramme zu nutzen. Bis dahin wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Muhterem Aras MdL
Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg

Parlament im permanenten Krisenmodus

EIN GASTBEITRAG VON NICO POINTNER

dpa-Korrespondent in Stuttgart

Hätte mir jemand in der vergangenen Legislaturperiode gesagt, was in diesen Tagen im Plenum debattiert wird: Ich hätte ihn für schlichtweg verrückt erklärt. Eine globale Pandemie, die zwar gerade im Sommerschlaf schlummert, aber die die Welt immer noch auf Trab hält. Historische wirtschaftliche Verwerfungen und eine Inflation, die stramm auf die Zweistelligkeit zumarschiert. Und jetzt noch ein Krieg, der die ganze Welt, wie wir sie kennen, verändern wird. Angesichts dieser schockierenden Wegmarken erscheint einem die US-Präsidentschaft von Donald Trump als längst vergangene, fast harmlose Episode im Weltgeschehen. Auch in Landtagsdebatten geht es plötzlich ums große Ganze, um Krieg und Frieden, um deutsche Panzer und gefesselte Leichen in den Straßen Butschas.

Die ukrainische Flagge weht vor dem Landtag von Baden-Württemberg als Zeichen der Solidarität.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann spricht Anfang April im Plenum von einer zerschossenen Nachkriegsordnung. Er verspricht den Ukrainern Solidarität und verurteilt den russischen Angriffskrieg als einen Angriff auf „unsere Art zu leben" – und erhält dafür einstimmigen Applaus von allen Seiten des Plenums. Von einer Zeitenwende für das Land redet Kretschmann gar, wie der Bundeskanzler, mit dem er sonst eher selten einer Meinung ist.

Aber was hat der baden-württembergische Landtag damit zu tun, wenn im Donbas die Bomben fallen? Zwischen Stuttgart und Mariupol liegen schließlich mehr als 2.100 Kilometer Luftlinie. Trotzdem: Der Krieg wirkt sich auf unser aller Leben aus. Nicht nur weil die Spritpreise steigen. Zigtausende Flüchtlinge kommen ins Land und brauchen ein Zuhause. Tausende Kinder müssen in den Schulen integriert werden. Und keiner weiß, wie lange der Angriffskrieg noch dauert.

Debattieren mit Abstand: Corona hinderte die Abgeordneten nicht daran, intensiv zu diskutieren und Gesetze auf den Weg zu bringen.

Dabei waren die Abgeordneten gerade dabei, in die Normalität zurückzukehren. Die, die wegen der Abstandsgebote auf die Besucherplätze verbannt wurden, dürfen endlich wieder nebeneinandersitzen, unten, im Maschinenraum der Demokratie. Auf die Maske können sie nun verzichten. Auch die Besucher dürfen zurück in den Plenarsaal.

Nun also die nächste Jahrhundert-Krise. Dabei ist die letzte noch längst nicht verdaut. Die Auswirkungen der Pandemie dürften Land und Landtag noch lange, lange beschäftigen. Bei all der Dramatik zwischen Virus und Krieg darf aber nicht vergessen werden, dass der parlamentarische Normalbetrieb weiterläuft – und das nicht ohne wichtige Entscheidungen für Land und Leute. Bereits im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode konnte das Parlament zwei dicke Klötze vom Tisch hieven, bei denen sich Grüne und CDU vor Kurzem noch wurzeltief in den Haaren lagen.

1. Solarpflicht: Zwei Monate nach ihrem Start legte die grün-schwarze Koalition ein neues Klimaschutzgesetz vor – das erste große Projekt der Regierung in der neuen Wahlperiode. Wer ein neues Haus im Südwesten bauen will, muss seit Anfang Mai eine Solaranlage auf seinem Dach installieren. Gegen die Solardachpflicht für alle Neubauten wehrte sich die CDU in der vergangenen Legislaturperiode noch mit Händen und Füßen, lediglich eine Pflicht für Produktionshallen,

Solaranlagen auf Dächern sind jetzt Pflicht: hier eine Anlage in Freiburg.

Ihre Stimmen wurden gehört: Der Landtag hat die Reform des Landtagswahlrechts beschlossen. Bei der nächsten Landtagswahl 2025 dürfen 16- und 17-Jährige mitwählen; außerdem wird dann ein Zwei-Stimmen-Wahlrecht eingeführt.

Fabrikgebäude oder Parkhäuser wollte man mittragen. Nun gilt die Pflicht für alle. Das betrifft viele Tausend Häuslebauer im Südwesten – und ihre Geldbeutel. Ab 2023 müssen Hausbesitzer bei einer grundlegenden Dachsanierung ebenfalls eine Photovoltaikanlage einbauen lassen. Anfang Oktober beschloss der Landtag das Gesetz. FDP und AfD kritisierten, die Solarpflicht sei unsozial und werde das Wohnen teurer machen.

2. Wahlrechtsreform: Das Parlament beschloss nach jahrelanger Debatte auch die Reform des Landtagswahlrechts. Künftig dürfen 16- und 17-Jährige bei Landtagswahlen, Volksabstimmungen, Volksanträgen und Volksbegehren mitstimmen. Außerdem sollen mit einem Zwei-Stimmen-Wahlrecht endlich mehr Frauen ins Parlament einziehen. An der Frage der Listenwahl ging die Koalition von Grünen und CDU vor wenigen Jahren noch fast zu Bruch. Die CDU wollte nicht mittragen, was eigentlich im Koalitionsvertrag beschlossen worden war. Seit Anfang April nun ist die Reform, laut Innenminister Thomas Strobl gar die „tiefgreifendste" seit Bestehen des Landes, beschlossene Sache. Für die nötige Zweidrittelmehrheit holte die Koalition die SPD ins Boot.

Dass diese Mammutprojekte relativ geräuschlos zu Gesetzen wurden, zeugt entweder von einer geschwächten CDU im Machtgefüge der Koalition – oder von einem neuen Miteinander der Koalitionspartner in Landtag und Regierung, je nach Sichtweise. Fest steht: Grüne und CDU arbeiten seit ihrer Neuauflage geschmeidiger zusammen, zeigen zumindest nach außen ein geeintes Bild.

Ob diese neue Stabilität noch lange anhält, ist fraglich. Die Haushaltsverhandlungen stehen an. Die sind nie leicht, klar, dürften aber diesmal besonders ungemütlich werden. Die Pandemie schlummert nur im Wartemodus. Und die Folgen des Krieges für das Land sind schwer abschätzbar – aber allen ist klar, dass sie gravierend sein dürften. Schon jetzt sind mehr Menschen aus der Ukraine in den Südwesten geflüchtet als Asylsuchende aus dem Nahen Osten 2015. Verteilungskämpfe zwischen den Regierungspartnern sind vorprogrammiert. In seiner Regierungserklärung am 6. April warnt der Regierungschef vor schweren Zumutungen. „Wir müssen uns auf härtere Zeiten einstellen", sagt er im Plenum. Auch das Parlament müsse seinen Beitrag leisten. Schwierige Haushaltsberatungen stünden bevor. Der Ministerpräsident fordert Mut für schmerzhafte Einschnitte.

Dazu wackelt der Posten des Mannes, der bisher als Kitt zwischen Grünen und Konservativen diente: Innenminister Thomas Strobl (CDU) steht wegen der Weitergabe eines Anwaltsschreibens rund um einen Sex-Skandal im Innenministerium enorm unter Druck. Die Opposition wirft ihm Rechtsbruch vor – und fordert seinen Rücktritt. Die Opposition inszeniert Mitte Mai eine Art öffentlichen Prozess gegen den Minister. Strobl verteidigt sich im Plenum, spricht von „billiger Effekthascherei und Theaterdonner". Die Affäre dürfte die Abgeordneten noch länger beschäftigen.

Im Herbst 2022 geht's ums Geld: Die Haushaltsberatungen für die Jahre 2023 und 2024 stehen an.

Der Ukraine-Krieg führt es uns vor Augen: Wir müssen auch energieunabhängiger werden.

Dabei sollte Baden-Württemberg doch eigentlich zum Klimaland Nummer eins werden. Dabei wollten Grüne und CDU die Wirtschaft transformieren und Baden-Württemberg bei der Bildung voranbringen. Aber alle Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag standen von Beginn an unter strengem Finanzierungsvorbehalt. Bereits die Corona-Pandemie hatte tiefe Löcher in den Haushalt gerissen. Nun kommt noch der Krieg dazu. Die grün-schwarzen Projekte kosten viel Geld, das man nun nicht mehr hat. Konflikte in der Koalition lassen sich nicht mehr mit sprudelndem Steuergeld wegspülen. Da der Südwesten absehbar in eine Rezession schlittert, muss die Frage gestellt werden, ob der Koalitionsvertrag noch das Papier wert ist, auf dem er geschrieben steht. Auf den Landtag kommen schwierige Zeiten zu.

Für ein krisenfestes und nachhaltiges Baden-Württemberg

MEINUNGSBEITRAG DER FRAKTION GRÜNE

„Erfolgreiche Klimaschutzpolitik ist Nachhaltigkeitspolitik!“

Unser Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz bei einer Rede im Plenarsaal.

Unser Fraktionsvorstand (v. l. n. r.): Daniel Lede Abal, Thomas Poreski, Nese Erikli, Petra Krebs, Muhterem Aras, Oliver Hildenbrand, Cindy Holmberg und Andreas Schwarz.

Ein Krieg in Europa? Das erinnert an düstere Zeiten und nicht an 2022. Und dennoch ist es wahr: Ende Februar startete Putin einen brutalen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine. Es ist ein Krieg, der weitaus mehr als Partikularinteressen verfolgt. Es ist ein Krieg gegen die Menschlichkeit und die globale Wertegemeinschaft. Mich berühren die Einzelschicksale und das unermessliche Leid der kriegsgebeutelten Ukrainerinnen und Ukrainer. Wir tun alles Mögliche, um das Leid der Geflüchteten mittel- und unmittelbar zu begrenzen – auch in Baden-Württemberg!

Solidarität mit den Menschen in der Ukraine

Daher mein Appell: Wir sind und bleiben offen für alle Menschen, die aus der Ukraine zu uns fliehen. Wir werden alle aufnehmen und ihnen Schutz und Heimat anbieten. Wir kümmern uns um die Kinderbetreuung und um den Schulaufenthalt der Kinder. Wir sorgen dafür, dass Studierende ihr Studium ohne finanzielle Hürden bestreiten können. Mit dem Sonderprogramm für Wohnraum für Geflüchtete können wir fortan den Wohnungsbau vorantreiben sowie die Kostenlasten für privat untergebrachte Kriegsgeflüchtete senken. Wir wissen: Diese Situation stellt uns vor Herausforderungen. Doch wir wissen auch: Als starkes Land werden wir das meistern. Das hat Baden-Württembergs Wirtschaft in den letzten zehn Jahren grün geführter Regierung unter Beweis gestellt – und darauf können wir aufbauen.

Energieunabhängigkeit

Ein wichtiger Schritt hin zur Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern ist der Umstieg auf von uns selbst produzierte erneuerbare Energien. Der Krieg verdeutlicht uns, wie fatal die energiewirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands ist. Aber wir sind nicht machtlos. In Baden-Württemberg haben wir es selbst in der Hand. Deswegen ist der massive Ausbau der erneuerbaren Energien immens wichtig – im Strom, im Verkehr, vor allem im Wärmesektor.

Klimaschutzgesetz

Energieunabhängigkeit ist gleichzeitig ein Booster für den Klimaschutz. Die Eindämmung der Klimakrise hat für uns oberste Priorität. Mit unserem Klimaschutzgesetz und der darin enthaltenen Solarpflicht wie der Pflicht zur Wärmeleitplanung haben wir bereits wichtige Weichen für ein unabhängiges und klimagerechtes Baden-Württemberg gestellt. Unsere Pflicht: bis 2040

GRÜNE

gruene-landtag-bw.de

gruenelandtagbw fraktiongruenbw fraktiongruenbw

Innovation macht auch vor dem ökologischen Bereich nicht Halt.

klimaneutral werden und das Land auf den 1,5-Grad-Pfad bringen. Deshalb haben wir ein Klimaschutzsofortprogramm verabschiedet und eine Taskforce eingerichtet, die den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreibt und beschleunigt.

Nachhaltiges Baden-Württemberg

Erfolgreiche Klimaschutzpolitik ist Nachhaltigkeitspolitik. Wir wollen, dass das Baden-Württemberg der Zukunft lebenswert, offen und innovativ bleibt. In diesem Licht liest sich auch unser Koalitionsvertrag „Jetzt für morgen". Er gibt die Richtung vor, in die wir für ein nachhaltiges Baden-Württemberg gehen. Das geht nur, wenn wir die Grundpfeiler des Vertrages „Innovation, Klimaschutz und Zusammenhalt" in allen Bereichen ernstnehmen und zusammendenken – die finanziellen Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Projekte liefert der Haushalt 2022. Den anderen Teil übernehmen unsere kreativen Macherinnen und Macher im Land.

Ländliche Räume

Um etwa Klimaprojekte bewältigen zu können, brauchen wir die Innovationskraft der Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung. Innovation und Klimaschutz gehen Hand in Hand. Wir müssen deshalb städtische und ländliche Räume gemeinsam denken! Unseren ländlichen Tüftlern verdanken wir das Qualitätslabel „Made in Germany". Denn: Ländliche Räume sind mehr als blumenreiche Schwarzwaldwiesen. Sie zeichnen sich durch Unternehmen mit Weltmarktrang, starke Hochschulen und eine attraktive Tourismuswirtschaft aus.

Klimaschutz als Querschnittsthema

Der Schutz unseres Klimas ist ein Querschnittsthema. Vor allem beim Thema Mobilität. Klimafreundliche Mobilität beginnt schon beim Fuß- und Radverkehr, den wir unter anderem durch den Ausbau und die Vernetzung von Radschnellwegen vorantreiben. Und um den Verkehr grüner zu gestalten, denken wir auch an das Auto von morgen. Deswegen lenken wir unsere Aufmerksamkeit auf das emissionsfreie Auto und fördern den Ausbau elektrischer Ladesäulen in Peripherien. Als vielversprechender Energieträger entpuppt sich die Brennstoffzelle, die im Schwerlastverkehr der Zukunft eine wichtige Rolle spielen könnte. Dazu müssen wir die Stimmen der Wirtschaft und Forschung hören – und die Potenziale implementieren.

Mit unseren weiblichen Abgeordneten setzen wir zum Weltfrauentag ein klares Zeichen.

Digitalisierung und Mobilität

Das betrifft auch den Bereich der Digitalisierung. Durch intelligente Lösungen wollen wir die Lücken des öffentlichen Nahverkehrs in ländlichen Räumen schließen. Rufbusse oder Sammeltaxis sind Bausteine unserer Mobilitätsgarantie. Wir wollen getaktete Angebote des ÖPNV von früh bis spät im ganzen Land umsetzen. Ein wichtiger Meilenstein in Richtung Klimaschutz ist die Einführung unseres 365-Euro-Tickets für Jugendliche! Mit dem Ticket können Jugendliche ab dem Frühjahr 2023 alle Busse und Bahnen im Nahverkehr nutzen – und das landesweit.

Ökologie und Dialog

Innovation macht auch im ökologischen Bereich keinen Halt. Deshalb führen wir Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Handels, Handwerks und der Landwirtschaft. Eine der vielen Fragen: Wie können Natur- und Tierschutz gemeinsam mit landwirtschaftlichen Betrieben profitieren? Unser Biodiversitätsgesetz treibt nicht nur den Artenschutz voran: Wir halbieren unter anderem auch den Einsatz von Pestiziden, bringen smarte Technologien in die Landwirtschaft und suchen nach neuen Wegen der Vermarktung und Erzeugung von Lebensmitteln.

Zusammenhalt

All das wäre ohne unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht denkbar. Den Wert des Miteinanders hat uns die Corona-Pandemie verdeutlicht. Doch wir sehen auch die Lasten der Krise, die den Einzelnen und der Gesellschaft als Kollektiv an die Substanz gehen. Ohne Reserven können wir nicht mit der Krise fertig werden. Deshalb haben wir eine Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft" ins Leben gerufen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Schwachstellen aufdecken soll.

Für ein Baden-Württemberg der Zukunft

MEINUNGSBEITRAG DER CDU-FRAKTION

Als Fraktion arbeiten wir mit jungen Startern und erfahrenen Köpfen daran, unser Land jeden Tag ein Stück weiter voranzubringen.

Mit ganzem Herzen für unser Land

Unsere Heimat Baden-Württemberg feiert in diesem Jahr ihren 70. Geburtstag. In diesen sieben Jahrzehnten ist aus dem Bindestrichland Baden-Württemberg weit mehr geworden als ein „Modell deutscher Möglichkeiten", wie es Bundespräsident Theodor Heuss einst nannte. Mit dem Fleiß und dem Herzblut der Menschen ist Baden-Württemberg zu einem Musterland für Innovation und Dynamik, für Nachhaltigkeit und Zusammenhalt, für Verlässlichkeit und Stabilität geworden.

An dieser Entwicklung haben wir in der CDU-Landtagsfraktion mit viel Engagement, verlässlich und mit immer neuen Visionen für unsere Heimat mitgewirkt. Doch auch nach siebzig Jahren sind wir hellwach und werden uns weiterhin mit großem Elan, innovativen Ideen und dem Blick für die Lebensträume und Chancen der Menschen vor Ort kraftvoll einbringen.

Bewusst bewahren und kraftvoll verändern

Eine starke Wirtschaft und beste Bildung waren schon immer der Grundstein für die Menschen in Baden-Württemberg, um mit Fleiß und Leistungswillen die besten Ideen für das eigene Leben zu verwirklichen. Nicht von ungefähr gilt Baden-Württemberg als Land der Tüftler und Denker! Wir fördern daher Handwerk und Künstliche Intelligenz gleichermaßen, unterstützen unsere Start-ups, investieren in Breitband und Verkehrswege und geben Vollgas bei neuen Technologien.

Wir setzen auf Qualität in Bildung und Wissenschaft sowie auf Flexibilität und Verlässlichkeit in der Kinderbetreuung. Die Sorge um künftige Generationen ist unser Antrieb für eine enkelgerechte, nachhaltige Haushaltspolitik mit einem eindeutigen Bekenntnis zur Schuldenbremse. Um unsere Schöpfung auch weiterhin in ihrer Schönheit und Vielfalt zu bewahren, schreiben wir uns den Klimaschutz und besonders die Beschleunigung von Genehmigungs- und Planungsverfahren beim Ausbau erneuerbarer Energien auf die Fahnen. Diesen Turbo wollen wir für unsere gesamte Infrastruktur zünden und so beispielsweise mehr Tempo beim Bau des Eigenheims machen.

Sicherheit und Zusammenhalt sind der Schlüssel für eine starke Gesellschaft. Deshalb stärken wir Polizei und Justiz, indem wir die größte Einstellungsinitiative aller Zeiten auch weiterhin fortsetzen. Außerdem fördern wir Sport und Kultur, damit diese erfolgreich aus der Corona-Pandemie kommen und wir unsere

CDU

cdufraktion-bw.de

CDUFraktionBW

CDU_FraktionBW

CDUFraktionBW

cdu_fraktion_bw

Für den Fraktionsvorsitzenden Manuel Hagel ist die Parlamentsdebatte die Herzkammer der Demokratie in Baden-Württemberg.

vielfältige Vereinslandschaft erhalten. Baden-Württemberg ist das Land des Ehrenamts, in keinem anderen Land engagieren sich so viele Menschen ehrenamtlich wie bei uns. Daher wollen wir die Bedingungen für ehrenamtlich Tätige in allen Bereichen kontinuierlich weiter stärken. Heimat und Zuhause sind für uns keine abstrakten Begriffe, sondern eine Herzensangelegenheit. Wir fördern den Wohnungsbau, stärken den ländlichen Raum und unterstützen unsere Kommunen kräftig.

Herausforderungen gemeinsam meistern

Aktuell fordert uns alle mit dem Krieg in Europa eine epochale weltpolitische Veränderung heraus, die sich auf das Leben jedes Einzelnen auswirkt. Dieser Krieg in Europa nach einer der längsten Friedensperioden in der Geschichte unseres Kontinents zeigt uns überdeutlich, dass wir einerseits mehr Verantwortung für unsere eigene Sicherheit übernehmen müssen, andererseits aber eine engere Kooperation mit unseren Nachbarn das Gebot der Stunde ist. Daher wollen wir beispielsweise die grenzüberschreitende Zusammenarbeit durch das „Wasserstoff-Valley Hochrhein" stärken und unsere internationalen Beziehungen durch die Weiterentwicklung der Vier-Motoren-Partnerschaft intensivieren.

Für uns gilt dabei: Nur wer wirtschaftlich stark und innovativ ist, kann solche alles verändernden Herausforderungen meistern. Durch eine Innovationsoffensive für klimaneutrale Produktion, den Anschluss an das europäische Wasserstoff-Backbone-Netz deutlich vor 2040 und die Ertüchtigung der Gasnetze wollen wir Energiesicherheit und Klimaschutz weiter voranbringen. Zugleich gilt es, Innovationen zu beschleunigen und den Infrastrukturausbau anzupassen. Top-Priorität hat für uns, dass wir unser Know-how und unsere Infrastruktur unter anderem durch eine Reform des Katastrophenschutzgesetzes und den Ausbau der Ausbildungsplätze an der Feuerwehrschule des Landes in Bruchsal schützen. Bevölkerungsschutz findet ebenso im digitalen Raum statt: Auch hier werden wir die Abwehrkräfte des Landes boostern. Deshalb wollen wir ein Cybercrime-Zentrum aus spezialisierten Staatsanwälten und IT-Experten einrichten und diese gezielt dafür gewinnen.

Starke Frauen prägen nicht nur am Girls' Day die Arbeit unserer Fraktion.

Zusammenhalt stärken

Zugleich haben uns die letzten beiden Jahre gezeigt, wie fragil der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Land ist. Auch wenn wir diese Gräben nicht von heute auf morgen überwinden können, so dürfen wir über diese Entwicklung nicht einfach hinwegsehen. Wir sind in der Verantwortung, die Resilienz unserer Gesellschaft zu stärken und uns so für die Zukunft zu wappnen. Wie das konkret aussehen kann, damit befasst sich die auf unsere gemeinsame Initiative mit dem Koalitionspartner hin eingesetzte Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft". Das ist für uns eine Gesellschaft, die ihr Potenzial auch aus ihrer Vielfalt schöpft und in der wir es als unsere Aufgabe ansehen, die Weichen so zu stellen, dass jede und jeder etwas aus sich machen kann – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Glauben, sexueller Orientierung oder Alter.

Ein Team für Baden-Württemberg

Unsere Landtagsfraktion ist ein Spiegel der Vielfalt und der Lebenswirklichkeit der Menschen in Baden-Württemberg. Sie ist eine gute Mischung aus erfahrenen Köpfen und jungen Startern, aus Männern und Frauen mit den unterschiedlichsten Biographien, die ihre eigenen Lebenserfahrungen mitbringen, aus allen Teilen des Landes. Sie sind ebenso wie die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger Badener, Schwaben, Hohenzollern, Oberschwaben, Allgäuer, Franken, Kurpfälzer, aber sie alle eint der Einsatz vor Ort für unsere Heimat.

Wir in der CDU-Landtagsfraktion begreifen uns als Ideenschmiede der Landespolitik. Wir sind nah bei den Menschen, unser tägliches Arbeiten findet im Dialog statt – kommen Sie daher jederzeit gern auf uns zu. Wir freuen uns darauf!

Zukunft nicht abwarten, sondern gestalten

MEINUNGSBEITRAG DER SPD-FRAKTION

Für Dich im Landtag: Die 19 Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion.

Mit 19 Abgeordneten stellt die SPD die größte Oppositionsfraktion im Landtag. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern eine deutlich aktivere Rolle der Landesregierung ein, um drängende Probleme in Baden-Württemberg zu lösen: Wohnungsmangel, fehlende Kräfte in Schulen und Kitas sowie die Herausforderungen beim Klimaschutz und bei der Transformation der Wirtschaft.

Es ist kein Geheimnis: Aus Sicht der SPD sind mit einer grün-schwarzen Regierungskoalition die Weichen gegen ein sozialdemokratisches Grundanliegen gestellt: Die SPD steht für die Idee eines handlungsfähigen und aktiven Staats, der eine gute Zukunft nicht einfach abwartet, sondern sie gestaltet. Und immer wieder wirft die SPD als Oppositionsführerin der Landesregierung und insbesondere den Grünen zwar nicht vor, die falschen Ziele zu haben, aber doch, ihre Ziele nicht entschlossen genug zu verfolgen.

Handeln für Umwelt und Klimaschutz

Ein typisches Beispiel sind Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende. Hier haben Grüne und SPD fast völlig identische Ziele. Dennoch übt die SPD viel Kritik an der grün geführten Landesregierung, weil die Ziele bislang kaum erreicht wurden. Die SPD fordert einen massiven Ausbau erneuerbarer Energien, gerade auch auf Flächen und Gebäuden des Landes, wo es oft noch keine Photovoltaik gibt. Entscheidend ist für die SPD auch eine Verkehrswende mit deutlich mehr öffentlichem Verkehr. Einen „Kickstart" für die öffentlichen Angebote in Form eines 365-Euro-Tickets (für einen Euro am Tag überall im Land Bus und Bahn fahren) hat die Landesregierung aber bisher nur in einer abgespeckten Form für Jugendliche aufgegriffen. Auch beim Ausbau von Windkraft ist die SPD für deutlich mehr staatliches Einschreiten. Und unabhängig von globalen Energiekrisen ist die SPD für ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen. Einfach schon deswegen, weil man dann sicherer und mit viel weniger Stress von A nach B kommt.

Handeln für beste Bildung

Bildung ist ein Schlüssel zur Zukunft und kann gar nicht unterschätzt werden. Baden-Württemberg braucht beste Bildung, aus Sicht der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist das Land aber noch weit von bester Bildung entfernt. In den Jahren der Pandemie zeigten sich deutliche Rückstände bei der digitalen Ausstattung, vor allem aber zeigte sich, wie dünn und löchrig die Personaldecke in Schulen und Kitas ist. Die SPD setzt sich für die Einstellung von erheblich mehr Fachkräften ein und will die Schulen auch durch Sozialarbeiter, Assistenzen und Hilfskräfte aus der Gesellschaft stärken, also zum Beispiel durch Freiwillige aus Sport- oder Musikvereinen. Die SPD ist für kostenlose und lebenslange Bildung, also für kostenlose Kitas

SPD

spd-landtag-bw.de

spdlandtagbw
spdlandtagbw
spdlandtagbw
spdlandtag_bw

Andreas Stoch, Vorsitzender der SPD-Fraktion, bei einem Pressestatement im Landtag.

ebenso wie die Abschaffung aller Ausbildungsgebühren (für Studierende wie für Meister im Handwerk) und will zudem, dass Weiterbildung im Beruf ein selbstverständliches Recht für alle ist.

Handeln gegen die Wohnungsnot

Baden-Württemberg ist eines der teuersten Bundesländer geworden, wenn es um das Wohnen geht. Dies führt nicht nur zu finanziellen Engpässen selbst bei Normalverdienern, sondern auch dazu, dass Menschen nicht mehr dort wohnen können, wo es gut und sinnvoll wäre. Der Effekt ist immer mehr Berufspendeln mit allen Nachteilen für Mensch und Umwelt. Die SPD ist überzeugt, dass der Markt diesen Mangel nicht von alleine beheben kann. Die Fraktion will deswegen eine Entwicklungsgesellschaft des Landes, die sich um den Erwerb von Flächen kümmert und Wohnungsbau ermöglicht. Bei dem derzeitigen eklatanten Mangel an bezahlbaren Wohnungen wären alleine im Südwesten Milliardenprogramme nötig, um zu helfen. Die SPD kritisiert, dass die Landesregierung angesichts der Wohnungsnot zwar ein eigenes Ministerium geschaffen hat, von den nötigen Milliardenprogrammen aber jede Spur fehlt.

Handeln für die Zukunft der Wirtschaft

Ob der Wechsel zum E-Mobil oder die Digitalisierung oder veränderte Märkte für den Maschinenbau: Gerade Baden-Württemberg ist von der Transformation der Wirtschaft ganz besonders betroffen. Darum muss das Land auch besonders viel tun, um diesen Wandel zu begleiten, gute und sichere Arbeitsplätze zu erhalten und die Zukunft Baden-Württembergs als Top-Wirtschaftsstandort nicht nur zu erhoffen, sondern zu gestalten. Wichtig sind Strategien für angewandte Forschung und Industrieansiedlung, Programme zur Weiterbildung für alle Beschäftigten sowie eine effiziente Start-up-Förderung. Dass ein Land wie Baden-Württemberg zwar ausländische Fachkräfte anwerben will, aber Studierenden aus dem Ausland Studiengebühren abknöpft, ist aus Sicht der SPD ein Widerspruch.

Handeln ist nötig – und möglich

Im ganzen deutschen Sprachraum ist die „schwäbische Hausfrau" zum Sinnbild eines Staates geworden, der vor allem spart und nichts mehr in die Hand nimmt. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein Unding und für die SPD in Baden-Württemberg schon zweimal. Denn eine echte schwäbische Hausfrau wird in ihr „Häusle" investieren, wenn es ein Loch im Dach hat. Und dafür würde sie im Notfall auch einen Kredit aufnehmen. Baden-Württemberg steht vor enormen Aufgaben, hat aber auch enorme Mittel in der Hand, Milliarden an Ausgaberesten und in der Corona-Krise bewilligten Krediten. Es gibt also auch finanziell keinen Grund für eine Landesregierung, nicht dort anzupacken, wo es nötig ist.

Ideengeber aus der Opposition

Gestalten statt abwarten gilt für die SPD sogar aus der Oppositionsrolle heraus. Immer wieder setzt die Fraktion Impulse, die dann von den Regierungsfraktionen aufgegriffen werden. So hat sich die SPD lange für das Wahlrecht ab 16 Jahren ausgesprochen, ebenso für eine Regelung, die den sofortigen Wechsel früherer Regierungsmitglieder in die Wirtschaft einschränkt.

Gabi Rolland aus Freiburg ist eine von vier stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden.

Die Innenpolitik-Experten der SPD: Sascha Binder, Parlamentarischer Geschäftsführer, mit Jonas Hoffmann (l.) und Klaus Ranger (r.) vor dem Landtag.

Freiheit und Verantwortung – heute wichtiger denn je

MEINUNGSBEITRAG DER FDP/DVP FRAKTION

Die FDP/DVP Landtagsfraktion.

Vor 70 Jahren wurde unser Südweststaat gegründet. Der Liberale Reinhold Maier war der erste Ministerpräsident. Es folgten Jahrzehnte, in denen sich die Staatsordnung in Baden-Württemberg bewährt hat. Wohlstand, Frieden, Sicherheit bildeten eine zuverlässige Basis. Doch was oft als „Musterländle" bezeichnet wird, ist keine „Schönwetterveranstaltung". Baden-Württemberg muss sich auch in schwierigen Zeiten bewähren.

Versorgungssicherheit

Putins Angriffskrieg auf die Ukraine erzeugt nicht nur unermessliches humanitäres Leid, er hat auch weitreichende Folgen für uns: Markante Beispiele sind die Sicherheit der Energieversorgung und die Ernährungssicherheit.

Versorgungssicherheit hat jetzt oberste Priorität. Diese hat die Landesregierung mir ihrem engstirnigen Fokus auf Sonnen- und Windenergie verschleppt. Wir brauchen jetzt bei den Energielieferanten eine Diversifizierung genauso wie bei den erneuerbaren Energien. Diese müssen dort erzeugt werden, wo sie im Überfluss verfügbar sind. Die Potenziale der Solarenergie, Biomasse oder von Geothermie, die wir hierzulande haben, müssen gehoben werden. Alle Optionen, die uns dabei helfen, die Energieabhängigkeit von Russland schnellstmöglich zu beenden, müssen nach aktuellen wissenschaftlichen Fakten überprüft werden. Dazu gehört auch zu erwägen, inwiefern ein befristeter Weiterbetrieb der verbliebenen drei Kernkraftwerke sinnvoll zu bewerkstelligen ist. Perspektivisch muss Wasserstoff Erdgas als zentrale Säule der Energieversorgung ablösen. Das Land muss sich für tragfähige Energiepartnerschaften mit verlässlichen Förderländern einsetzen und in den Aufbau einer zukunftsfähigen Infrastruktur für Wasserstoff investieren.

Die Landesregierung muss die Ernährungssicherheit zum festen Bestandteil ihrer Politik machen. Sie muss ihre ideologiegetriebenen Ziele wie den Ausbau des Anteils der ökologischen Landwirtschaft auf 30 bis 40 Prozent bis 2030 neu bewerten – strikt wissenschaftlich und mit Folgeabschätzungen für die Nahrungsmittelversorgung, auch im globalen Kontext. Mehr Ökolandbau bringt geringere Erträge, dadurch sind auch die Treibhausgas-Emissionen je Produkteinheit höher. Fehlende Erträge müssen in anderen Teilen der Welt produziert werden. Mehr Ökolandbau erhöht also die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten und

FDP/DVP

www.fdp-landtag-bw.de

fdpdvpfraktion fdpdvpfraktion fdpdvp_bw

Vorsitzender der Fraktion: Dr. Hans-Ulrich Rülke.

verschärft die ohnehin angespannte globale Situation der Nahrungsmittelversorgung. Das Land muss seinen Beitrag zur globalen Ernährungssicherheit leisten und den agrarpolitischen Kurs insgesamt korrigieren. Dazu haben wir konkrete Vorschläge in einem Positionspapier erarbeitet.

Pandemie und zuverlässige Politik

Nach zwei Jahren Corona-Politik der grün-schwarzen Landesregierung sind viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes irritiert, verunsichert und verärgert. Die Maßnahmen wirken undurchsichtig und undurchdacht: Entscheidungen per Notverordnung ohne Beteiligung des Landtags, kurzfristige Korrekturen der Regelungen, willkürliche Altväterpolitik des Ministerpräsidenten und unzureichender Schutz vulnerabler Gruppen zeigen ihre Spuren. Das Vertrauen in die Politik und ihre Fähigkeit, ein Land in Abstimmung mit der Bundesregierung vernünftig durch eine solche Krise zu führen, schwindet.

Erst Ende März kulminierte der Schlingerkurs der Landesregierung erneut: Bei der zentralen Frage, welche Richtung die Landesregierung im Kampf gegen die Pandemie einschlagen wird. Minister Lucha trat öffentlich für einen Strategiewechsel ein, der mit dem Ministerpräsidenten und der Landesregierung in keiner Weise abgestimmt war. Leider kein Einzelfall: Ähnliche Momente prägten die letzten zwei Jahre. Dabei scheuen die Regierungsfraktionen davor zurück, Erkenntnisse und Lehren aus dem Regierungshandeln der letzten zwei Jahre zu ziehen. Ein entsprechender Vorschlag von unserer Fraktion mit der SPD – zu einer solchen Ausrichtung der neu eingesetzten Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft" – wurde abgelehnt. Wir werden uns dennoch konstruktiv an der Arbeit dieser Kommission beteiligen und uns auch weiterhin für eine vernünftige, nachvollziehbare und verhältnismäßige Politik einsetzen.

Zukunft für Innenstadt und Einzelhandel

Wer schätzt sie nicht: Lebendige und interessante Innenstädte, die nicht nur zum Einkaufen, sondern auch zum Verweilen und Genießen einladen? Corona-Pandemie und Lockdowns, Digitalisierung und Online-Handel sowie Strukturveränderungen durch Mietpreissteigerungen und Home-Office sind nur einige Gründe, weshalb sich vielerorts ein anderes Bild zeigt: Leerstände, verwaiste Fußgängerzonen, Geschäftsaufgaben.

Um diese Abwärtsspirale zu unterbrechen, benötigen wir neue Ideen und Konzepte. Daher hat der Arbeitskreis Wirtschaft der FDP-Fraktion seinen Themenschwerpunkt auf „Zukunft für Einzelhandel und Innenstadt" gesetzt. Seit Ende 2021 beschäftigen wir uns intensiv mit den Perspektiven für den stationären Einzelhandel, Stadtentwicklung und Wirtschaftspolitik für die Innenstädte. Kernelemente sind dabei Vor-Ort-Besuche bei Einzelhändlern, Gastronomen und weiteren Innenstadtakteuren in bislang über zehn Städten im ganzen Land. Im persönlichen Gespräch erfahren wir direkt vor Ort, vor welchen Herausforderungen sie stehen und können mögliche Lösungsansätze direkt mit unmittelbar Betroffenen diskutieren.

Dabei zeigt sich, dass die Landesregierung viel zu oft durch die „Hauptstadt-Brille" blickt und weit weg ist von den eigentlichen Problemen vor Ort: Es gibt aber nicht die „eine" Lösung, die zu prosperierenden Innenstädten und florierendem Einzelhandel führt. Politik muss hier mehr Individualität zulassen und lokale Besonderheiten berücksichtigen. Die rechtzeitige Bekanntgabe von Rechtsänderungen, niedrigschwellige Beratungsleistungen und Lösungsansätze, die Handel und Gastronomie von unnötiger Bürokratie entlasten und Innenstädten mehr Flexibilität verleihen, sind Beispiele, wie es besser gehen könnte. Unsere Erkenntnisse und politischen Forderungen fließen in ein Positionspapier ein, welches voraussichtlich im vierten Quartal veröffentlicht wird.

Eine Stimme der Vernunft und der Kooperation

MEINUNGSBEITRAG DER AfD-FRAKTION

Die gegenüber dem Einzug personell veränderte AfD-Fraktion der 17. Legislaturperiode.

Nach wie vor sind wir als AfD-Fraktion wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine schockiert, angesichts der neuerlichen Kriegsverbrechen umso mehr. Auch die AfD-Landtagsfraktion verurteilt diese Gräueltaten auf das Schärfste. Gleichzeitig möchten wir uns bei allen Bürgern und Organisationen unseres Landes bedanken, die mit ihrem unvergleichlichen humanitären Einsatz die Kriegsfolgen mildern. Unser Bundesland ist zwar nicht für die Außenpolitik verantwortlich. Dafür haben wir andere wichtige Aufgaben zu erledigen.

Die Altparteien sind für die gescheiterte Politik der letzten Jahrzehnte verantwortlich. So auch für die Abhängigkeit von Russland beim Erdgas durch den ungehemmten Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien, der zu einem höheren Gasverbrauch geführt hat. Sie haben auch keine tragfähige europäische Sicherheitspolitik betrieben, ja stattdessen lieber die Bundeswehr kaputtgespart. Nun setzen sie durch ihre krude Sanktionspolitik unsere Wirtschaft aufs Spiel.

Um anderen Menschen überhaupt helfen zu können, brauchen wir eigene wirtschaftliche Stärke. Diese gilt es daher zu erhalten und nicht zu gefährden. Entscheidend ist dabei die Energiepolitik. Den größten Anteil am gesamten Energieverbrauch der deutschen Industrie trägt Erdgas mit etwa 31 %. Über die Hälfte der Importe von Erdgas nach Deutschland kommt aus Russland. Ein Wegbrechen dieser Menge wäre verheerend. Als direkte Folge bricht der Konsum ein, was der Wirtschaft in Baden-Württemberg nach zwei Jahren toxischer Corona-Maßnahmen irreversible Schäden zufügt.

Beim Erdgas müssen wir uns breiter aufstellen. Die Gasverstromung muss dabei deutlich zurückgehen. Durch eine stärkere Auslastung der Kohlekraftwerke und die Netzreserve ist das ohne Einbußen möglich. Und selbstverständlich benötigen wir auch die LNG-Terminals in Norddeutschland und eine weitere Pipeline aus Norwegen. Wer die Krise überwinden will, muss schleunigst wieder sichere und bezahlbare Energiequellen nutzen.

Doch schon bei der Kernkraft wird die Technologiefeindlichkeit der Ökoradikalen deutlich. Dabei brauchen wir unbedingt Kernkraftwerke der neuesten Generation, und die drei beste-

AfD

afd-fraktion-bw.de

AfDFraktionBW AfDFraktionBW

Die AfD-Fraktion – die konservative Kraft im Südwesten (l.).
Der zum vierten Mal gewählte AfD-Fraktionschef Bernd Gögel MdL (r.).

henden müssen weiterlaufen. Doch schon forcieren die Grünen wieder ihre Luftschlösser. Insofern, als ein neuer Grund für die Aufforstung des Windmühlen-Waldes bei gleichzeitiger Abholzung des Naturwaldes gefunden ist. Dass die Windenergie höchst unzuverlässig und leistungsschwach ist, dass die Physik eine zuverlässige Energieversorgung durch Wind ausschließt, interessiert sie nicht. Ebenso wenig wie echte Entlastungen beim Benzinpreis. Absprachen der Konzerne, hohe Steuerlast, ein schwacher Euro – es geht dabei keineswegs nur um den Ölpreis. Unsere langjährige Forderung lautete hier stets Steuersenkungen.

In Folge des Ukraine-Krieges erwartet unser Land die erste echte Flüchtlingswelle. Diesen Kriegsflüchtlingen ist in jedem Fall zu helfen. Deshalb müssen wir Wirtschaftsmigranten und Scheinasylanten nun konsequent abschieben, um Platz zu schaffen.

Die Ukraine ist kein lupenreiner Rechtsstaat. Im Korruptions-Wahrnehmungsindex von Transparency International lag sie im letzten Jahr auf Platz 122 – innerhalb Europas war nur Russland noch dahinter. Da wundert es nicht, dass zwischen den ukrainischen Frauen und Kindern immer wieder auch junge Männer mit mehreren Pässen bei uns auftauchen. Sie kaufen schlichtweg für wenig Geld ukrainische Pässe. Diese neue „Marktlücke" wird von Wirtschaftsmigranten und ihren Schleppern zunehmend genutzt. Gerade wenn man in Deutschland auf Kontrollen an den Ostgrenzen verzichtet.

Für die AfD-Fraktion hingegen ist klar: Wir stehen zu der Unterstützung der Hauptaufnahmeländer für ukrainische Flüchtlinge.

Der nach einem Jahr neugewählte Vorstand der AfD-Fraktion.

Wir stehen auch zu einer Aufnahme in Deutschland, solange die Kriegshandlungen andauern. Wir stehen allerdings nicht hinter einer Beförderung von Trittbrettfahrerei und Schlepperei durch Kontrollverzicht. Diese bedrohen unseren inneren Frieden.

Ob ein Bietigheimer Wirt Russen nicht mehr ins Lokal lässt oder eine Bäckerei russischen Zupfkuchen umbenennt – auch Pauschalverurteilungen bedrohen den Frieden in unserer Gesellschaft. Hierzulande leben viele russische Bürger und Spätaussiedler friedlich und rechtschaffen. Dies darf nicht mal eben so zerstört werden. Diese Art der Diskriminierung lehnen wir kategorisch ab.

Auch der Aufruf zur Einstellung von Wissenschaftsbeziehungen von Ministerin Bauer (Grüne) beschädigt lange gewachsene Beziehungen. Und wenn Waleri Gergijew und Anna Netrebko hierzulande nicht mehr erwünscht sind, bewegen wir uns schon lange nicht mehr im Reich der Ratio. All diese Maßnahmen treffen nicht die wahren Schuldigen, sondern die einfachen Bürger. Am Ende wird die einzige Wirkung sein, in die ohnehin schon gespaltene Gesellschaft noch mehr Gräben zu ziehen – Schützengräben nämlich.

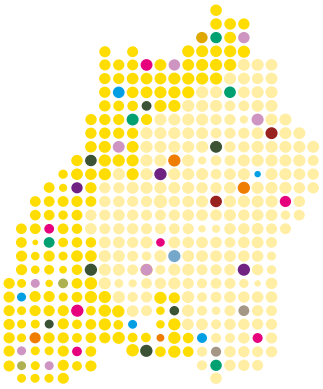
Wir brauchen mehr Verantwortungsgefühl in der Politik. Wie es geht, zeigt ein Mittelständler wie Ritter Sport: Wer zehn Prozent seines Umsatzes in einem bestimmten Markt erwirtschaftet, kann sich nicht über Nacht von diesem Markt zurückziehen – auch nicht, wenn es der russische ist. Das zeugt von Verantwortung nicht nur den eigenen Mitarbeitern, sondern auch den betroffenen Zulieferern gegenüber. Diese Verantwortung für Wirtschaft und Bürger brauchen wir auch auf Regierungsebene. Moralistische Pseudoargumente können nicht die Führung unseres Landes bestimmen.

30 Millionen Sowjetbürger, also sowohl Russen als auch Ukrainer, haben im Zweiten Weltkrieg ihr Leben verloren. Dass jetzt mit deutschen Waffen auf Russen geschossen werden soll, ist unerträglich. Genauso unerträglich ist, dass das von weiten Teilen des Bundestages und von vielen Parteien beklatscht wird. Wir sollten eine Stimme des Friedens und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sein. Das sollte unsere Botschaft an die Konfliktparteien sein. Nur so schaffen wir es, Schaden vom deutschen Volk abzuhalten.

Quellmänner
→ Pellkartoffeln
Kurpfälzisch (Rheinfränkisch)

Erfolgsmodell Baden-Württemberg

Von äußeren Anstößen und inneren Besonderheiten



VEREINT IN VIELFALT – GEMEINSAM FEIERN!

70 Jahre Baden-Württemberg

EIN GASTBEITRAG VON DR. MAIKE HAUSEN

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Die Gründung des Landes Baden-Württemberg war geprägt von Besonderheiten und Kuriositäten. Die entscheidenden Anstöße kamen dabei von außen. Nach siebzig Jahren ist das Bindestrichland längst ein deutsches und europäisches Erfolgsmodell.

Die Neuaufteilung des deutschen Südwestens begann mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs: Unter französischer Besatzung entstanden die Länder Baden und Württemberg-Hohenzollern; in der amerikanischen Besatzungszone wurde aus Nordbaden und Nordwürttemberg das Land Württemberg-Baden. Die alten Länder Baden und Württemberg wurden damit in der Mitte geteilt, die neuen Grenzen orientierten sich weniger an historischen Vorbildern als an geopolitischen Leitlinien der Besatzungsmächte. Das ehemals preußische Hohenzollern wurde kurzerhand Südwürttemberg zugeschlagen.

Die südwestdeutsche Neuordnung war damit freilich nicht abgeschlossen, im Juli 1948 ergriffen die Westalliierten erneut die Initiative. Mit dem „Frankfurter Dokument Nr. 2" erteilten sie den Regierungschefs den Auftrag, eine nach Größe und Einwohnerzahl ausgewogene Neugliederung der Länder zu erarbeiten. Den nun einsetzenden finessenreich geführten „Kampf um den Südweststaat" prägten drei Protagonisten, die für unterschiedliche politische Kulturen standen: Reinhold Maier (FDP/DVP), Ministerpräsident von Württemberg-Baden und Sinnbild des altwürttembergischen Protestantismus; Leo Wohleb (CDU), Staatspräsident von Baden und Prototyp des südbadischen, noch vom Bismarck'schen „Kulturkampf" geprägten Katholizismus; und Gebhard Müller (CDU), Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern und oberschwäbischer und damit neuwürttembergischer Katholik, der als Vermittler zwischen beiden Seiten wirken konnte.

Die Fronten waren verhärtet. Die südbadische Seite, unterstützt von der katholischen Kirche, argumentierte mit einem emotionalen Heimatbegriff gegen den Südweststaat und betonte, auch kleine Länder seien lebensfähig und nah an den Problemen der Menschen. Damit fand sie auch Unterstützung auf Bundesebene, bei Bundeskanzler Konrad Adenauer, der sich von drei Ländern im Südwesten die Stabilisierung seiner CDU-Mehrheit im Bundesrat versprach. Die Befürworter des

1950

Langwierige Verhandlungen vor der Geburtsstunde Baden-Württembergs: Die Länderchefs Reinhold Maier (Württemberg-Baden), Edmund Kaufmann (Württemberg-Baden, Vertreter Nordbaden), Gebhard Müller (Südwürttemberg-Hohenzollern) und Leo Wohleb (Baden, v. l. n. r.) bei einem Gipfeltreffen im Oktober 1950 in Wildbad.

1951

Wahlplakate der Altbadener zur Abstimmung über den Südweststaat am 9. Dezember 1951. Die Gegner des Südweststaats um den Badener Staatspräsident Leo Wohleb protestieren heftig gegen den geplanten Zusammenschluss und den Abstimmungsmodus und fordern die Herstellung der beiden alten Länder Baden und Württemberg.

Südweststaates wiederum unterstrichen die Verwaltungsvereinfachung, die Wirtschaftskraft und das politische Gewicht eines geeinten Südweststaates in Deutschland und Europa. Unterstützung fanden sie bei SPD, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden.

Als Anfang 1949, kurz vor der Verabschiedung des Grundgesetzes, noch keine Lösung gefunden war, kam es zu historisch einmaligen Entscheidungen. Zunächst wurde mit Artikel 118 ein eigener Grundgesetzartikel für den Südwesten geschaffen. Damit war das Problem zunächst vertagt, gleichzeitig aber festgelegt, dass die Südweststaatfrage auch per Bundesgesetz gelöst werden könnte. Nach der weiterhin erfolglosen südwestdeutschen Gipfeldiplomatie wurde so im Mai 1951 im Bundestag das „Zweite Neugliederungsgesetz" verabschiedet. Es sah eine Volksabstimmung vor und legte für die drei Länder vier Abstimmungsbezirke fest. Der Schlüsselfaktor: Sollte sich in drei der vier Abstimmungsbezirke eine Mehrheit für den Südweststaat finden, so wäre dieser begründet. Damit waren die Südbadener ausgebootet. Eine schon im September 1950 durchgeführte Probeabstimmung hatte dafür den Beleg geliefert.

Nun trat das gerade erst gegründete Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe auf den Plan. In seiner ersten Entscheidung überhaupt setzte es im September 1951 die geplante Volksabstimmung zunächst aus, bestätigte das Verfahren dann aber wenig später. Die Volksabstimmung am 9. Dezember 1951 führte dann zum erwarteten Ergebnis: In den beiden württembergischen Abstimmungsbezirken stimmten über 90 Prozent für den Südweststaat, in Nordbaden waren es 57,1 Prozent, in Südbaden jedoch nur 37,8 Prozent. Vor dem Hintergrund dieses Ergebnisses wurde am 25. April 1952 mit der Wahl Reinhold Maiers zum ersten Ministerpräsidenten der noch namenlose Südweststaat gegründet. Im November 1953 gab er sich nicht nur eine Verfassung, sondern auch den Namen Baden-Württemberg.

Botschamba
→ Nachttopf
Kurpfälzisch (Rheinfränkisch, von französisch pot de chambre)

Die Gründung Baden-Württembergs ist damit in vielerlei Hinsicht besonders. Es ist – sieht man vom Sonderfall des Saarlandes ab – das jüngste unter den westdeutschen

Ländern. Es ist das einzige Land, zu dessen Gründung es eines eigenen Grundgesetzartikels bedurfte, das durch eine Volksabstimmung legitimiert wurde und bei dem das Bundesverfassungsgericht mehrfach Pate stehen musste. Denn: Nachdem die Südweststaatgegner erneut das Bundesverfassungsgericht angerufen hatten, revidierte dieses 1956 sein eigenes Urteil. Es verlangte nun eine erneute Volksabstimmung über den Südweststaat, weil mit dem Abstimmungsmodus von 1951 die

1956

Im Hochwasser zur Wahlurne: Zwei Bürger aus Eschelbronn fahren am 4. März 1956 mit einem Floß durch überschwemmte Straßen zum nächsten Wahllokal, um an der Landtagswahl des jungen Südweststaats teilzunehmen. Bei der Landtagswahl 1956 wird Gebhard Müller (CDU) als Ministerpräsident von Baden-Württemberg wiedergewählt.

1958

Stürmischer Enthusiasmus im jungen Bundesland: Jugendliche Fans drängen durch umgeworfene Stuhlreihen aus dem Saal. Während eines Konzerts des US-amerikanischen Rocksängers Bill Haley am 29. Oktober 1958 in Stuttgart fangen Tausende von Fans zu randalieren an, die Polizei räumt den Saal.

Gaggelich
→ Eier
Hohenlohisch

zahlenmäßig stärkere Bevölkerung Württembergs die zahlenmäßig kleinere badische Bevölkerung majorisiert habe und damit das Selbstbestimmungsrecht der Badener verletzt worden sei.

Zu dieser erneuten, durchaus kurios zu nennenden Volksabstimmung kam es jedoch erst im Juni 1970. Gefragt wurde dabei nur die Bevölkerung im badischen Landesteil. Bei einer Wahlbeteiligung von 62,5 Prozent stimmten nur 18,1 Prozent für das Auseinanderreißen des bereits seit 18 Jahren bestehenden Bindestrichlandes. Annähernd achtzig Prozent entzogen dem alten Land Baden ihre Loyalität und stimmten für das wirtschaftlich blühende und steuerstarke Baden-Württemberg. Damit war nicht nur die „Badenfrage" erledigt und eine jahrelange staatliche Scheidungsprozedur „in einem Dschungel von Rechtsproblemen" (Theodor Eschenburg) verhindert, sondern auch ein „alter […] mitgeschleppter föderalistischer Hinkefuß" (Frankfurter Allgemeine Zeitung) der Bundesrepublik beseitigt.

Seit 1952 ist Baden-Württemberg zum Erfolgsmodell geworden. Die „Wirtschaftswunder"-Zeit hat das Zusammenwachsen der Landesteile begünstigt. Der Südwesten wurde rasch zum attraktiven Zielland für Arbeitskräfte aus aller Welt, die – zusammen mit den Heimatvertriebenen, die seit 1945 in den Südwesten gekommen waren – den ökonomischen Erfolg erst möglich machten. Geprägt ist das Land von einem vitalisierenden Binnenföderalismus, in dem sich die unterschiedlichen Regionen mit vielen starken Zentren dynamisch und weitestgehend gleichwertig entwickeln können.

Wer das „Betriebsgeheiminis" Baden-Württembergs verstehen will, muss sich dem Land kleinräumig nähern. Es ist in Wirtschaft, Politik, Bildung und Kultur dezentral strukturiert. Vielfalt in jeglicher Hinsicht ist heute seine Stärke. Schon bei der Landesgründung 1952 ging es nicht darum, zwei in sich geschlossene Blöcke – hier Baden, dort Württemberg – zu vereinen. Vielmehr stand man vor der Aufgabe, ganz nach dem Prinzip des „E pluribus unum" die vielfältigen Regionen und ihre historischen Traditionen in einem größeren Zusammenhang zu integrieren. Das funktioniert wie bei konzentrischen Kreisen: Lokale, regionale und überregionale Identitäten überlappen sich. Wer sich als Freiburger, Mannheimer oder Stuttgarter versteht, kann sich auch als Südbadener, Kurpfälzer oder Württemberger verstehen, gleichzeitig aber auch als Baden-Württemberger und Deutscher. Und längst haben sich die „mental maps" der Menschen im Südwesten europäisch und global geweitet. Es geht nicht um die eine Identität, sondern in einer höchst mobilen und diversen Gesellschaft längst um mehrere Identitäten.
Das funktioniert – 70 Jahre Baden-Württemberg belegen das!

Birling
→ Heuhaufen
Südschwäbisch, Zentralschwäbisch, Bodensee-Alemannisch

1961

Ostermarsch 1961 von Bietigheim über Ludwigsburg nach Stuttgart. Die schlagkräftige Umwelt- und Naturschutzbewegung, die sich seit den Siebzigerjahren in Deutschland formierte, hat ihre Ursprünge im Südwesten. Auch beim Kampf für Gleichberechtigung, eine Welt ohne Atomwaffen oder aktuell für nachhaltige Formen des Wirtschaftens kommen viele Impulse aus Baden-Württemberg.

1968

Sportliche und technische Höchstleistungen am Hockenheimring 1968.

Rundum gelungene Party zum 70.

In seiner Jubiläumsveranstaltung am Mittwoch, 4. Mai 2022, blickte der Landtag auf die sieben Jahrzehnte zurück, die seit der Gründung des Südweststaats im April 1952 vergangen sind – und wagte zugleich einen Ausblick, wohin sich das Land in der Mitte Europas angesichts weltweiter Herausforderungen entwickeln soll. Rund 550 Gäste waren vor Ort, um den runden Geburtstag Baden-Württembergs im Haus des Landtags zu feiern. „1952 ging es darum, die Menschen vieler kleiner historischer Traditionsbereiche aus den verschiedenen Regionen in einem Staatsgebilde zu vereinen. Und ihnen dennoch ihre eigene Identität zu lassen. Diese Vielfalt des Landes ermöglichte erst seine Einheit", erklärte Landtagspräsidentin Muhterem Aras in ihrem Grußwort zu Beginn der Veranstaltung. Bei einem Podiumsgespräch gingen Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Landesteile dann der Frage „Wo wollen wir hin?" nach. Mit von der Partie waren der Comedian Bülent Ceylan, die Kunstturnerin Elisabeth Seitz, der Karlsruher Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup, Emily Sara Adams, Preisträgerin der Rede für Europa 2021, die Unternehmerin Sarna Röser und Gitte Zschoch, Generalsekretärin des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa).

Brägele
→ Bratkartoffeln
Oberrhein-Alemannisch, Hochalemannisch, Schwäbisch-Alemannisch

1975

Der Erfinder Artur Fischer (r.), Chef des Unternehmens Fischerwerke in Tumlingen in der Gemeinde Waldachtal, aufgenommen am 18. März 1975 im Gespräch mit Lehrlingen in der Abteilung Sondermaschinen. Er ist der Erfinder des Fischer-Dübels und des fischertechnik Baukastens für Kinder. Fischer hat über 1.000 Patente in Deutschland angemeldet.

1976

Sonderzug Karlsruhe–Split: Jugoslawische „Gastarbeiter" fahren vor Weihnachten 1976 zu ihren Familien. Die Gewinnung ausländischer Arbeitskräfte durch bilaterale Anwerbeabkommen trägt entscheidend zum wirtschaftlichen Aufschwung sowie zum Bevölkerungswachstum in Baden-Württemberg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bei.

Kleispen
→ Holzsplitter in der Hand
Mittelostschwäbisch, Zentralschwäbisch

Hünkel
→ Huhn
Südfränkisch, Rheinfränkisch

Erfindungen

Baden-Württemberg ist deutscher Spitzenreiter!

Dass Baden-Württemberg voller guter Ideen und kreativem Erfindergeist steckt, ist kein Geheimnis. Von revolutionären technologischen Innovationen bis hin zu kuriosen Kassenschlagern ist im Land der Tüftler und Erfinder schon alles erfunden worden.

Das Spaghettieis aus Mannheim, der Wehenschreiber aus Böblingen, der S-Dübel aus Tumlingen im Schwarzwald, die moderne Windkraftanlage und das Solarium aus Stuttgart: allesamt Erfindungen aus den letzten 70 Jahren Landesgeschichte. Doch auch in der Gegenwart machen baden-württembergische Tüftlerinnen und Tüftler mit guten Einfällen auf sich aufmerksam. So wurden im Jahr 2021 insgesamt 13.570 Patente aus Baden-Württemberg beim Deutschen Patent- und Markenamt angemeldet, auf 100.000 Einwohner kamen im Südwesten im vergangenen Jahr 122 Anmeldungen – deutscher Spitzenreiter! Die Bürgerinnen und Bürger haben quer durchs Land einfach viele gute Ideen. Einige stellen wir hier vor.

ELEKTROMOBILITÄT BOOMT. Gerät ein Elektroauto aber einmal in Brand, gestaltet sich das Löschen höchst schwierig, da der Akku sich auch Stunden später wieder entzünden könnte. Der Feuerwehrkommandant Leo Steinhauser aus Dettingen an der Iller hat deshalb einen Löschsack für E-Autos entwickelt. Das gelöschte Fahrzeug wird in den Löschsack eingepackt, dieser lässt sich mit Wasser füllen und verladen – kostengünstig, wassersparend und deutlich weniger aufwendig als bisherige Verfahren.

1979

Ein Karlsruher Stadtrat bei der Übergabe von Geldspenden, Einkaufsgutscheinen und Gebrauchsgegenständen an einige der vorübergehend in Bühlertal lebenden Geflüchteten aus Vietnam, 1979. Die mediale Berichterstattung über das Leid der häufig über das offene Meer Fliehenden aus Vietnam erschüttert Ende der Siebzigerjahre die Welt.

1980

Erstmaliger Einzug der Grünen in den Landtag 1980: Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Lothar Späth (r.), erhält nach seiner Wiederwahl von Holger Heimann, Wolf-Dieter Hasenclever und Elsbeth Mordo (v. r.) von den Grünen einen Kaktus.

Der Landtag und seine Mitglieder

„Der Landtag ist die gewählte Vertretung des Volkes."

„Der Landtag übt die gesetzgebende Gewalt aus und überwacht die Ausübung der vollziehenden Gewalt nach Maßgabe dieser Verfassung."

„Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen."

– Artikel 27 der Landesverfassung –

→ Redaktionsschluss
31. Mai 2022 (Innenteil)

Der Landtag

„Das Parlament ist nicht nur Träger der gesetzgebenden Gewalt, also der Legislative, es ist auch Kontrolleur der Regierung."

Wesentliches Merkmal des parlamentarischen Regierungssystems ist die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung. Sie kommt in erster Linie zum Ausdruck in der Kompetenz des Parlaments, den Regierungschef zu wählen und ihn zu stürzen. Das Letztere, die Abwahl des Ministerpräsidenten, ist nach der Landesverfassung – entsprechend dem Vorbild des Grundgesetzes – nur in der Form des sogenannten konstruktiven Misstrauensvotums möglich, das heißt in der Weise, dass der Landtag einen Nachfolger für den Ministerpräsidenten wählt, den er ablösen will. Überhaupt bedarf jede Berufung eines Ministers/einer Ministerin durch den Ministerpräsidenten der Bestätigung durch den Landtag. Außerdem kann der Landtag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Abgeordneten den Ministerpräsidenten zwingen, ein Mitglied seiner Regierung zu entlassen. Dem Landtag ist von der Verfassung damit – anders als dem Bundestag – eine unmittelbare Mitsprache auch bei der Zusammensetzung der Regierung eingeräumt.

Der Landtag kontrolliert das Handeln der Regierung. Dieser Verfassungsauftrag macht einen wesentlichen Teil des Alltagsgeschehens im Landesparlament aus. Dem Landtag steht hierfür ein vielfältiges Instrumentarium an Einwirkungsmöglichkeiten zur Verfügung. Genannt sei etwa das Recht des Plenums und der Landtagsausschüsse, Regierungsmitglieder herbeizuzitieren, damit diese dem Parlament Rede und Antwort stehen. So kann jede und jeder Abgeordnete in der Fragestunde vor dem Plenum des Landtags kurze Mündliche Anfragen an die Regierung richten. Solche Anfragen – sie müssen der Präsidentin spätestens drei Tage vor der Sitzung vorliegen – werden von der Regierung vor dem Plenum kurz beantwortet. Darüber hinaus haben die Abgeordneten die Möglichkeit, im Rahmen einer Regierungsbefragung an die Landesregierung Fragen von aktuellem Interesse zu richten. Das Thema einer Frage und das für die Beantwortung zuständige Ministerium müssen die Fraktionen bis 17 Uhr am Vortag der Sitzung benennen.

Jedes Mitglied des Parlaments kann außerdem schriftlich sogenannte Kleine Anfragen einbringen, die von der Präsidentin an die Landesregierung weitergeleitet und von dieser innerhalb von drei Wochen schriftlich beantwortet werden. Große Anfragen werden von mindestens 15 Abgeordneten oder einer Fraktion zu politisch bedeutsamen Themen eingebracht und können – nach vorheriger schriftlicher Stellungnahme der Regierung – zu einer Debatte im Plenum führen.

Zu Themen von aktuellem und allgemeinem Interesse kann von einer Fraktion oder Gruppe eine Aktuelle Debatte vor dem Plenum beantragt werden. Ein Mittel, aktuelle Themen im Parlament schnell zur Sprache zu bringen, ist auch der Dringliche Antrag, der in der jeweils nächsten Plenarsitzung behandelt werden muss. Dringlich sind Anträge, die Immunität eines Abgeordneten aufzuheben, dem Ministerpräsidenten das Vertrauen zu entziehen, einen Minister oder eine Ministerin zu entlassen oder einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Andere Anträge können vom Präsidium durch einen einmütigen Beschluss oder vom Landtagsplenum durch Mehrheitsbeschluss für dringlich erklärt werden. Gebräuchliche Mittel der Einwirkung auf das Handeln der Regierung sind außerdem Anträge aus der Mitte des Hauses, die darauf abzielen, die Regierung um bestimmte Maßnahmen zu ersuchen. Zum Bereich der Regierungskontrolle gehören schließlich Untersuchungsausschüsse und die Beschlüsse des Landtags zu Petitionen.

Das Recht, Gesetzentwürfe einzubringen (Gesetzesinitiativrecht), steht der Regierung und den Abgeordneten zu, prinzipiell aber auch dem Volk. In der Praxis macht die Regierung von ihrem Initiativrecht in größerem Umfang Gebrauch als die Abgeordneten. Gesetzentwürfe aus der Mitte des Landtags müssen von mindestens acht Abgeordneten oder einer Fraktion unterzeichnet sein. Die Gesetzentwürfe werden im Plenum in zwei oder drei Beratungen (Lesungen) behandelt.

Das Präsidium

Zentrales Lenkungs- und Leitungsorgan

Das Präsidium fungiert als zentrales Lenkungs- und Leitungsorgan des Parlaments. Die Sitzungstermine des Plenums, der Ausschüsse sowie der Fraktionen und deren Arbeitskreise werden hier auf ein Jahr im Voraus festgelegt. Auch die Tagesordnungen für die Plenarsitzungen werden vom Präsidium erstellt und die Redezeiten vereinbart. Das Präsidium erörtert alle grundsätzlichen Fragen in den Beziehungen des Parlaments zur Landesregierung. Ferner legt es den Haushaltsentwurf für Sach- und Personalausgaben des Landtags vor. Dem Präsidium gehören 22 Mitglieder an.

Präsidium

Präsidentin: Muhterem Aras, GRÜNE

Vizepräsident: Dr. Wolfgang Reinhart, CDU

Vizepräsident: Daniel Born, SPD

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Aras, M.	Blenke	Binder	Haußmann	Gögel
Erikli, N.	Deuschle	Born	Dr. Kern	Sänze
Hildenbrand	Hagel	Stoch	Dr. Rülke	
Holmberg, C.	Dr. Reinhart			
Krebs, P.	Schweizer, S.			
Lede Abal	Staab, C.			
Poreski				
Schwarz, Andreas				

Die Ausschüsse

Im Sinne einer effizienten Arbeitsteilung und gründlichen Vorbereitung seiner Beratungen und Beschlüsse setzt der Landtag eine ganze Reihe von Ausschüssen ein. Ihnen gehören die jeweiligen Fachleute der Fraktionen an, etwa für das Finanzwesen, die Bildungspolitik oder den Umweltschutz. Die Ausschüsse befassen sich mit den Angelegenheiten, die ihnen – in der Regel vom Plenum – im Einzelfall überwiesen worden sind, und geben Beschlussempfehlungen. Darüber hinaus können die Ausschüsse auch andere Fragen aus ihrem Geschäftsbereich beraten und dem Landtag zur Entscheidung vorlegen. Die Zahl der Mitglieder beträgt 22.

Ständiger Ausschuss

Vorsitzender:
Guido Wolf, CDU
Stellv. Vorsitzender:
Ruben Rupp, AfD

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Cataltepe, A.	Blenke	Binder	Goll, J.	Baron
Evers, D.	Deuschle	Weber	Scheerer	Rupp
Häusler, M.	von Eyb	Dr. Weirauch	Weinmann	
Hentschel	Dr. Löffler			
Kern, C.	Stächele			
Lede Abal	Wolf			
Schwarz, Andrea				
Tuncer, F.				

Der Ständige Ausschuss wahrt als sogenanntes Zwischenparlament nach Ablauf der Wahlperiode oder nach einer vorzeitigen Landtagsauflösung bis zum Zusammentritt des neuen Landtags die Rechte des Parlaments gegenüber der Regierung. Während der Wahlperiode hat der Ständige Ausschuss die Aufgaben eines Fachausschusses für Verfassungs- und Rechtsfragen sowie für Medienpolitik und Datenschutz.

Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen

Vorsitzender:
Ulli Hockenberger, CDU
Stellv. Vorsitzende:
Andrea Schwarz, GRÜNE

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Cataltepe, A.	Blenke	Binder	Goll, J.	Goßner
Häffner, P.	Gehring	Hoffmann	Karrais	Lindenschmid
Hildenbrand	Hockenberger	Ranger	Weinmann	
Lede Abal	Huber, I.			
Schwarz, Andrea	Mayr			
Seimer	Dr. Miller			
Sperling, S.				
Tuncer, F.				

Das Aufgabengebiet des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Kommunen umfasst insbesondere die sogenannte Innere Sicherheit, also Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz. Daneben befassen sich die Ausschussmitglieder unter anderem mit der Digitalisierung, dem Kommunal- und Sparkassenwesen sowie der Entwicklung der Landesverwaltung.

Ausschuss für Finanzen

Vorsitzender:
Martin Rivoir, SPD
Stellv. Vorsitzende:
Sarah Schweizer, CDU

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Erikli, N.	Hockenberger	Fink	Bonath	Dr. Hellstern
Evers, D.	Mack	Gruber	Brauer	Dr. Podeswa
Knopf	Dr. Reinhart	Rivoir	Fischer	
Pix	Dr. Schütte			
Dr. Rösler	Schweizer, S.			
Saebel, B.	Wald			
Salomon				
Seimer				

Einnahmen, Ausgaben und Schuldenstand – damit setzt sich der Ausschuss für Finanzen auseinander. Hier werden alle Fragen erörtert, die den Landeshaushalt und somit die Finanz- und Steuerpolitik betreffen.

Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport

Vorsitzende:
Petra Häffner, GRÜNE
Stellv. Vorsitzende:
Katrin Steinhülb-Joos, SPD

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Dr. Aschhoff, S.	Dr. Becker	Born	Birnstock	Dr. Balzer
Bogner-Unden, A.	Gehring	Dr. Fulst-Blei	Dr. Kern	Hörner
Häffner, P.	Hailfinger	Steinhülb-Joos, K.	Trauschel, A.	
Mettenleiter	Dr. Miller			
Nentwich	Staab, C.			
Poreski	Sturm			
Saint-Cast, N.				
Wehinger, D.				

Alles, was mit schulischer Bildung und dem Schulwesen zusammenhängt, wird im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport beraten. Daneben gehören zu seinem Zuständigkeitsbereich unter anderem Kleinkindbetreuung, Kindergärten, vorschulische Bildung, Angelegenheiten des Sports sowie die Beziehungen zu den Kirchen und sonstigen Religionsgemeinschaften.

Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Vorsitzende:
Nese Erikli, GRÜNE
Stellv. Vorsitzender:
Dr. Rainer Balzer, AfD

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Dr. Aschhoff, S.	Dr. Becker	Dr. Kliche-Behnke, D.	Birnstock	Dr. Balzer
Erikli. N.	Deuschle	Rivoir	Brauer	Bamberger
Joukov	Dr. Preusch	Rolland, G.	Dr. Kern	
Knopf	Dr. Schütte			
Köhler	Sturm			
Saint-Cast, N.	Wolf			
Salomon				
Seemann, S.				

Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst befasst sich in erster Linie mit dem Hochschulwesen, also Universitäten und anderen Hochschulen. Dabei geht es besonders um die Förderung der Forschung und Lehre. Wissenschaftliche Einrichtungen außerhalb des Hochschulbereichs zählen aber auch zu seinem Aufgabenbereich. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Pflege der Kunst, also etwa die Unterstützung von Museen und Theatern.

Ausschuss für Umwelt, Klima, und Energiewirtschaft

Vorsitzender:
Daniel Karrais, FDP/DVP
Stellv. Vorsitzender:
Alexander Schoch, GRÜNE

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Behrens	Hailfinger	Gruber	Bonath	Dr. Hellstern
Krebs, P.	Haser	Rolland, G.	Hoher	Steyer
Mettenleiter	Dr. Pfau-Weller, N.	Steinhülb-Joos, K.	Karrais	
Niemann, J.	Dr. Schütte			
Nüssle	Schuler			
Dr. Rösler	Vogt			
Schoch				
Sperling, S.				

Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Naturschutz, Energiepolitik, Immissionsschutz sowie Wasser- und Abfallwirtschaft sind die Themen, mit denen sich der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft beschäftigt. Von zentraler Bedeutung ist die Energiewende. Deshalb sind die erneuerbaren Energien sowie die Entsorgung radioaktiver Stoffe und die Atomaufsicht häufig Gegenstand der Beratungen.

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Vorsitzender:
Dr. Erik Schweickert, FDP/DVP
Stellv. Vorsitzende:
Katrin Schindele, CDU

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Evers, D.	Dörflinger	Dr. Fulst-Blei	Reith	Baron
Frey	Hailfinger	Wahl	Scheerer	Rupp
Grath	Mack	Dr. Weirauch	Dr. Schweickert	
Häusler, M.	Dr. Reinhart			
Herkens	Schindele, K.			
Niemann, J.	Vogt			
Schoch				
Tok				

Zentrale Themen sind Wirtschafts-, Mittelstands-, Innovations- und Standortpolitik sowie Wirtschaftsförderung. Wichtig sind ebenso die Bereiche Geld- und Kreditwesen, Arbeitsmarkt, berufliche Bildung, Außenwirtschaft sowie der Tourismus in Baden-Württemberg.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration

Vorsitzender:
Florian Wahl, SPD
Stellv. Vorsitzende:
Dorothea Wehinger, GRÜNE

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Hildenbrand	Bückner	Kenner	Fischer	Eisenhut
Knopf	Huber, I.	Dr. Kliche-Behnke, D.	Haußmann	Wolle, C.
Köhler	Mayr	Wahl	Reith	
Krebs, P.	Dr. Preusch			
Poreski	Sturm			
Seemann, S.	Teufel			
Tuncer, F.				
Wehinger, D.				

Das Themenspektrum im Ausschuss für Soziales und Integration ist breit gefächert: von Sozialversicherung über Gesundheitswesen, Pflege sowie Kinder- und Jugendpolitik bis hin zu Chancengleichheit und Familienpolitik. Außerdem befasst sich das Gremium vor allem mit den Grundsatzfragen der Integrationspolitik.

Ausschuss für Verkehr

Vorsitzender:
Rüdiger Klos, AfD
Stellv. Vorsitzender:
August Schuler, CDU

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Achterberg, G.	Bückner	Hoffmann	Haag	Klauß
Braun, M.	Dörflinger	Röderer	Dr. Jung	Klos
Gericke, S.	Hartmann-Müller, S.	Storz	Scheerer	
Hentschel	Mayr			
Joukov	Dr. Pfau-Weller, N.			
Katzenstein	Schuler			
Marwein				
Nüssle				

Ob Auto, Bahn, Schiff oder Flugzeug – Mobilität ist ein wichtiges Thema im Ausschuss für Verkehr. Damit einhergehend spielen in den Ausschussberatungen Straßenbau und Lärmschutz eine große Rolle.

Ausschuss für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Vorsitzender:
Martin Hahn, GRÜNE
Stellv. Vorsitzender:
Klaus Hoher, FDP/DVP

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Behrens	Burger	Röderer	Fischer	Eisenhut
Bogner-Unden, A.	Epple	Storz	Heitlinger	Stein
Braun, M.	von Eyb	Weber	Hoher	
Hahn	Haser			
Holmberg, C.	Schweizer, S.			
Nentwich	Teufel			
Pix				
Waldbüßer				

Die Förderung des ländlichen Raums, Tierschutz, Landschaftspflege und -entwicklung sowie Land- und Forstwirtschaft sind zentrale Themen im Ausschuss für Ländlichen Raum. Ebenso zählen Ernährung und der Verbraucherschutz zum Themengebiet des Gremiums.

Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen

Vorsitzende:
Christiane Staab, CDU
Stellv. Vorsitzender:
Dr. Christian Jung, FDP/DVP

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Achterberg, G.	Burger	Born	Haag	Goßner
Gericke, S.	Neumann-Martin, C.	Hoffmann	Dr. Jung	Klauß
Grath	Dr. Pfau-Weller, N.	Ranger	Dr. Schweickert	
Häusler, M.	Schindele, K.			
Hahn	Staab, C.			
Holmberg, C.	Wald			
Saebel, B.				
Tok				

Landesentwicklung und Wohnen sind zentrale Inhalte des Gremiums. Außerdem spielen Raumordnung und Bautechnik eine große Rolle.

Ausschuss für Europa und Internationales

Vorsitzender:
Willi Stächele, CDU
Stellv. Vorsitzende:
Andrea Bogner-Unden, GRÜNE

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Bogner-Unden, A.	Hartmann-Müller, S.	Cuny	Goll, J.	Bamberger
Frey	Dr. Löffler	Fink	Heitlinger	Sänze
Herkens	Schuler	Steinhülb-Joos, K.	Trauschel, A.	
Joukov	Schweizer, S.			
Kern, C.	Stächele			
Marwein	Vogt			
Mettenleiter				
Nüssle				

Der Ausschuss für Europa und Internationales beschäftigt sich insbesondere mit den für das Land relevanten Vorhaben der Europäischen Union. Darüber hinaus ist er für Fragen der grenzüberschreitenden und internationalen Zusammenarbeit zuständig.

Petitionsausschuss

Vorsitzender:
Thomas Marwein, GRÜNE
Stellv. Vorsitzender:
Andreas Kenner, SPD

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Achterberg, G.	Bückner	Cuny	Birnstock	Hörner
Herkens	Epple	Kenner	Heitlinger	Stein
Katzenstein	Gehring	Ranger	Dr. Jung	
Marwein	Dr. Miller			
Saebel, B.	Neumann-Martin, C.			
Salomon	Schindele, K.			
Seimer				
Waldbüßer				

Aufgabe des Petitionsausschusses ist es, sich mit Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern zu befassen, die sich durch eine Behörde des Landes ungerecht behandelt fühlen. Der Petitionsausschuss darf – im Unterschied zu den Gerichten – nicht nur die Rechtmäßigkeit einer behördlichen Entscheidung überprüfen, sondern auch deren Zweckmäßigkeit.

Enquetekommission Krisenfeste Gesellschaft

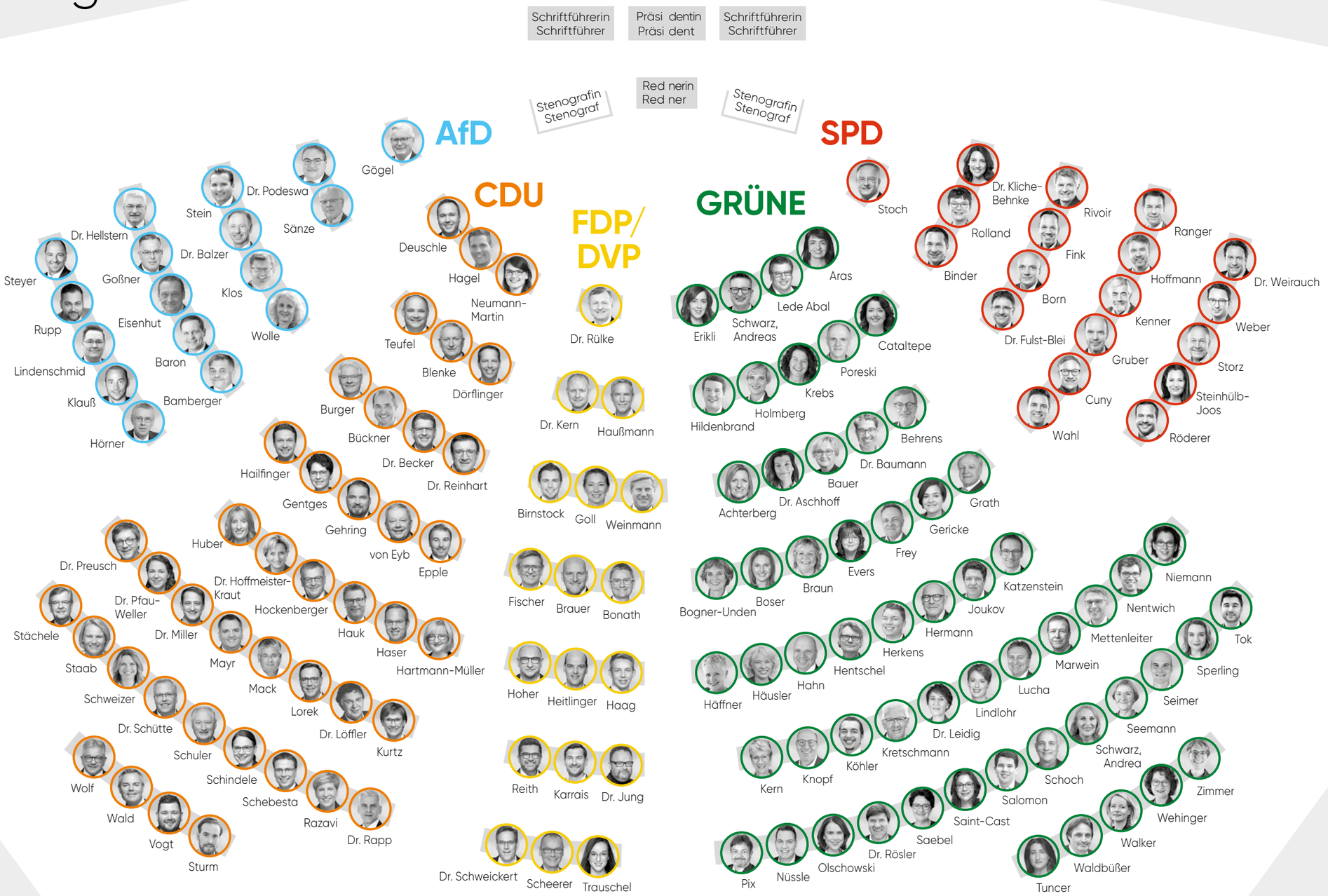
Vorsitzender:
Alexander Salomon, GRÜNE
Stellv. Vorsitzende:
Dr. Natalie Pfau-Weller, CDU

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Dr. Aschhoff, S.	Dr. Miller	Dr. Kliche-Behnke, D.	Karrais	Wolle, C.
Hildenbrand	Dr. Pfau-Weller, N.	Wahl	Reith	
Köhler	Dr. Preusch			
Krebs, P.	Staab, C.			
Salomon				

Als externe Mitglieder wurden gewählt:
Prof. Dr. Marius R. Busemeyer, Universität Konstanz, Leiter der Arbeitsgruppe für Vergleichende Politische Ökonomie, Prof. Dr. Astrid Elsbernd, Hochschule Esslingen, Leiterin des Instituts für Gesundheits- und Pflegewissenschaften sowie Marco Krüger, Universität Tübingen, Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (Wahlvorschläge der Grünen-Fraktion); Dr. Christoph Müller, Hauptgeschäftsführer Netze BW GmbH, und Joachim Walter, Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg und Landrat des Landkreises Tübingen (Wahlvorschläge der CDU-Fraktion); Dr. Daniela Harsch, Bürgermeisterin für Soziales, Ordnung und Kultur Tübingen (Wahlvorschlag der SPD-Fraktion); sowie Thomas Albiez, Hauptgeschäftsführer IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg (Wahlvorschlag der Fraktion FDP/DVP); Wahlvorschlag der AfD: N. N.

Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft" soll Handlungsempfehlungen erarbeiten, die das Ziel haben, das baden-württembergische Gemeinwesen für die Zukunft resilienter und krisenfester aufzustellen. Dabei soll sie sich insbesondere auf die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen konzentrieren, die ihre Wirkung im Zeitraum nach Abschluss ihrer Tätigkeit entfalten können, auf Landesebene umsetzbar sind und den Fokus auf die Umstände von Krisen setzen.

Sitzordnung



Als der 17. Landtag zusammentrat, waren von den 154 Mitgliedern 58 Neulinge. Jüngste Abgeordnete ist Alena Trauschel (* 1999); ältester Abgeordneter ist Winfried Kretschmann (* 1948). Der Anteil der weiblichen Landtagsabgeordneten liegt gegenwärtig bei knapp 30 Prozent: Von den 154 Abgeordneten der 17. Legislaturperiode sind 46 Frauen.

Die Abgeordneten

und ihre 70 Wahlkreise

1 Stuttgart I
Muhterem Aras **GRÜNE**

2 Stuttgart II
Winfried Hermann **GRÜNE**
Friedrich Haag **FDP/DVP**

3 Stuttgart III
Oliver Hildenbrand **GRÜNE**
Dr. Reinhard Löffler **CDU**

4 Stuttgart IV
Petra Olschowski **GRÜNE**
Katrin Steinhülb-Joos **SPD**

5 Böblingen
Thekla Walker **GRÜNE**
Dr. Matthias Miller **CDU**
Florian Wahl **SPD**

6 Leonberg
Peter Seimer **GRÜNE**
Sabine Kurtz **CDU**
Hans Dieter Scheerer **FDP/DVP**

7 Esslingen
Andrea Lindlohr **GRÜNE**
Andreas Deuschle **CDU**
Nicolas Fink **SPD**

8 Kirchheim
Andreas Schwarz **GRÜNE**
Dr. Natalie Pfau-Weller **CDU**
Andreas Kenner **SPD**

9 Nürtingen
Winfried Kretschmann **GRÜNE**
Dennis Birnstock **FDP/DVP**

10 Göppingen
Ayla Cataltepe **GRÜNE**
Sarah Schweizer **CDU**
Hans-Jürgen Goßner **AfD**

11 Geislingen
Nicole Razavi **CDU**
Sascha Binder **SPD**

12 Ludwigsburg
Silke Gericke **GRÜNE**

13 Vaihingen
Dr. Markus Rösler **GRÜNE**
Konrad Epple **CDU**

14 Bietigheim-Bissingen
Tayfun Tok **GRÜNE**
Tobias Vogt **CDU**

15 Waiblingen
Swantje Sperling **GRÜNE**
Siegfried Lorek **CDU**
Julia Goll **FDP/DVP**

16 Schorndorf
Petra Häffner **GRÜNE**
Christian Gehring **CDU**
Jochen Haußmann **FDP/DVP**

17 Backnang
Ralf Nentwich **GRÜNE**
Gernot Gruber **SPD**
Daniel Lindenschmid **AfD**

18 Heilbronn
Gudula Achterberg **GRÜNE**
Nico Weinmann **FDP/DVP**

19 Eppingen
Erwin Köhler **GRÜNE**
Dr. Michael Preusch **CDU**
Dr. Rainer Podeswa **AfD**
Georg Heitlinger **FDP/DVP**

20 Neckarsulm
Armin Waldbüßer **GRÜNE**
Isabell Huber **CDU**
Carola Wolle **AfD**
Klaus Ranger **SPD**

21 Hohenlohe
Catherine Kern **GRÜNE**
Arnulf Freiherr von Eyb **CDU**
Anton Baron **AfD**

22 Schwäbisch Hall
Jutta Niemann **GRÜNE**
Stephen Brauer **FDP/DVP**
Udo Stein **AfD**

23 Main-Tauber
Dr. Wolfgang Reinhart **CDU**

24 Heidenheim
Martin Grath **GRÜNE**
Andreas Stoch **SPD**

25 Schwäbisch Gmünd
Martina Häusler **GRÜNE**
Tim Bückner **CDU**
Ruben Rupp **AfD**

26 Aalen
Winfried Mack **CDU**

27 Karlsruhe I
Dr. Ute Leidig **GRÜNE**

28 Karlsruhe II
Alexander Salomon **GRÜNE**

29 Bruchsal
Ulli Hockenberger **CDU**
Dr. Rainer Balzer **AfD**

30 Bretten
Andrea Schwarz **GRÜNE**
Ansgar Mayr **CDU**
Dr. Christian Jung **FDP/DVP**

31 Ettlingen
Barbara Saebel **GRÜNE**
Christine Neumann-Martin **CDU**
Alena Trauschel **FDP/DVP**

32 Rastatt
Thomas Hentschel **GRÜNE**
Dr. Alexander Becker **CDU**
Jonas Weber **SPD**

33 Baden-Baden
Hans-Peter Behrens **GRÜNE**
Tobias Wald **CDU**

34 Heidelberg
Theresia Bauer **GRÜNE**

35 Mannheim I
Dr. Susanne Aschhoff **GRÜNE**
Dr. Stefan Fulst-Blei **SPD**

36 Mannheim II
Elke Zimmer **GRÜNE**
Dr. Boris Weirauch **SPD**

37 Wiesloch
Norbert Knopf **GRÜNE**
Christiane Staab **CDU**

38 Neckar-Odenwald
Peter Hauk **CDU**

39 Weinheim
Fadime Tuncer **GRÜNE**
Sebastian Cuny **SPD**

40 Schwetzingen
Dr. Andre Baumann **GRÜNE**
Andreas Sturm **CDU**
Daniel Born **SPD**

41 Sinsheim
Hermann Katzenstein **GRÜNE**
Dr. Albrecht Schütte **CDU**
Jan-Peter Röderer **SPD**

42 Pforzheim
Felix Herkens **GRÜNE**
Dr. Hans-Ulrich Rülke **FDP/DVP**
Alfred Bamberger **AfD**

43 Calw
Thomas Blenke **CDU**
Miguel Klauß **AfD**

44 Enz
Stefanie Seemann **GRÜNE**
Dr. Erik Schweickert **FDP/DVP**
Bernd Gögel **AfD**

45 Freudenstadt
Katrin Schindele **CDU**
Dr. Timm Kern **FDP/DVP**
Dr. Uwe Hellstern **AfD**

46 Freiburg I
Daniela Evers **GRÜNE**

47 Freiburg II
Nadyne Saint-Cast **GRÜNE**
Gabriele Rolland **SPD**

48 Breisgau
Reinhold Pix **GRÜNE**
Dr. Patrick Rapp **CDU**

49 Emmendingen
Alexander Schoch **GRÜNE**

50 Lahr
Sandra Boser **GRÜNE**
Marion Gentges **CDU**

51 Offenburg
Thomas Marwein **GRÜNE**
Volker Schebesta **CDU**

52 Kehl
Bernd Mettenleiter **GRÜNE**
Willi Stächele **CDU**

53 Rottweil
Stefan Teufel **CDU**
Daniel Karrais **FDP/DVP**
Emil Sänze **AfD**

54 Villingen-Schwenningen
Martina Braun **GRÜNE**
Frank Bonath **FDP/DVP**

55 Tuttlingen-Donaueschingen
Guido Wolf **CDU**
Nikolai Reith **FDP/DVP**
Rüdiger Klos **AfD**

56 Konstanz
Nese Erikli **GRÜNE**

57 Singen
Dorothea Wehinger **GRÜNE**
Hans-Peter Storz **SPD**
Bernhard Eisenhut **AfD**

58 Lörrach
Josef Frey **GRÜNE**
Jonas Hoffmann **SPD**

59 Waldshut
Niklas Nüssle **GRÜNE**
Sabine Hartmann-Müller **CDU**

60 Reutlingen
Thomas Poreski **GRÜNE**

61 Hechingen-Münsingen
Cindy Holmberg **GRÜNE**
Manuel Hailfinger **CDU**
Rudi Fischer **FDP/DVP**
Joachim Steyer **AfD**

62 Tübingen
Daniel Lede Abal **GRÜNE**
Dr. Dorothea Kliche-Behnke **SPD**

63 Balingen
Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut **CDU**
Hans-Peter Hörner **AfD**

64 Ulm
Michael Joukov **GRÜNE**
Martin Rivoir **SPD**

65 Ehingen
Manuel Hagel **CDU**

66 Biberach
Thomas Dörflinger **CDU**

67 Bodensee
Martin Hahn **GRÜNE**
Klaus Hoher **FDP/DVP**

68 Wangen
Petra Krebs **GRÜNE**
Raimund Haser **CDU**

69 Ravensburg
Manfred Lucha **GRÜNE**
August Schuler **CDU**

70 Sigmaringen
Andrea Bogner-Unden **GRÜNE**
Klaus Burger **CDU**

Andreas Schwarz

Direktmandat im Wahlkreis 8 (Kirchheim). Seit Mai 2016 Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wirtschaftsjurist und Master of Business Administration. Geboren 1979, verheiratet, eine Tochter, lebt in Kirchheim unter Teck, leidenschaftlicher Rennradfahrer. Von 1999 bis 2016 Stadtrat und Vorsitzender der Grünen Gemeinderatsfraktion in Kirchheim unter Teck und im Kreistag des Landkreises Esslingen. Seit 2011 Mitglied des Landtags, von 2011 bis 2016 stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Vorsitzender des Arbeitskreises Verkehr und Infrastruktur und kommunalpolitischer Sprecher. Mitglied des Landesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg.

Achterberg, Gudula, geboren 1965, Diplom-Betriebswirtin (FH), MdL seit 01.02.2022, Wahlkreis 18, Heilbronn

Aras, Muhterem, geboren 1966, Diplom-Ökonomin, Steuerberaterin, Landtagspräsidentin, MdL seit 2011, Wahlkreis 1, Stuttgart I

Dr. Aschhoff, Susanne, geboren 1971, Tierärztin, MdL seit 2011, Wahlkreis 35, Mannheim I

Bauer, Theresia, geboren 1965, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, MdL seit 2001, Wahlkreis 34, Heidelberg

Dr. Baumann, Andre, geboren 1973, Staatssekretär, Dipl.-Biologe, MdL seit 2021, Wahlkreis 40, Schwetzingen

Behrens, Hans-Peter, geboren 1961, Dipl.-Ing. (FH) Elektro-/Nachrichtentechnik, MdL seit 2019, Wahlkreis 33, Baden-Baden

Bogner-Unden, Andrea, geboren 1955, Oberstudienrätin, MdL seit 2016, Wahlkreis 70, Sigmaringen

Boser, Sandra, geboren 1976, Diplom-Betriebswirtin, Staatssekretärin, MdL seit 2011, Wahlkreis 50, Lahr

Braun, Martina, geboren 1960, Biobäuerin, PTA, MdL seit 2016, Wahlkreis 54, Villingen-Schwenningen

Cataltepe, Ayla, geboren 1972, Parlamentarische Referentin, MdL seit 2021, Wahlkreis 10, Göppingen

Erikli, Nese, geboren 1981, Projektleiterin, MdL seit 2016, Wahlkreis 56, Konstanz

Evers, Daniela, geboren 1971, Rechtsanwältin, MdL seit 2021, Wahlkreis 46, Freiburg I

Frey, Josef, geboren 1959, Diplom-Sozialpädagoge (FH), MdL seit 2011, Wahlkreis 58, Lörrach

Gericke, Silke, geboren 1974, Referentin, MdL seit 2021, Wahlkreis 12, Ludwigsburg

Grath, Martin, geboren 1960, Bäckermeister, Betriebswirt des Handwerks, MdL seit 2016, Wahlkreis 24, Heidenheim

Häffner, Petra, geboren 1964, Heilpraktikerin, Physiotherapeutin, MdL seit 2011, Wahlkreis 16, Schorndorf

Häusler, Martina, geboren 1964, Betriebswirtin (VWA), MdL seit 2021, Wahlkreis 25, Schwäbisch Gmünd

Hahn, Martin, geboren 1963, Landwirtschaftsmeister, MdL seit 2011, Wahlkreis 67, Bodensee

GRÜNE 58 ABGEORDNETE

Hentschel, Thomas,
geboren 1964,
Rechtsanwalt,
MdL seit August 2016,
Wahlkreis 32,
Rastatt

Herkens, Felix,
geboren 1995,
Student,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 42,
Pforzheim

Hermann, Winfried,
geboren 1952,
Minister für Verkehr,
MdL 1984–1988
und seit 2016,
Wahlkreis 2,
Stuttgart II

Hildenbrand, Oliver,
geboren 1988,
Landesvorsitzender,
Psychologe,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 3,
Stuttgart III

Holmberg, Cindy,
geboren 1975,
Wirtschafts-
korrespondentin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 61,
Hechingen-
Münsingen

Joukov, Michael,
geboren 1981,
Dipl.-Wirtschafts-
wissenschaftler,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 64,
Ulm

Katzenstein, Hermann,
geboren 1969,
Diplom-Physiker,
wissenschaftlicher
Angestellter,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 41,
Sinsheim

Kern, Catherine,
geboren 1961,
freiberufliche
Sprachdozentin
und Übersetzerin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 21,
Hohenlohe

Knopf, Norbert,
geboren 1967,
Sozialversicherungs-
angestellter,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 37,
Wiesloch

Köhler, Erwin,
geboren 1995,
Kunst- und Kultur-
manager,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 19,
Eppingen

Krebs, Petra,
geboren 1969,
Krankenschwester,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 68,
Wangen

Kretschmann, Winfried,
geboren 1948,
Ministerpräsident,
MdL 1980–1984,
1988–1992
und seit 1996,
Wahlkreis 9,
Nürtingen

Lede Abal,
Daniel,
geboren 1976,
Geschäftsführer,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 62,
Tübingen

Dr. Leidig, Ute,
geboren 1963,
Psychologin,
Staatssekretärin,
MdL seit 2019,
Wahlkreis 27,
Karlsruhe I

Lindlohr, Andrea,
geboren 1975,
Politikwissen-
schaftlerin,
Staatssekretärin,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 7,
Esslingen

Lucha, Manfred,
geboren 1961,
Minister für Soziales,
Gesundheit und
Integration,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 69,
Ravensburg

Marwein, Thomas,
geboren 1958,
Bauingenieur,
Vermessungs-
techniker,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 51,
Offenburg

Mettenleiter, Bernd,
geboren 1971,
Lehrer,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 52,
Kehl

Nentwich, Ralf,
geboren 1982,
Realschullehrer,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 17,
Backnang

Niemann, Jutta,
geboren 1970,
Diplom-Physikerin,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 22,
Schwäbisch Hall

Nüssle, Niklas,
geboren 1994,
Chemie- und
Bioingenieur,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 59,
Waldshut

Olschowski, Petra,
geboren 1965,
Staatssekretärin,
Journalistin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 4,
Stuttgart IV

Pix, Reinhold,
geboren 1955,
Diplom-Forstwirt,
Weingutsinhaber,
MdL seit 2006,
Wahlkreis 48,
Breisgau

Poreski, Thomas,
geboren 1963,
Diplom-Pädagoge,
Diplom-Sozial-
arbeiter,
Geschäftsführer,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 60,
Reutlingen

Dr. Rösler, Markus,
geboren 1961,
Landschaftsökologe,
Landschaftsökonom,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 13,
Vaihingen

Saebel, Barbara,
geboren 1959,
Landtags-
abgeordnete,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 31,
Ettlingen

Saint-Cast, Nadyne,
geboren 1979,
Angestellte,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 47,
Freiburg II

Salomon, Alexander,
geboren 1986,
Landtags-
abgeordneter,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 28,
Karlsruhe II

Schoch, Alexander,
geboren 1954,
Politologe, Geograf,
Diplom-Pädagoge,
Gewerkschaftssekretär,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 49,
Emmendingen

Schwarz, Andrea,
geboren 1957,
Landtags-
abgeordnete,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 30,
Bretten

Seemann, Stefanie,
geboren 1959,
Soziologin,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 44,
Enz

Seimer, Peter,
geboren 1993,
Steuerfahnder,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 6,
Leonberg

Sperling, Swantje,
geboren 1983,
Politikwissen-
schaftlerin M. A.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 15,
Waiblingen

Tok, Tayfun,
geboren 1986,
Betriebswirt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 14,
Bietigheim-Bissingen

Tuncer, Fadime,
geboren 1968,
Politologin,
MdL seit 18.02.2022,
Wahlkreis 39,
Weinheim

Waldbüßer, Armin,
geboren 1960,
selbstständiger
Kaufmann,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 20,
Neckarsulm

Walker, Thekla,
geboren 1969,
Naturpädagogin,
Ministerin für Umwelt,
Klima und Energie-
wirtschaft,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 5,
Böblingen

Wehinger, Dorothea,
geboren 1953,
Erzieherin, Fort-
bildnerin, Coach,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 57,
Singen

Zimmer, Elke,
geboren 1966,
Diplom-Handels-
lehrerin,
Staatssekretärin,
MdL seit Dezember
2016,
Wahlkreis 36,
Mannheim II

Fraktion GRÜNE im Landtag
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-6000
E-Mail: post@gruene.landtag-bw.de
www.gruene-landtag-bw.de

CDU 42 ABGEORDNETE

Manuel Hagel

Direktmandat Wahlkreis 65, Ehingen; geboren 1988, verheiratet, zwei Kinder; nach der Ausbildung zum Bankkaufmann folgte 2009 eine Weiterbildung zum Bankfachwirt und anschließend ein Studium zum Dipl.-Bankbetriebswirt an der Frankfurt School of Finance & Management. Bis zu seinem Einzug in den Landtag war er Filialdirektor der Sparkasse in Ehingen. Hagel trat 2006 der CDU bei, seit 2010 ist er Mitglied des Kreisvorstands der CDU Alb-Donau-Ulm und seit 2019 dessen Vorsitzender. Von 2016 bis 2021 war er Generalsekretär der Südwest-Union. Am 4. Mai 2021 wählte ihn die Landtagsfraktion zu ihrem Vorsitzenden.

Dr. Becker, Alexander,
geboren 1972,
Musikwissenschaftler,
MdL seit 2019,
Wahlkreis 32,
Rastatt

Blenke, Thomas,
geboren 1960,
Volljurist,
MdL seit 2001,
Wahlkreis 43,
Calw

Bückner, Tim,
geboren 1983,
Kreisgeschäftsführer,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 25,
Schwäbisch Gmünd

Burger, Klaus,
geboren 1958,
Bankkaufmann,
Geschäftsstellenleiter,
MdL seit 2012,
Wahlkreis 70,
Sigmaringen

Deuschle, Andreas,
geboren 1978,
Rechtsanwalt,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 7,
Esslingen

Dörflinger, Thomas,
geboren 1969,
Bankkaufmann,
Dipl.-Betriebswirt (FH),
MdL seit 2016,
Wahlkreis 66,
Biberach

Epple, Konrad,
geboren 1963,
Schlossermeister,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 13,
Vaihingen

Freiherr von Eyb, Arnulf,
geboren 1955,
Rechtsanwalt,
Fachanwalt
für Arbeitsrecht,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 21,
Hohenlohe

Gehring, Christian,
geboren 1979,
Kriminalhauptkommissar,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 16,
Schorndorf

Gentges, Marion,
geboren 1971,
Rechtsanwältin,
Ministerin der Justiz
und für Migration,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 50,
Lahr

Hailfinger, Manuel,
geboren 1982,
Justiziar,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 61,
Hechingen-
Münsingen

Hartmann-Müller,
Sabine,
geboren 1962,
Dipl.-Betriebswirtin (FH),
MdL seit Oktober 2017,
Wahlkreis 59,
Waldshut

Haser, Raimund,
geboren 1975,
Dipl.-Betriebswirt (BA),
Wirtschaftsredakteur,
Autor, Verleger,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 68,
Wangen

Hauk, Peter,
geboren 1960,
Minister für Ernährung,
Ländlichen Raum und
Verbraucherschutz,
MdL seit 1992,
Wahlkreis 38,
Neckar-Odenwald

Hockenberger, Ulli,
geboren 1956,
Bürgermeister a. D.,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 29,
Bruchsal

Dr. Hoffmeister-Kraut,
Nicole, geboren 1972,
Ministerin für
Wirtschaft, Arbeit
und Tourismus,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 63,
Balingen

Huber, Isabell,
geboren 1987,
Master of Arts
Public Management,
MdL seit Januar 2019,
Wahlkreis 20,
Neckarsulm

Kurtz, Sabine,
geboren 1961,
Staatssekretärin,
MdL seit 2006,
Wahlkreis 6,
Leonberg

Dr. Löffler, Reinhard,
geboren 1954,
Rechtsanwalt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 3,
Stuttgart III

Lorek, Siegfried,
geboren 1977,
Polizeioberrat a. D.,
Staatssekretär,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 15,
Waiblingen

Mack, Winfried,
geboren 1965,
Diplom-Verwaltungswissenschaftler,
MdL seit 2001,
Wahlkreis 26,
Aalen

Mayr, Ansgar,
geboren 1972,
Dipl.-Betriebswirt (BA),
MdL seit 2021,
Wahlkreis 30,
Bretten

Dr. Miller, Matthias,
geboren 1991,
Notarassessor,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 5,
Böblingen

Neumann-Martin,
Christine,
geboren 1986,
Master of Arts der
Erwachsenenbildung,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 31,
Ettlingen

Dr. Pfau-Weller,
Natalie,
geboren 1987,
wiss. Mitarbeiterin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 8,
Kirchheim

Dr. Preusch, Michael,
geboren 1975,
Arzt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 19,
Eppingen

Dr. Rapp, Patrick,
geboren 1969,
Dipl.-Forstwirt,
Staatssekretär,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 48,
Breisgau

Razavi, Nicole,
geboren 1965,
Parlamentsrätin a. D.,
Ministerin für Landes-
entwicklung und
Wohnen, MdL seit
2006, Wahlkreis 11,
Geislingen

Dr. Reinhart, Wolfgang,
geboren 1956,
Rechtsanwalt,
stellv. Landtags-
präsident,
MdL seit 1992,
Wahlkreis 23,
Main-Tauber

Schebesta, Volker,
geboren 1971,
Staatssekretär im
Ministerium für Kultus,
Jugend und Sport,
MdL seit 2001,
Wahlkreis 51,
Offenburg

Schindele, Katrin,
geboren 1987,
Entwicklungs-
ingenieurin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 45,
Freudenstadt

Dr. Schütte, Albrecht,
geboren 1970,
Dipl.-Physiker,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 41,
Sinsheim

Schuler, August,
geboren 1957,
selbstständiger
Gastronom,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 69,
Ravensburg

Schweizer, Sarah,
geboren 1983,
Rechtsanwältin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 10,
Göppingen

Staab, Christiane,
geboren 1968,
Bürgermeisterin a. D.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 37,
Wiesloch

Stächele, Willi,
geboren 1951,
Minister a. D.,
Rechtsanwalt,
MdL seit 1992,
Wahlkreis 52,
Kehl

Sturm, Andreas,
geboren 1986,
Studienrat,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 40,
Schwetzingen

Teufel, Stefan,
geboren 1972,
Industriekaufmann,
Betriebswirt (GA),
MdL seit 2006,
Wahlkreis 53,
Rottweil

Vogt, Tobias,
geboren 1985,
Kfz-Technikermeister,
Betriebswirt M. A.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 14,
Bietigheim-Bissingen

Wald, Tobias,
geboren 1973,
Bankkaufmann,
Diplom-
Betriebswirt (FH),
MdL seit 2011,
Wahlkreis 33,
Baden-Baden

Wolf, Guido,
geboren 1961,
Minister a. D.,
MdL seit 2006,
Wahlkreis 55,
Tuttlingen-
Donaueschingen

CDU-Landtagsfraktion
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-8013
E-Mail: post@cdu.landtag-bw.de
www.cdufraktion-bw.de

SPD 19 ABGEORDNETE

Andreas Stoch

Wahlkreis 24, Heidenheim; geboren 1969, verheiratet, vier Kinder; seit Mai 2016 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Der Rechtsanwalt (Anwaltstätigkeit ruht) trat 1990 in die SPD ein, 1987 bis 1991 war er Juso-Kreisvorsitzender. Mitglied des Landtags seit 1. April 2009, Parlamentarischer Geschäftsführer von Mai 2011 bis Januar 2013; Minister für Kultus, Jugend und Sport von Januar 2013 bis Mai 2016. Seit November 2018 Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg.

Binder, Sascha,
geboren 1983,
Rechtsanwalt,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 11,
Geislingen

Born, Daniel,
geboren 1975,
Landtags-
vizepräsident,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 40,
Schwetzingen

Cuny, Sebastian,
geboren 1978,
Politikwissen-
schaftler,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 39,
Weinheim

Fink, Nicolas,
geboren 1976,
Diplom-Verwaltungs-
wirt (FH),
MdL seit Januar 2019,
Wahlkreis 7,
Esslingen

Dr. Fulst-Blei, Stefan,
geboren 1968,
Berufsschullehrer,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 35,
Mannheim I

Gruber, Gernot,
geboren 1963,
Diplom-Mathematiker,
Politikwissenschaftler,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 17,
Backnang

Hoffmann, Jonas,
geboren 1985,
Wirtschafts-
informatiker B. Sc.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 58,
Lörrach

Kenner, Andreas,
geboren 1956,
Altenpfleger,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 8,
Kirchheim

Dr. Kliche-Behnke,
Dorothea,
geboren 1981,
Referentin der
Geschäftsleitung,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 62,
Tübingen

Ranger, Klaus,
geboren 1961,
Bankfachwirt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 20,
Neckarsulm

Rivoir, Martin,
geboren 1960,
Diplom-Ingenieur,
MdL seit 2001,
Wahlkreis 64,
Ulm

Röderer, Jan-Peter,
geboren 1986,
Molekularbiologe,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 41,
Sinsheim

Rolland, Gabriele,
geboren 1963,
Diplom-
Verwaltungswirtin (FH),
MdL seit 2011,
Wahlkreis 47,
Freiburg II

Steinhülb-Joos,
Katrin,
geboren 1966,
Schulleiterin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 4,
Stuttgart IV

Storz, Hans-Peter,
geboren 1960,
Religionslehrer,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 57,
Singen

Wahl, Florian,
geboren 1984,
ltd. Angestellter,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 5,
Böblingen

Weber, Jonas,
geboren 1982,
Politikwissen-
schaftler,
MdL seit 2018,
Wahlkreis 32,
Rastatt

Dr. Weirauch, Boris,
geboren 1977,
Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Bank-
und Kapitalmarktrecht,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 36,
Mannheim II

SPD-Landtagsfraktion
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-719
E-Mail: post@spd.landtag-bw.de
www.spd-landtag-bw.de
www.facebook.com/spdlandtagbw
www.twitter.com/spdlandtagbw
www.instagram.com/spdlandtag_bw

Dr. Hans-Ulrich Rülke

Wahlkreis 42, Pforzheim, ist Fraktionsvorsitzender der FDP/DVP. Geboren 1961 in Tuttlingen, verheiratet, drei Kinder. Studiendirektor (beurlaubt), von 2001 bis 2006 Fachberater für Politik beim Oberschulamt Karlsruhe. Mitglied des Landtags seit 2006. Seit 1999 im Pforzheimer Gemeinderat, seit 2001 Vorsitzender der FDP Gemeinderatsfraktion und seit 2019 Erster Stellvertretender Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim im Ehrenamt. Stellvertretender Landesvorsitzender der FDP Baden-Württemberg und Mitglied im Bundespräsidium der FDP.

Birnstock, Dennis,
geboren 1991,
Biotechnologe,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 9,
Nürtingen

Bonath, Frank,
geboren 1972,
Dipl.-Volkswirt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 54,
Villingen-
Schwenningen

Brauer, Stephen,
geboren 1970,
Dipl.-Handelslehrer,
MdL seit 2018,
Wahlkreis 22,
Schwäbisch Hall

Fischer, Rudi,
geboren 1954,
Maschinenbautechniker und technischer
Betriebswirt, MdL seit
Juli 2019, Wahlkreis 61,
Hechingen-
Münsingen

Goll, Julia,
geboren 1964,
Richterin am
Landgericht a. D.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 15,
Waiblingen

Haag, Friedrich,
geboren 1989,
Unternehmer,
Landwirt im
Nebenerwerb,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 2,
Stuttgart II

Haußmann, Jochen,
geboren 1966,
Diplom-
Betriebswirt (DH),
MdL seit 2011,
Wahlkreis 16,
Schorndorf

Heitlinger, Georg,
geboren 1970,
Landwirt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 19,
Eppingen

Hoher, Klaus,
geboren 1968,
Landwirt,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 67,
Bodensee

Dr. Jung, Christian,
geboren 1977,
Historiker,
Studiendirektor a. D.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 30,
Bretten

Karrais, Daniel,
geboren 1990,
Maschinenbauingenieur,
MdL seit 2018,
Wahlkreis 53,
Rottweil

Dr. Kern, Timm,
geboren 1972,
Gymnasiallehrer,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 45,
Freudenstadt

Reith, Nikolai,
geboren 1969,
Versicherungsmakler,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 55,
Tuttlingen-
Donaueschingen

Scheerer,
Hans Dieter,
geboren 1958,
Rechtsanwalt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 6,
Leonberg

Dr. Schweickert, Erik,
geboren 1972,
Professor für
Internationale
Weinwirtschaft,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 44,
Enz

Trauschel, Alena,
geboren 1999,
Studentin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 31,
Ettlingen

Weinmann, Nico,
geboren 1972,
Rechtsanwalt,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 18,
Heilbronn

FDP/DVP-Landtagsfraktion
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-9112
E-Mail: post@fdp.landtag-bw.de
www.fdp-landtag-bw.de

AfD 17 ABGEORDNETE

Bernd Gögel

Wahlkreis 44, Enz; geboren 1955, verheiratet. Eintritt in die AfD im März 2013, von 2014 bis 2019 Sprecher des Kreisverbands Pforzheim/ Enzkreis. Seit April 2016 Mitglied im Landtag von Baden-Württemberg; seit Dezember 2017 Fraktionsvorsitzender der AfD.

Dr. Balzer, Rainer,
geboren 1959,
Ingenieur,
Studiendirektor,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 29,
Bruchsal

Bamberger, Alfred,
geboren 1957,
Dipl.-Informatiker,
MdL seit 05.01.2022,
Wahlkreis 42,
Pforzheim

Baron, Anton,
geboren 1987,
Wirtschaftsingenieur,
B. Eng., Produkt-
manager,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 21,
Hohenlohe

Eisenhut, Bernhard,
geboren 1958,
Kaufmann,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 57,
Singen

Goßner,
Hans-Jürgen,
geboren 1970,
Angestellter,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 10,
Göppingen

Dr. Hellstern, Uwe,
geboren 1960,
Dipl.-Chemiker,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 45,
Freudenstadt

Hörner, Hans-Peter,
geboren 1951,
Oberstudienrat a. D.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 63,
Balingen

Klauß, Miguel,
geboren 1986,
techn. Betriebswirt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 43,
Calw

Klos, Rüdiger,
geboren 1960,
Landtags-
abgeordneter,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 55,
Tuttlingen-
Donaueschingen

Lindenschmid,
Daniel,
geboren 1992,
Fachinformatiker für
Systemintegration,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 17,
Backnang

Dr. Podeswa, Rainer,
geboren 1957,
Physiker,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 19,
Eppingen

Rupp, Ruben,
geboren 1990,
wiss. Referent,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 25,
Schwäbisch Gmünd

Sänze, Emil,
geboren 1950,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 53,
Rottweil

Stein, Udo,
geboren 1983,
Kaufmann im
Einzelhandel,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 22,
Schwäbisch Hall

Steyer, Joachim,
geboren 1966,
Gas- und Wasser-
installateurmeister,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 61,
Hechingen-
Münsingen

Wolle, Carola,
geboren 1963,
Dipl.-Kauffrau,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 20,
Neckarsulm

AfD-Landtagsfraktion
Haus der Abgeordneten
Urbanstr. 32
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-5629
www.afd-fraktion-bw.de
www.facebook.com/AfDFraktionBW

Die Fraktionen

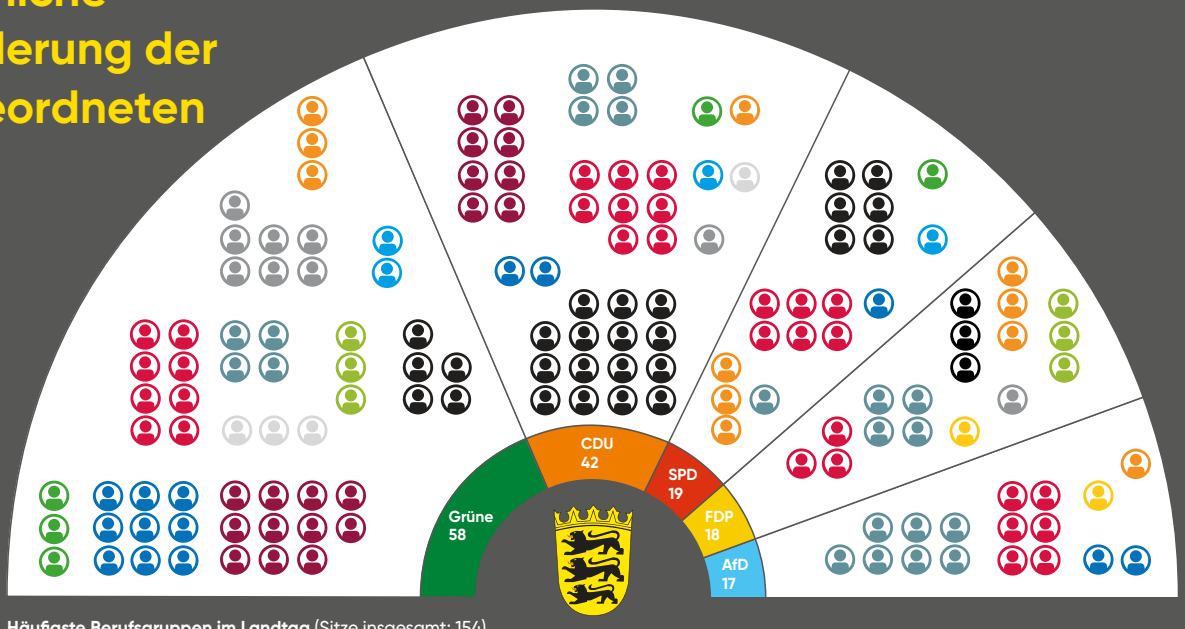
Die Fraktionen sind die politischen Gliederungen, in denen die Abgeordneten derselben Partei zusammengeschlossen sind. In den Fraktionen formiert sich die politische Haltung der Abgeordneten einer Partei zu den im Plenum und in den Ausschüssen anstehenden Entscheidungen und Debatten.

Aus den Fraktionen kommt ein großer Teil der politischen Initiativen für die Parlamentsarbeit. Auch in organisatorischer Hinsicht sind die Parlamentsfraktionen wichtige Einheiten, ohne die das Parlament nicht arbeitsfähig wäre. Die Planung und Steuerung der Parlamentsarbeit beruht weithin auf Absprachen unter den Parlamentsfraktionen. Auch der Ablauf der Debatten im Plenum ist in weitgehendem Maße nach Fraktionen geordnet, etwa wenn dort das Wort der Rednerin oder dem Redner für eine Fraktion oder im Rahmen des Redezeitkontingents ihrer/seiner Fraktion erteilt wird.

Die Fraktionen haben das Vorschlagsrecht oder Benennungsrecht bei einer Vielzahl von Personalentscheidungen, zum Beispiel für die Besetzung der Landtagsausschüsse, für den Vorsitz in den Ausschüssen und für die Wahl der Präsidentin und der Vizepräsidenten. Sie sind selbstständig initiativberechtigt, das heißt, sie können Gesetzentwürfe und andere Anträge einbringen, die vom Vorsitzenden der Fraktion unterzeichnet sind. Für die verschiedenen Sachgebiete der Landespolitik haben die Fraktionen Arbeitskreise gebildet, die vor allem Initiativen der Fraktion vorbereiten und die Beratungen der Ausschüsse begleiten. Die Fraktionen verfügen über einen Stab von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Beraterinnen und Beratern.

Berufliche Gliederung der Abgeordneten

18.05.2022



Häufigste Berufsgruppen im Landtag (Sitze insgesamt: 154)

- Recht und Verwaltung
- Lehrer/-innen
- Landesbehörden, Polizei
- Medizinisch Tätige
- Sozialer Bereich
- Verbände, Parteien, Gewerkschaften
- Privatwirtschaft
- Regierungsmitglieder
- Unternehmer/-innen, selbstständig Tätige, Gewerbetreibende
- Landwirtschaft, Weinbau
- Pensionäre/Pensionärinnen, Rentner/-innen
- Andere Berufe

Quelle: Volkshandbuch; Mehrfachnennungen wurden in der Aufstellung nicht berücksichtigt.

Das Kabinett

Die Landesregierung besteht aus dem **Ministerpräsidenten, Ministerinnen** und **Ministern** sowie einem **Staatssekretär** für Medienpolitik und einer **Staatsrätin** für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, jeweils mit Stimmrecht in der Regierung. Drei **Staatssekretäre** sowie 10 **politische Staatssekretäre** unterstützen die Landesregierung in ihrer Arbeit.

Ministerpräsident
Winfried Kretschmann
(GRÜNE), MdL

Stellv. Ministerpräsident,
Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen
Thomas Strobl
(CDU)

Minister für Finanzen
Dr. Danyal Bayaz
(GRÜNE)

Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport
Theresa Schopper
(GRÜNE)

Ministerin für Wissenschaft,
Forschung und Kunst
Theresia Bauer
(GRÜNE), MdL

Ministerin für Umwelt, Klima
und Energiewirtschaft
Thekla Walker
(GRÜNE), MdL

Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Tourismus
Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut
(CDU), MdL

Minister für Soziales,
Gesundheit und Integration
Manfred Lucha
(GRÜNE), MdL

Minister für Ernährung, Ländlichen
Raum und Verbraucherschutz
Peter Hauk
(CDU), MdL

Ministerin der Justiz
und für Migration
Marion Gentges
(CDU), MdL

Minister für Verkehr
Winfried Hermann
(GRÜNE), MdL

Ministerin für Landes-
entwicklung und Wohnen
Nicole Razavi
(CDU), MdL

Landtags-ABC

A

→ Abgeordnete/Abgeordneter
Gewähltes Mitglied des Parlaments. Abgeordnete sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen (Art. 27 Abs. 3 der Landesverfassung).

→ Anhörung (Hearing)
Öffentliche Anhörungen werden von Ausschüssen zur Information über ein bestimmtes Thema veranstaltet. Indem Sachverständige hinzugezogen werden, sollen die Abgeordneten umfassend informiert werden. Es gibt Anhörungen auch im Rahmen der Gesetzgebung, die zum Teil sogar von der Verfassung (Art. 71 Abs. 4) vorgeschrieben sind (Beispiel: Anhörung der kommunalen Landesverbände bei Änderungen der Gemeindeordnung).

→ Ausschüsse
Parlamentsausschüsse haben die Aufgabe, die Beschlüsse des Plenums vorzubereiten. Sie sind der Ort für eine gründliche und detaillierte Beratung. Ihnen gehören die jeweiligen Fachleute der Fraktionen an, etwa für Finanzen und Wirtschaft, Bildung oder Umweltschutz. Die Zahl der Mitglieder beträgt in allen Fachausschüssen 22.

B

→ Bannmeile
Ein abgegrenztes Gelände rund um das Landtagsgebäude in der Konrad-Adenauer-Straße 3 wurde in einem Gesetz zur Bannmeile erklärt; dort sind Versammlungen und Demonstrationen grundsätzlich verboten. Der Sperrbezirk soll physischen und psychischen Druck vom Parlament abwenden.

D

→ Demokratie
Volksherrschaft (griechisch: Demokratie) bedeutet, die Staatsleitung liegt in den Händen des Volkes. Nach der Form der Beteiligung des Volkes – direkt oder indirekt – unterscheidet man a) direkte Demokratie und b) indirekte Demokratie (auch: repräsentative Demokratie) durch die Wahl von Repräsentanten (Abgeordneten) in die Parlamente. Bei uns wird die Herrschaft des Volkes vorwiegend indirekt ausgeübt. Die vom Volk frei gewählten Abgeordneten im Landtag wählen die Regierung; der Landtag, das Parlament, besitzt somit eine herausragende Stellung (parlamentarische Demokratie).

→ Diäten/Abgeordnetenbezüge
Die Abgeordnetenbezüge, auch Diäten genannt, sind das berufliche Einkommen der Abgeordneten aus ihrer Mandatstätigkeit. Sie sichern zugleich die Unabhängigkeit der Parlamentarier. Eine Landtagsabgeordnete/Ein Landtagsabgeordneter erhält ab 1. Juli 2022 eine steuerpflichtige Entschädigung von monatlich 8.275 Euro. Die Anpassung erfolgt jedes Jahr zum 1. Juli. Hinzu kommt eine steuerfreie Aufwandsentschädigung zur Bestreitung der mandatsbedingten Aufwendungen.

→ Drucksachen
Schriftliche Vorlagen in gedruckter Form an das Parlament, zum Beispiel Anfragen oder Gesetzentwürfe, werden Drucksachen genannt. Sie tragen eine Nummer und werden an alle Abgeordneten verteilt.

E

→ Enquetekommission
Zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachverhalte kann der Landtag eine Enquetekommission einrichten. Er ist dazu verpflichtet, wenn dies von einem Viertel der Mitglieder des Landtags oder von zwei Fraktionen, deren Mitglieder verschiedenen Parteien angehören müssen, beantragt wird. Der Enquetekommission können auch sachverständige Personen angehören, die nicht Mitglied des Landtags sind. Die Enquetekommission erstattet dem Landtag einen abschließenden schriftlichen Bericht.

→ Exekutive
Die staatlichen Funktionen (Gewalten) sind gemäß dem Grundgesetz und der Landesverfassung in drei Bereiche zu teilen: Gesetzgebung (Legislative), vollziehende Gewalt (Exekutive) und Rechtsprechung (Judikative). Die Exekutive, also Regierung und Verwaltung, ist an Gesetz und Recht gebunden und hat die von der Legislative beschlossenen Gesetze auszuführen.

F

→ Föderalismus
Nach dem Prinzip des Föderalismus werden mehrere Gliedstaaten zu einem Gesamtstaat (Bund) zusammengefasst. Der Bund ist für Angelegenheiten zuständig, die im Interesse der Bürgerinnen und Bürger einheitlich im Bundesgebiet gestaltet werden müssen. Die übrigen Aufgaben werden von den Gliedstaaten – den Ländern – erfüllt.

F

→ Fraktion
Die Abgeordneten des Parlaments, die derselben Partei angehören, schließen sich zu einer Fraktion zusammen. Der Fraktionsstatus wird bei einer Mindestzahl von sechs Abgeordneten zuerkannt. Derzeit gibt es im Landtag fünf Fraktionen (GRÜNE, CDU, SPD, FDP/DVP, AfD). Fraktionen können zum Beispiel Gesetzentwürfe, Anträge oder Große Anfragen einbringen.

→ Fünfprozentklausel
Bei der Verteilung der Mandate auf die Parteien im Verhältnis ihrer Stimmen werden nur diejenigen Parteien berücksichtigt, die mindestens fünf Prozent der in Baden-Württemberg abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben. Auch bei Bundestagswahlen gibt es eine Fünfprozentklausel (für die Zuteilung von Sitzen über die Landeslisten).

G

→ Geschäftsordnung
Die Geschäftsordnung regelt die Organisation und den Ablauf der dem Landtag übertragenen Geschäfte (zum Beispiel Gesetzgebungsverfahren, Wahlen im Landtag, Überwachung der Regierungstätigkeit durch Anfragen, Anträge und anderes mehr).

→ Gesetz
Unter einem Gesetz versteht man die für jede Bürgerin/jeden Bürger verbindlichen generellen Anordnungen, die vom Parlament beschlossen werden.

→ Gewaltenteilung
Gewaltenteilung soll die Zusammenballung von staatlicher Macht in einer Hand (bei einer Person oder einem Staatsorgan) verhindern, um einem Missbrauch der Macht vorzubeugen. Der französische Staatsphilosoph Montesquieu schlug im 18. Jahrhundert vor, die Staatsgewalt in Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (vollziehende Gewalt) und Judikative (richterliche Gewalt) aufzuteilen. Dementsprechend sieht sowohl das Grundgesetz (in Artikel 20) als auch die Landesverfassung (in Artikel 25) die Aufteilung auf drei Staatsgewalten vor. Gewaltenteilung bedeutet aber keine strikte Trennung der drei Gewalten voneinander; diese sind zum Teil voneinander abhängig (Beispiel: Wahl des Ministerpräsidenten und der Richter des Verfassungsgerichtshofs durch den Landtag).

H

→ Haushalt (Budget, Etat)
Der Haushalt des Landes legt vorab alle voraussichtlichen Einnahmen und geplanten Ausgaben des Landes fest. Er wird vom Landtag jeweils für ein oder für zwei Jahre (Doppelhaushalt) beschlossen. Bestandteile des Haushalts sind das Haushaltsgesetz sowie der Haushaltsplan. Der Haushaltsplan wird im Rahmen des Haushaltsgesetzes durch den Landtag beschlossen. Die Feststellung des Haushalts (Budgetrecht) ist eines der ältesten Rechte der Parlamente.

I

→ Immunität
Eine Abgeordnete/Ein Abgeordneter darf nicht ohne Genehmigung des Landtags strafrechtlich verfolgt oder festgenommen werden. Dies gilt nicht, wenn die Abgeordnete/der Abgeordnete auf frischer Tat oder am darauffolgenden Tag festgenommen wird. Dieses Recht dient dazu, die Funktionsfähigkeit des Parlaments zu gewährleisten (Art. 38 der Landesverfassung).

→ Indemnität
Eine Abgeordnete/Ein Abgeordneter darf nicht wegen einer Äußerung oder wegen ihres/seines Abstimmungsverhaltens im Landtag gerichtlich oder dienstlich verfolgt werden, auch nicht mit Genehmigung des Landtags. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrer/seiner Abgeordnetentätigkeit. Dieses Recht dient dazu, die Rede- und Abstimmungsfreiheit der Abgeordneten speziell bei der Ausübung des Parlamentsmandats zu sichern (Art. 37 der Landesverfassung).

→ Inkompatibilität
Die Regelung, dass eine Abgeordnete/ein Abgeordneter nicht gleichzeitig verschiedene Ämter ausüben kann, bezeichnet man als Inkompatibilität (Unvereinbarkeit). Mitglieder des Landtags können nicht zugleich als Richter/-innen, Staatsanwälte/-anwältinnen, Landräte/-rätinnen, Bürgermeister/-innen oder Beamte/Beamtinnen mit leitenden Aufgaben tätig sein.

J

→ Judikative
Die dritte, rechtsprechende Gewalt (Judikative) tritt im Rahmen der Gewaltenteilung neben Legislative (gesetzgebende Gewalt) und Exekutive (vollziehende Gewalt). Sie ist unabhängigen, nur dem Gesetz unterworfenen Richterinnen und Richtern anvertraut.

K

→ Koalition
Wenn nach einer Wahl keine Partei die absolute Mehrheit der Stimmen erhält, können sich zwei oder mehr Fraktionen zusammenschließen, um mit der Mehrheit der Mandate einen Regierungschef zu wählen. Eine Koalition unterstützt das Regierungsprogramm und tritt in der Regel bei Abstimmungen im Parlament geschlossen auf. Die Bildung einer Koalition erfordert von den beteiligten Fraktionen Kompromissbereitschaft; jede Fraktion muss in ihren Entscheidungen Rücksicht auf den oder die Koalitionspartner nehmen. Im Landtag von Baden-Württemberg gibt es seit 2016 eine Koalition zwischen GRÜNEN und CDU.

K

→ Kontrolle
Der Landtag überwacht die Ausübung der vollziehenden Gewalt und kontrolliert die Regierung. Kontrollinstrumente sind vor allem: Fragerecht (Anfragen, Regierungsbefragung) und parlamentarische Debatten, Zitierrecht (der Landtag und seine Ausschüsse können die Anwesenheit jedes Mitglieds der Landesregierung verlangen, es herbeizitieren), Untersuchungsrecht (ein Viertel aller Abgeordneten oder zwei Fraktionen können die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erzwingen, der ein weitgehendes Recht auf Auskunft hat und gerichtsähnlich arbeitet) und Misstrauensvotum (hat die Regierung das Vertrauen der Mehrheit verloren, kann der Ministerpräsident durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt werden; Art. 54 Abs. 1 der Landesverfassung).

L

→ Landesregierung
Der Ministerpräsident, die Landesminister sowie die Staatssekretäre mit Kabinettsrang und die ehrenamtlichen Staatsräte bilden die Landesregierung. Der Ministerpräsident wird vom Landtag gewählt, die weiteren Regierungsmitglieder werden vom Ministerpräsidenten berufen und durch den Landtag bestätigt. Die Mitglieder der Landesregierung sind zumeist gleichzeitig Abgeordnete. Die Landesregierung ist dem Landtag verantwortlich. Durch Misstrauensvoten kann der Landtag sowohl dem Ministerpräsidenten als auch (mit Zweidrittelmehrheit) einzelnen Mitgliedern der Regierung das Vertrauen entziehen. Regierung und Verwaltung bilden die Exekutive.

→ Legislative
Als Legislative bezeichnet man im Rahmen der Gewaltenteilung die gesetzgebende Gewalt. Sie ist auf Landesebene dem Landtag übertragen.

→ Legislaturperiode
Bei der Legislaturperiode handelt es sich um die durch Wahl legitimierte Amtszeit eines Parlaments. Die Legislatur- oder auch Wahlperiode dauert in Baden-Württemberg fünf Jahre.

→ Lesungen
Gesetzentwürfe werden im Plenum in zwei Beratungen (Lesungen) behandelt. Besonders wichtige Vorhaben wie Verfassungsänderungen oder Haushaltsgesetze benötigen drei Lesungen.

→ Lobby
In der Lobby, dem Vorraum des Plenarsaals, finden Besprechungen unter den Abgeordneten und mit Regierungsvertretern statt, aber auch mit Bürgerinnen und Bürgern und Interessenvertretern.

M

→ Mandat
Auftrag (auch Sitz) des Abgeordneten im Parlament: In der Bundesrepublik spricht man von einem „freien" Mandat, da die Abgeordnete/der Abgeordnete nicht an Weisungen ihrer/seiner Partei oder ihrer/seiner Wähler gebunden ist – das wäre ein „imperatives" Mandat.

→ Mehrheit
Der Landtag fasst seine Beschlüsse mit Mehrheit. In der Regel genügt eine einfache Mehrheit, bei der die Zahl der abgegebenen Ja-Stimmen die Zahl der Nein-Stimmen übersteigen muss. Die relative Mehrheit ist oftmals bei Wahlen entscheidend, sie ist etwa bei Landtagswahlen maßgebend für die Erstauszählung der Stimmen in den Wahlkreisen. Dabei gilt die Kandidatin/der Kandidat als gewählt, auf die/den im Verhältnis (Relation) zu den anderen Kandidatinnen/Kandidaten die meisten Stimmen entfallen. Die/Der so Gewählte erringt das Direktmandat. Von der absoluten Mehrheit spricht man, wenn mehr als die Hälfte aller Abgeordneten für einen Vorschlag stimmen muss, etwa bei Art. 46 Abs. 1 der Landesverfassung: Der Ministerpräsident bedarf zu seiner Wahl der Mehrheit der Mitglieder des Landtags. Eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtags ist erforderlich, um einem Mitglied der Landesregierung das Misstrauen auszusprechen.

N

→ Nachtragshaushalt
Wenn nach Verabschiedung des Haushalts wesentliche Änderungen bei den Einnahmen oder Ausgaben des Landes notwendig werden, holt die Landesregierung dazu in einem Nachtragshaushalt die Zustimmung des Landtags ein.

O

→ Offenlegungsregeln
Die Offenlegungsregeln verpflichten die Abgeordneten, ihre beruflichen Verhältnisse, ihre Tätigkeit in Organen von Unternehmen sowie ihre Funktionen in Interessenverbänden auf Landes- oder Bundesebene zur Veröffentlichung im amtlichen Handbuch des Landtags anzugeben. Außerdem haben Parlamentarier der Landtagspräsidentin unter bestimmten Voraussetzungen eine entgeltliche Beratungstätigkeit anzuzeigen. Dasselbe gilt, wenn Abgeordnete Gutachten erstatten, publizistisch tätig sind oder Vorträge halten, sofern die Einnahmen hieraus 511 Euro im Einzelfall und 5.113 Euro jährlich übersteigen. Anzuzeigen sind der Landtagspräsidentin ferner Spenden, die sie als Kandidatin oder als Kandidat für eine Landtagswahl oder als Mitglied des Landtags erhalten, wenn diese Zuwendungen 1.534 Euro je Spender pro Jahr übersteigen. Schließlich ist es Abgeordneten untersagt, in beruflichen oder geschäftlichen Angelegenheiten auf die Mitgliedschaft im Landtag hinzuweisen.

O

→ Opposition
Die Opposition ist wesentlicher Bestandteil der parlamentarischen Demokratie. Sie hat die Aufgabe, Kritik am Regierungsprogramm öffentlich zu vertreten. Sie ist die politische Alternative zur Regierungsmehrheit. Im Landtag gibt es gegenwärtig drei Oppositionsfraktionen: SPD, FDP/DVP und AfD.

P

→ Partei
Unter Parteien versteht man Vereinigungen von Bürgerinnen und Bürgern, die auf die politische Willensbildung im Bereich des Bundes oder eines Landes Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Bundestag oder in einem Landtag mitwirken wollen. Die Gründung von Parteien ist frei.

→ Petition
Als Petition bezeichnet man Eingaben der Bürgerinnen und Bürger an Verwaltung und Parlament; so bestimmt das Grundgesetz: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden." Das Petitionsrecht gehört zu den Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger (Grundgesetz Art. 17).

R

→ Rechnungshof
Als unabhängige Einrichtung (den Gerichten vergleichbar) hat der Rechnungshof die ordnungsgemäße Führung des Haushalts des Landes zu überprüfen. Nach Ablauf des Haushaltsjahres berichtet der Rechnungshof dem Landtag und der Landesregierung über das Ergebnis der Rechnungsprüfung; dabei werden auch Vorschläge zur Wirtschaftsführung gemacht.

U

→ Untersuchungsausschuss
Ein Viertel der Abgeordneten des Landtags oder zwei Fraktionen, deren Mitglieder verschiedenen Parteien angehören müssen, können die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erzwingen. Ein Untersuchungsausschuss ist die schärfste Möglichkeit der Regierungskontrolle durch das Parlament. Ihm stehen gerichtsähnliche Befugnisse zu, so zum Beispiel die Zeugenvernehmung (gegebenenfalls unter Eid) oder die Einsichtnahme in Akten (vergleiche auch Art. 35 der Landesverfassung).

V

→ Verfassung
Die Verfassung enthält die grundlegenden Vorschriften für das Funktionieren eines Staates und das Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern. In der Verfassung sind auch Bestimmungen über die Zusammensetzung und die Aufgaben des Landtags sowie die Wahl seiner Mitglieder festgelegt. Die Verfassung des Landes steht im Rang über allen anderen Landesgesetzen. Landesgesetze, die nicht mit der Verfassung zu vereinbaren sind, kann der Verfassungsgerichtshof auf Antrag für nichtig erklären.

→ Verfassungsgerichtshof
Der Verfassungsgerichtshof (ehemals Staatsgerichtshof) für das Land Baden-Württemberg wacht als Verfassungsgericht über die Auslegung der Landesverfassung. Ihm gehören neun Mitglieder an: Drei sind Berufsrichter/-innen, drei nichtrichterliche Juristinnen/Juristen und drei Mitglieder ohne Befähigung zum Richteramt. Die Mitglieder werden vom Landtag auf neun Jahre gewählt.

→ Volksabstimmung
Die Verfassung des Landes Baden-Württemberg bestimmt in Art. 25: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen … ausgeübt." Im Unterschied zum Bund besteht in Baden-Württemberg die Möglichkeit, Volksabstimmungen über Gesetze, über Verfassungsänderungen sowie über die Auflösung des Landtags durchzuführen. Näheres steht in den Artikeln 43, 60 und 64 der Landesverfassung.

→ Volksbegehren
Nach einer Verfassungsänderung von 1974 können in Baden-Württemberg Gesetzentwürfe nicht nur durch die Abgeordneten und durch die Regierung beim Landtag eingebracht werden, sondern auch durch das Volk selbst: mit Volksbegehren. Seit Dezember 2015 ist es möglich, dass ein Volksbegehren auch per Volksantrag beantragt werden kann. Innerhalb eines Jahres müssen 0,5 Prozent (ca. 39.000) der Wahlberechtigten den Volksantrag unterzeichnen, damit sich der Landtag damit befassen muss. Ist das Volksbegehren erfolglos und stimmt der Landtag der Gesetzesvorlage nicht unverändert zu, findet anschließend eine Volksabstimmung statt.

W

→ Wahlrecht
Wahlberechtigt (aktives Wahlrecht) sind ab der kommenden Landtagswahl alle Deutschen, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten ihre Hauptwohnung in Baden-Württemberg haben. Die Wählbarkeit (passives Wahlrecht) erhält man erst mit 18 Jahren. Nach Art. 28 der Landesverfassung werden in Baden-Württemberg die Abgeordneten nach einem Verfahren gewählt, das die Persönlichkeitswahl (Bewerbung in einem der 70 Wahlkreise) mit den Grundsätzen der Verhältniswahl (Zuteilung der Mandate an die Parteien nach Stimmenproporz) verbindet. Künftig hat jeder Wähler zwei Stimmen, eine für die Wahl eines Kreiswahlvorschlags (Erststimme) und eine für die Wahl einer Landesliste (Zweitstimme). Mit der Erststimme wird ein Abgeordneter in einem der 70 Wahlkreise persönlich gewählt, die Zweitstimme bestimmt über die Verteilung der Sitze auf die Parteien im Landtag. Insgesamt setzt sich der Landtag aus mindestens 120 Abgeordneten zusammen.

INTELLIGENTER BIENENSTOCK. Der Schüler Fabian Then hat seinen Bienenstock in Althengstett mit Sensoren ausgestattet und mit der digitalen Assistententechnologie „Alexa“ verbunden. So können wichtige Informationen wie Gewicht, Temperatur, Luftdruck und Luftfeuchtigkeit im Bienenstock jederzeit von zu Hause aus abgefragt werden. Für sein Projekt hat der Siebtklässler einen Sonderpreis des Wettbewerbs „FUTURE MADE BY YOU“ der Universität Hohenheim erhalten.

KOHLENSTOFFSPEICHER AUS DEM LABOR. Moore binden weltweit doppelt so viel CO_2 wie alle Wälder zusammen und haben eine enorme Bedeutung für den Klimaschutz. Die meisten Moorflächen in Deutschland gelten heute aber als tot. Einem Forschungsteam der Uni Freiburg um den Biotechnologen Prof. Dr. Ralf Reski und die Doktorandin Melanie Heck ist es gelungen, die weltweit größte Laborsammlung an Moosarten der Gattung Sphagnum heranwachsen zu lassen. Das Projekt „MOOSzucht“ schafft damit eine Grundlage, um Torfmoose nachhaltig und wirtschaftlich zu vermehren und ausgetrocknete Moore wiederzubeleben.

OHNE PLASTIK. Im Unternehmen von Thomas Helle in Tübingen entsteht die erste vollständig kompostierbare Einwegwindel, die im Biomüll entsorgt werden kann. Gemeinsam mit Partnern aus Deutschland, Tschechien und Israel wird eine Babywindel aus nachwachsenden Rohstoffen entwickelt, bei der auch Bündchen, Verschluss, Kleber und der „Superabsorber“ im Inneren aus nachwachsenden Rohstoffen bestehen. Das Projekt wird von der EU im Rahmen des Programms Horizont 2020 – „Fast Track to Innovation“ (FTI) gefördert.

1986

Atomkatastrophe Tschernobyl: Zwei Männer messen 1986 auf einem Gemüsefeld bei Allensbach am Bodensee Kohlrabis. Der sowjetische Atomunfall führte auch im Süden Deutschlands zu erhöhter Radioaktivität im Boden und veränderte die gesellschaftliche Einstellung zur Atomenergie grundlegend.

1994

Am 20. August 1994, dem 1. Bundesligaspieltag der Saison 1994/1995, stehen sich der Karlsruher SC und der SC Freiburg gegenüber. Das Spiel endete 2 : 0 für den Karlsruher SC. Die Förderung von Spitzen- und Breitensport, auch jenseits des Fußballs, hat in Baden-Württemberg Tradition.

Wenn ein Bojamoonschda oigagrindig ist

Dialekte in Baden-Württemberg

Bojamoonschda
→ Bürgermeister
Kurpfälzisch (Rheinfränkisch)

Comedian und stolzer „Monnemer" Bülent Ceylan mit SWR-Moderatorin Ute Brucker beim Festakt zum Landesjubiläum am 4. Mai 2022.

Auch wenn aus dem „Ländle" jetzt „The Länd" geworden ist – eines gilt weiterhin: Wir können alles, außer Hochdeutsch. Neben den Comedians Bülent Ceylan und Dodokay oder dem schwäbischen Musiker und Schauspieler Michael Gaedt ist sicherlich Ministerpräsident Winfried Kretschmann einer der bekanntesten Dialektsprecher des Landes. „Für mich ist der Dialekt kein unentrinnbares Schicksal, sondern eine Option und eine Chance", sagt er.

oigagrindig
→ eigensinnig, stur
Westallgäuisch

In Baden-Württemberg gibt es zwei Groß-Dialekte: Fränkisch im nördlichen Drittel und Alemannisch in den südlichen zwei Dritteln. Die Bezeichnungen leiten sich von den Stammes-Siedlungsgebieten der Franken und Alemannen ab. Im nördlichen Baden-Württemberg werden fränkische Dialekte gesprochen. Die fränkischen Dialekte gehören teilweise schon zu den mitteldeutschen Sprachen. Das Kurpfälzische, das im Raum um Mannheim und Heidelberg gesprochen wird, zählt etwa schon zum rheinfränkischen Dialektraum. Auch das Hohenlohische ist eine fränkische Mundart, die insbesondere in den Landkreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Bad Mergentheim gesprochen wird. Die größte Sprachgruppe bilden in Baden-Württemberg die alemannischen Dialekte. Sie werden im südlichen Landesteil gesprochen, etwa südlich der Linie Rastatt, Pforzheim, Backnang, Ellwangen. Alemannisch ist eine oberdeutsche Sprache. Auch wenn Schwaben das vielleicht nicht gerne hören, so ist auch das Schwäbische eine Form des Alemannischen. Wenn man umgangssprachlich von Badisch spricht, so sucht man vor allem einen Gegenbegriff zum Schwäbischen und meint damit so unterschiedliche Mundarten wie das Fränkische im Norden oder das Oberrhein-, Hoch- oder Bodensee-Alemannische im Südwesten. Auch wenn das Schwäbische mit den zuletzt genannten alemannischen Dialekten verwandt ist, so unterscheidet es sich doch deutlich davon.

Kleiner Sprachatlas von Baden-Württemberg.

2002

1. Januar 2002 an einem Nürtinger Geldautomaten: Tschüss, D-Mark – seit dem Jahreswechsel ist der Euro neues gesetzliches Zahlungsmittel in Deutschland.

2006

Baden-Württemberg im Fußballfieber – Public Viewing auf dem Stuttgarter Schlossplatz anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 2006. Deutschland gewinnt gegen Portugal im Gottlieb-Daimler-Stadion das Spiel um Platz 3.

Frauen im Landtag von Baden-Württemberg

Doote
→ Taufpatin
Westschwäbisch/Zentralschwäbisch, Schwäbisch-Fränkisch/Ostfränkisch, Unterfränkisch

Weibliche Mitglieder der verfassunggebenden Landesversammlung und des 1. Landtags (1952/53)

→ **9. März 1952**
Wahl der Landesversammlung

→ **4.382.117 Wahlberechtigte**
waren aufgerufen

→ **2.789.872 (63,7 %)**
gingen an die Urnen

→ **121 Sitze**
wurden vergeben

→ **Sechs Frauen**
schafften den Sprung ins Parlament – die Frauenquote lag bei ca. fünf Prozent (aktuell bei 29,9 Prozent).

Es sollten allerdings noch 20 Jahre ins Land gehen, ehe erstmals eine Frau an der Spitze eines Ministeriums stehen durfte: **Annemarie Griesinger (CDU)**, von 1964 bis 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages, wurde 1972 baden-württembergische Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung und war somit die erste Frau überhaupt in einem baden-württembergischen Landeskabinett unter Ministerpräsident Hans Karl Filbinger.

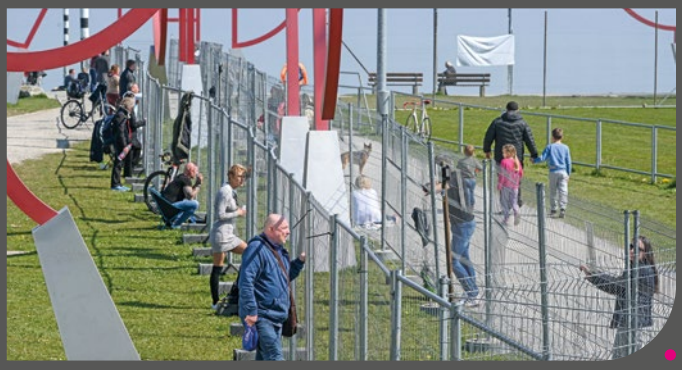
- → **Erika Buchmann** (KPD)
- → **Dr. Emmy Diemer-Nicolaus** (FDP/DVP)
- → **Marta Giesemann** (SPD)
- → **Lena Maurer** (SPD)
- → **Maria Raiser** (CDU)
- → **Stefanie „Stefie" Restle** (SPD)

Käner
→ Dachrinne
Oberrhein-Alemannisch, Westschwäbisch, Bodensee-Alemannisch, Westallgäuisch, Schwäbisch-Alemannisch

2011

Winfried Kretschmann ist der neunte Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Der Landtag wählte ihn im Mai 2011 zum ersten Mal und am 12. Mai 2021 zum dritten Mal zum Regierungschef.

2020



Geschlossene Grenzen – das Corona-Virus hält uns seit 2020 in Atem. Besonders betroffen sind die Menschen in den Grenzregionen (wie hier am Bodensee), die plötzlich vor Grenzzäunen stehen.

Die Konferenz zur Zukunft Europas

Bilanz eines mutigen Beteiligungsprozesses

Es war der Schlusspunkt eines bisher beispiellosen Projekts der Bürgerbeteiligung in der EU: Am Montag, 9. Mai 2022, haben sich die Delegierten der Konferenz zur Zukunft Europas in Straßburg getroffen, um der Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola, Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron den Schlussbericht der Konferenz offiziell zu übergeben. „Die Zukunftskonferenz war ein mutiger, innovativer und partizipativer Prozess. Baden-Württemberg hat sich engagiert an diesem Prozess beteiligt, ebenso wie Kommunen und viele Menschen im Land", berichtete Landtagspräsidentin Muhterem Aras.

Als Vertreterin des Europäischen Ausschusses der Regionen, des Vertretungsorgans der Kommunen und Regionen in der EU, war Aras Mitglied in der Plenarversammlung der Konferenz. Als aktiven Beitrag des Landtags hatte sie ein Bürgerforum mit 40 zufällig ausgewählten jungen Menschen aus Baden-Württemberg initiiert, die nach einer Auftaktveranstaltung im Oktober 2021 und anschließenden Online-Formaten Forderungen zur Zukunft Europas an die Europäische Union erarbeiteten. Diese wurden im Januar 2022 an Präsidentin Aras übergeben, gleichzeitig wurden sie auch in die Webseite **futureu.europa.eu** des EU-weiten Projekts eingespeist.

> „Die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit sichert Freiheit und sozialen Frieden in der EU."
>
> Landtagspräsidentin Aras

Was ist die Konferenz zur Zukunft Europas?

Aufgabe der Konferenz zur Zukunft Europas war es, die EU besser auf die aktuellen und künftigen Herausforderungen vorzubereiten. Die Konferenz war die erste ihrer Art mit von Bürgerinnen und Bürgern getragenen Vorschlägen und Debatten. Möglich wurde das durch nationale und europäische Bürgerforen, zu denen Bürgerinnen und Bürger per Zufallsprinzip eingeladen wurden. Auch konnten sich alle EU-Bürgerinnen und -Bürger mit ihren Ideen über eine mehrsprachige Online-Plattform beteiligen. Diese Beiträge flossen in die Plenarversammlung ein.

Haben leidenschaftlich zu Themen wie Werte, Klimawandel und Migration diskutiert: die jungen Teilnehmenden beim Bürgerforum des Landtags von Baden-Württemberg.

Zufallsbürgerinnen und -bürger übergeben den Schlussbericht an Ursula von der Leyen (2. v. l.), Roberta Metsola (4. v. l.) und Emmanuel Macron (r.).

Welche Bedeutung messen Sie der Konferenz zur Zukunft Europas und ihren Ergebnissen bei?
Muhterem Aras: „Die Europäische Union steht mit der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, der Vertiefung der sozialen und gesellschaftlichen Spaltung und nicht zuletzt dem Krieg Russlands gegen die Ukraine vor großen Herausforderungen. Umso wichtiger ist es, dass sich die Bürgerinnen und Bürger aktiv für eine starke, werteorientierte EU einsetzen. In der Konferenz habe ich mich an der Erarbeitung der Empfehlungen beteiligt und mit Nachdruck zentrale Forderungen der Bürgerinnen und Bürger unterstützt. Zum Beispiel zum Klimaschutz: Hier muss die Europäische Union ihr Tempo steigern, um den Übergang zu den erneuerbaren Energien zu beschleunigen. Wir müssen raus aus den fossilen Rohstoffen, raus aus der Abhängigkeit von Russland und anderen autokratischen Staaten.

Auch bei der Rechtsstaatlichkeit darf die EU keine Zeit verlieren: Sie muss endlich wirksame Maßnahmen gegen Verletzungen der im EU-Vertrag niedergelegten europäischen Werte ergreifen. Deshalb habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Auszahlung von EU-Mitteln an die rechtsstaatliche Situation in den EU-Ländern gekoppelt wird. Denn nur durch effektive Sanktionen wird die EU auch den Respekt von denen bekommen, die sie angreifen oder verachten."

Was sind Ihre Erfahrungen mit dem Bürgerforum des Landtags?
„Ich bin wirklich schwer beeindruckt von den guten und konkreten Ideen sowie von den Diskussionen, beispielsweise über die gemeinsamen Werte der EU, den Klimawandel und die Migration als Herausforderung. Die jungen Menschen waren sehr debattierfreudig, engagiert, leidenschaftlich und auch hartnäckig in der Sache.

Ich freue mich, dass sich in den Vorschlägen der Konferenz etwa ein „Recht auf Reparatur elektronischer Geräte" wiederfindet, wie es die Teilnehmenden des Bürgerforums gefordert haben. Meine Kolleginnen und Kollegen im Landtag haben übrigens den Beschluss gefasst, regionale und grenzüberschreitende Bürgerdialoge zu europapolitischen Themen anlassbezogen fortzusetzen. Auch hiermit zeigt der Landtag, wie wichtig ihm europäische Verständigung und aktive Bürgerbeteiligung als Ergänzung der parlamentarischen Demokratie ist."

Die Zukunftskonferenz ist beendet. Was erwarten Sie jetzt von der EU?
„Für mich ist von zentraler Bedeutung, dass die Empfehlungen der Konferenz nicht in der Schublade verschwinden. Wir würden ganz viel Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern verspielen. Und Vertrauen ist die wichtigste Währung der Demokratie. Die Verantwortung, sich ernsthaft und transparent mit den Empfehlungen auseinanderzusetzen, liegt jetzt bei den EU-Institutionen. Diese müssen kommunizieren, welche Vorschläge wann umgesetzt werden. Und sie müssen genauso transparent kommunizieren, warum manche Vorschläge nicht umgesetzt werden können.

Aus meiner Sicht braucht es auch einen europäischen Konvent aus Vertreterinnen und Vertretern der nationalen Parlamente, der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission, die die Vorschläge für erforderliche Vertragsänderungen prüfen."

Wie geht es jetzt weiter?
„Nach dem starken Bekenntnis auf allen politischen Ebenen zum partizipativen Prozess der Zukunftskonferenz bin ich zuversichtlich, dass die Argumente der Bürgerinnen und Bürger gehört werden und die EU weiterentwickelt wird.

Im Herbst 2022 werden die EU-Institutionen eine Feedback-Konferenz durchführen, um die Bürgerinnen und Bürger darüber zu informieren, wie sie mit den Vorschlägen umgehen wollen.

Auch sollte die EU die Bürgerbeteiligung bei zentralen Fragen als Ergänzung der repräsentativen Demokratie unbedingt verstetigen. Denn das Engagement vieler Menschen innerhalb der EU spiegelt einen neuen Schwung wider, den wir für die Zukunft der Union dringend nutzen sollten."

WERTSACHEN-Reihe geht in die zweite Runde

Welche Bedeutung haben unsere Grundrechte und Grundwerte für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Wie gelingt eine gemeinsame Rückbesinnung auf die normativen Grundlagen unserer Demokratie? Was bedeutet Gerechtigkeit? Wo ist Solidarität gefordert? Wie gestaltet sich Verantwortung? Warum ist Vertrauen unerlässlich? „Ich möchte auch während meiner zweiten Amtszeit zu einer aktiven und multiperspektivischen Auseinandersetzung mit den Fundamenten unserer Gesellschaft anregen", sagt Präsidentin Muhterem Aras über die Veranstaltungsreihe des Landtags.

Die zweite Staffel stellt Kontroversen, die unsere Gesellschaft beschäftigen, ins Zentrum. Unterschiedliche Argumente sollen beleuchtet und einhergehende Widersprüche ausgehalten werden. „Wir wollen den Austausch in zivilisierter Form gestalten und so die gesellschaftliche Lernfähigkeit auch in krisenhaft wahrgenommenen Lagen stärken", so die Präsidentin. Nach zehn Veranstaltungen innerhalb der ersten Staffel an wechselnden Orten im Land, die jeweils ein Grundrecht bzw. einen Artikel aus der Landesverfassung in den Mittelpunkt rückten, baut die zweite Staffel auf diesen Ergebnissen auf und weitet den Blick für grundlegende Wertvorstellungen, die sich aus unserer Verfassung ableiten lassen.

System Pflege aufwerten

Es braucht echte Reformen und eine Neubewertung von Arbeit am und mit dem Menschen

Die Auftaktveranstaltung zur zweiten Staffel der WERTSACHEN-Reihe stand unter der Überschrift „Gerechtigkeit – Was sind uns Pflegeberufe wert?" Expertinnen und Experten aus dem Gesundheitswesen tauschten sich in einer Podiumsdiskussion mit Publikumsrunde im Haus des Landtags aus. Die Diskussionsrunde wurde von rund 200 Gästen, darunter zahlreiche Abgeordnete des Landtags von Baden-Württemberg, in der Lobby des Landtags mitverfolgt. Zudem gab es einen im Internet übertragenen Livestream.

„Die Pflegeberufe sind ein immens wichtiger Pfeiler unserer Gesellschaft – wir müssen sie wertschätzen", betonte Landtagspräsidentin Muhterem Aras in ihrem Grußwort. Dazu gehörten auch eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Die Politik sei aufgerufen, für mehr Gerechtigkeit in der Pflege zu sorgen. Das sei ein Auftrag unseres Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar und universell. Diese Würde bemisst sich nicht nach Alter, Gesundheitszustand oder Beitrag zum Bruttosozialprodukt." In diesem Bewusstsein finde man die richtigen Antworten auf die Frage „Was sind uns Pflegeberufe wert?". Zweck der WERTSACHEN-Veranstaltung sei, die Forderungen und Anliegen der Betroffenen in die Politik hineinzutragen, so Aras.

Dass Pflege – ob im Krankenhaus oder im Pflegeheim – systemrelevant ist, hat die Pandemie überdeutlich gezeigt. Aber wie könnte eine angemessene Wertschätzung der Arbeit von Pflegenden konkret aussehen? Darüber diskutierten die Krankenpflegerin und „Spiegel"-Bestseller-Autorin Nina Böhmer, Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe, emeritierte Professorin für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen, und Dr. Joachim Rock, Abteilungsleiter für Arbeit, Soziales und Europa im Paritätischen Gesamtverband. Axel Graser, Leiter des SWR Studios Stuttgart, moderierte die Podiumsdiskussion.

In einem Filmbeitrag von Journalistin Tabea Günzler und Prof. Stephan Ferdinand von der Stuttgarter Hochschule der Medien äußerten sich Pflegekräfte zu den schönen und den frustrierenden Seiten ihres Berufs. Anschließend schilderte Nina Böhmer, Krankenpflegerin und Autorin des Buchs „Euren Applaus könnt ihr euch sonst wohin stecken", ihre Erfahrungen: „Die schlechten Arbeitsbedingungen in der Pflege sind kein Geheimnis. Ich selbst habe große Angst davor, alt zu werden und dann einmal nicht die Pflege erhalten zu können, die ich bräuchte."

Die Podiumsrunde erörterte systemische Fehler in der Pflege und forderte deren politische Aufarbeitung. Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe nannte die in den 1990er Jahren eingeführten Fallpauschalen als Beispiel für eine fundamentale Fehlentwicklung in der Betrachtung von Pflegeleistungen: „Die betriebswirtschaftlichen Maßstäbe, die an die Pflege angelegt werden, sind fehl am Platz. Es handelt sich eben nicht um Maschinen und Arbeit wie am Fließband, sondern um Menschen." Dr. Joachim Rock fügte an: „Wir müssen endlich unser Bild ändern, dass Pflege keine produktive Dienstleistung sei. Pflege wird oft nur als Kostenfaktor gesehen. Wie soll dieser Bereich dann für junge Menschen attraktiv erscheinen?"

Die Expertinnen und Experten auf dem Podium waren sich einig: Applaus von Balkonen und Einmalzahlungen seien ganz nett, reichten aber nicht. Es brauche echte Reformen und eine Neubewertung von Arbeit am und mit dem Menschen, um das System Pflege aufzuwerten. Dafür sprachen sich auch die Gäste in der Publikumsrunde aus.

Landtagsvizepräsident Dr. Wolfgang Reinhart (CDU)

Seit 30 Jahren mit vollem Herzen Parlamentarier

Seit genau 30 Jahren ist Dr. Wolfgang Reinhart Abgeordneter des baden-württembergischen Landtags, war Minister und Fraktionsvorsitzender und ist nun seit Mai 2021 Vizepräsident des Landesparlaments. Seine große Leidenschaft für Politik ist über die drei Jahrzehnte unverändert geblieben. „Ich war schon in der katholischen Sozialarbeit als Teenager in der Kolping-Familie aktiv und hatte dann nach meiner Zeit als Hochleistungssportler mit 19 Jahren in der Jungen Union begonnen", sagt Reinhart, der damals baden-württembergischer Juniorenmeister und deutscher Vizemeister im Mittelstreckenlauf war. Bereits kurze Zeit später wurde er als jüngster Kreisrat der CDU in Baden-Württemberg in den Kreistag gewählt. „Schon da hatte mich die Politik sehr interessiert und fasziniert. Dies hat sich bis heute auch nicht geändert", betont der Abgeordnete aus dem Main-Tauber-Kreis.

Was die Arbeit in der Politik so besonders macht, weiß Dr. Reinhart genau: „Der Kontakt mit den Menschen und die Möglichkeit, aktiv mitgestalten zu können", erläutert der verheiratete Vater zweier Kinder und betont: „Ich war stets mit vollem Herzen Parlamentarier". Doch auch die Tätigkeiten in der Regierung als Finanzstaatssekretär, als Minister und Bevollmächtigter in Berlin, als Europaminister und Minister für Internationale Angelegenheiten seien stets einerseits herausfordernd, aber andererseits auch sehr reizvoll gewesen. Dennoch übe er seine berufliche Unabhängigkeit als zugelassener Rechtsanwalt nach dem Aufbau einer eigenen Anwaltskanzlei bis heute stets gerne und mit Leidenschaft neben seinem Mandat aus, soweit es die zeitliche Beanspruchung ermögliche.

Dr. Wolfgang Reinhart empfängt eine Delegation aus der Schweiz. Gespräche in internationalen Angelegenheiten gehören zu den wesentlichen Aufgaben der Vizepräsidenten.

Vertreter des gesamten Parlaments

Nachdem im Jahr 2021 der 17. Landtag von Baden-Württemberg gewählt wurde, kam für Wolfgang Reinhart in seiner ohnehin schon langen politischen Karriere noch ein weiteres bedeutendes Amt hinzu: Vizepräsident des Parlaments. Die Aufgaben sind nun anders als zuvor als Fraktionsvorsitzender oder Minister. „Man ist mit großer Mehrheit über Fraktionsgrenzen hinweg gewählt und vertritt die Interessen des gesamten Parlaments. Während etwa die Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender eher die streitige Auseinandersetzung im Parlament betraf, stehen beim Amt des Vizepräsidenten auch Themen wie politische Bildung und Demokratieförderung noch stärker im Fokus", erklärt Reinhart, der erst vor Kurzem seinen 66. Geburtstag gefeiert hat.

Schulbesuche und internationale Gespräche

Doch nicht nur im Plenarsaal ist Wolfgang Reinhart aktiv, sondern er empfängt ebenso Vertreter anderer Staaten, nimmt an Veranstaltungen zur Demokratieförderung und politischen Bildung teil oder tauscht sich mit Schülerinnen und Schülern aus. „Gerade auch die Gespräche in internationalen Angelegenheiten und bei Schulbesuchen sowie bei der mittelständischen Wirtschaft im ‚Innovationsland Nr. 1' unterwegs zu sein, sind eine große Bereicherung dieses protokollarischen Amtes", betont Reinhart.

Die aktuelle Wahlperiode dauert bis Anfang 2026. So lange ist Wolfang Reinhart als Vizepräsident gewählt. Ob es sein letztes Amt in der Politik ist? Das will Wolfgang Reinhart nicht verraten – denn erst einmal stehen noch vier Jahre intensive Arbeit für die Demokratie bevor.

Landtagsvizepräsident Daniel Born (SPD)

Debattierfähigkeit ist Power-Booster für die Demokratie

„Ich bin in die Politik gegangen, weil ich leidenschaftlicher Demokrat und überzeugt bin, dass es sich lohnt, für eine inklusive Gesellschaft zu kämpfen", sagt Vizepräsident Daniel Born, der 2016 für den Wahlkreis Schwetzingen ins Parlament eingezogen ist. Als wichtigste Aufgabe als Vizepräsident bezeichnet der 46-Jährige die Leitung von Plenarsitzungen. „Das Parlament ist das Herz unserer Demokratie und wo das Herz schlägt, da dürfen keine Störungen zugelassen werden." Das sei manchmal schon eine Herausforderung. Im Landtag solle ja leidenschaftlich und kontrovers gestritten werden, aber das Ganze müsse in einer Atmosphäre der Wertschätzung, des Respekts und der Sachorientierung erfolgen. Born vertritt den Landtag auch nach außen wie etwa bei einem Schulbesuch vom Landtag und bei offiziellen Terminen in Vertretung der Präsidentin.

Er habe sich schon als Teenager politisch engagiert und sei auf Demonstrationen gegangen, berichtete Born. Während seiner beruflichen Tätigkeit innerhalb der Sozialverwaltung habe er gesehen, dass Gesetze ganz konkreten Einfluss auf das Leben von Menschen haben und auch darauf, wie es ihnen geht.

Fleiß, eine wirkliche Überzeugung für bestimmte politische Anliegen, einstecken können, Geduld und dicke Bretter bohren können – das sind Eigenschaften, die ein Politiker braucht, meint Daniel Born. „Volksvertreter sein zu dürfen ist eine große Ehre", sagt er. Aber manchmal sei es auch anstrengend, wenn man von einer Idee überzeugt sei, aber damit politisch nicht (schnell) vorankommt. „Wenn man in die Politik geht, muss man zu einem gewissen Grad auch mit Druck umgehen können, da man ja auch in der Öffentlichkeit steht", so Vizepräsident Born. Aber es gibt auch Grenzen: Hetze und direkte persönliche Angriffe gingen gar nicht.

Die Vizepräsidenten vertreten die Landtagspräsidentin bei Terminen. Hier gratuliert Vizepräsident Daniel Born (2. v. r.) den Siegerinnen und dem Sieger von „Jugend debattiert".

„Jugend debattiert"

Gern hat Daniel Born die Präsidentin beim Landesfinale von „Jugend debattiert" vertreten. „Eine anstrengende Debatte ist immer noch besser als ein leichter Krieg", so zitierte Born den ehemaligen Schachweltmeister und russischen Oppositionellen Kasparow. Gerade vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine ist der Wettbewerb „Jugend debattiert" umso wichtiger. „Die erlernten Fähigkeiten stellen einen Power-Booster dar, um das Herz der Demokratie laut und optimistisch schlagen zu lassen", so Born. „Unsere Schülerinnen und Schüler lernen durch den Wettbewerb, sich mit einem Thema intensiv auseinanderzusetzen und einen Disput auf der Sachebene auszutragen. Und das ist eine wichtige Fähigkeit, um unsere Demokratie aktiv zu gestalten und zu stärken. Es hat mir sehr gut gefallen, wie sich die Schülerinnen und Schüler präsentiert und durch sprachlich und inhaltlich eindrucksvolle Debatten überzeugt haben", betonte Born bei der Preisverleihung.

Den baden-württembergischen Entscheid gewonnen haben übrigens Lara Jolie Kern in der Altersgruppe I (Klassenstufe 8–10) und Ella Oswald in der Altersgruppe II (Klassenstufe 10–12). Sie ziehen mit den Zweitplatzierten Daniel Grützmacher und Florian Stupp ins Bundesfinale ein und vertreten dort die Farben Baden-Württembergs.

Das Referat Informations- und Kommunikationstechnik

Geballte Erfahrung und viel Herzblut

1.100 Anwenderinnen und Anwender, darunter MdLs, Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, Mitarbeitende in den Wahlkreisbüros, verteilt in ganz Baden-Württemberg, sowie die Landtagsverwaltung, 1.350 Accounts, die 1,2 Millionen externe Mails pro Monat erhalten, 150 Server, zwei Rechenzentren – um sie alle „kümmert" sich das Referat Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) des Landtags. Des Weiteren sind da noch ca. 850 Telefone und 22 Videokonferenzsysteme. Und das ist nur der „sichtbare" Teil; hinzu kommen zahlreiche Tätigkeiten, die für die Nutzer im Verborgenen ablaufen, aber wesentlich sind für die IT- und Cybersicherheit.

Hier laufen die Kabel zusammen: Referatsleiter Ralph Geißer (l.) und Sachgebietsleiter Jörg Nußbaumer in einem Serverraum.

Kleines Team – Riesenaufgaben: 13 Kolleginnen und Kollegen sind gemeinsam mit Referatsleiter Ralph Geißer im Einsatz, damit der Landtag als „Herz der Demokratie" technisch so ausgestattet ist, dass reibungslos gearbeitet werden kann. „Das Thema Digitalisierung nimmt uns voll in Anspruch", sagt Geißer, der seit 1993 beim Landtag arbeitet und die Entwicklungen in der IT seither hautnah miterlebt. Jeder möchte heute mobil arbeiten und von überall auf seine Daten zugreifen können. Das sind Herausforderungen, vor allem in puncto Datensicherheit. „Die Planung, Konzeption und Umsetzung von Schutzmaßnahmen und Sicherheitsstandards bestimmt wesentlich unsere Tätigkeit", betont der Diplom-Finanzwirt und Anwendungsprogrammierer. Unterschiedliche Nutzerinteressen erfordern einen hohen Abstimmungsbedarf und letztlich viel Gespür für die jeweiligen Beteiligten, sagt Geißer und lobt im selben Atemzug seine Mannschaft für ihren engagierten Einsatz. Neue Administratorinnen und Administratoren werden gesucht – doch leider nicht nur vom Landtag. ITler sind überall gefragt – auch in der freien Wirtschaft. Dabei hat der Landtag einiges zu bieten: einen sicheren Arbeitsplatz, betriebliches Gesundheitsmanagement und das JobTicket BW. Ein weiteres Pfund ist die flexible Arbeitszeitgestaltung. „Das Thema Homeoffice hatte der Landtag schon lange vor Corona auf dem Schirm", hebt Ralph Geißer hervor. Und er erwähnt außerdem die vielfältigen Weiterbildungsangebote, die Entwicklungsmöglichkeiten und den Freiraum für innovative Ideen. Doch vor allem erwartet die neuen Kolleginnen und Kollegen ein

Bei Interesse gibt es ausführlichere Infos auf **www.landtag-bw.de/home/aktuelles/stellenausschreibungen.html**

Würde sich über personelle Verstärkung freuen: das Team des Referats Informations- und Kommunikationstechnik.

unkompliziertes und humorvolles Team mit viel Erfahrung. „Wertschätzung ist bei uns selbstverständlich", rührt er die Werbetrommel für die Landtags-IT.

Klassischer Quereinsteiger

Jörg Nußbaumer gehört seit 1998 zum IuK-Team. Er ist ein klassischer „Quereinsteiger". Nach seiner Ausbildung zum gehobenen Dienst bei der Bundesfinanzverwaltung wechselte er dort in den IT-Bereich als Programmierer. „Als ich zum Landtag kam, gab es noch keine PCs. Es gab Großrechner und ein Terminal, das auf dem Schreibtisch stand." Als neuer Programmierer entwickelte er ein Abrechnungsprogramm für den Besucherdienst: „Das läuft noch immer", bemerkt er schmunzelnd. Heute ist Nußbaumer Sachgebietsleiter für Client-Server-Management und Anwendungen. „Client ist das, was auf dem Schreibtisch steht, also Notebook, Monitor und Drucker – das muss alles mit Software versorgt werden", erläutert er. Aber auch die Beschaffung der Geräte gehöre dazu. Und die ist nicht zuletzt durch die Pandemie schwieriger geworden. „Es ist eine echte Herausforderung, an Hardware zu kommen", sagt Jörg Nußbaumer.

„Unsere Server stehen im Keller, die bekommen die Nutzer gar nicht zu Gesicht. Dort liegen ihre Daten." Und es ist eine Menge, was dort „gelagert" wird: allein ca. 37 Terabyte Datenvolumen durch den Mailverkehr. Neue Anwendungen wie etwa die E-Akte funktionieren über diese Server, die entsprechend konfiguriert und leistungsfähig sind. Die Server stehen in unterschiedlichen Räumen, denn falls es mal ein Feuer oder Hochwasser gibt, dann wird so ein Totalausfall verhindert. Nußbaumer betreut außerdem die Fachanwendungen, die im Landtag benötigt werden. „Die müssen eingekauft, bereitgestellt und bei Bedarf aktualisiert werden", zählt er auf. Nußbaumer schätzt an seinem Aufgabenbereich die Abwechslung, den „typischen" Arbeitstag gibt es nicht. Das Wichtigste ist, dass alle Anwendungen rundlaufen, denn falls nicht, schlagen die Nutzer Alarm. Die Schlagzahl hat sich nicht zuletzt durch Corona weiter erhöht. Was sein Tätigkeitsfeld nicht gerade leichter macht, ist die Datenschutzgrundverordnung, die mit jeder Menge Bürokratie daherkommt. „Bei jedem Projekt müssen heute zig Formulare ausgefüllt werden", stellt er fest. Doch damit ist die IuK nicht alleine – diese Bürokratisierung zieht sich wie ein roter Faden durch die komplette Landtagsverwaltung. Was Nußbaumer auch schade findet, ist, „dass wir kein Personal finden". Es gibt zu wenig IT-Fachkräfte, was für die öffentliche Verwaltung zu einem speziellen Problem wird. Dabei kommt ihm für sein Referat nur Lob über die Lippen: „Wir sind eine tolle Truppe und haben trotz dem ganzen Stress das Lachen nicht verlernt und arbeiten IT-technisch auf höchstem Niveau."

IuK in Zahlen

- **5** Fraktionen, **154** Abgeordnete und die Landtagsverwaltung werden betreut
- **8** Gebäude
- **2** Rechenzentren
- **8** SimpliVity-Cubes (hyperkonvergente Plattform)
- **5.000** Netzwerk-Ports
- **190** WLAN-Access-Points
- ca. **150** Server
- ca. **1.100** Clients
- ca. **1.350** Accounts
- ca. **850** Telefone
- **22** Videokonferenzsysteme
- ca. **1.400** Postfächer
- **1,2** Millionen externe Mails pro Monat
- davon **78 %** Malicious
- ca. **37 TB** Datenvolumen

Aufgabenfelder der IuK

IT-Servicedesk, u. a.:
- Hotline
- Technical Field-Service

IT- und Cybersicherheit, u. a.:
- Netzübergänge
- Schutzeinrichtungen

Datacenter, u. a.:
- Rechenzentren
- E-Mail-Services

Client-Server-Management-Anwendungen, u. a.:
- Kontenadministration
- zentrale Datei-, Druck- und Infrastrukturdienste

Netzwerktechnik & Systemüberwachungen, u. a.:
- Planung, Aufbau und Betrieb der LAN- und WLAN-Topologie
- Web- und Netzwerkservices

Unified Communication, u. a.:
- TK-Anlage
- Web- und Videokonferenz-Lösungen

Eine Erfolgsgeschichte

Der Landtag auf Social Media

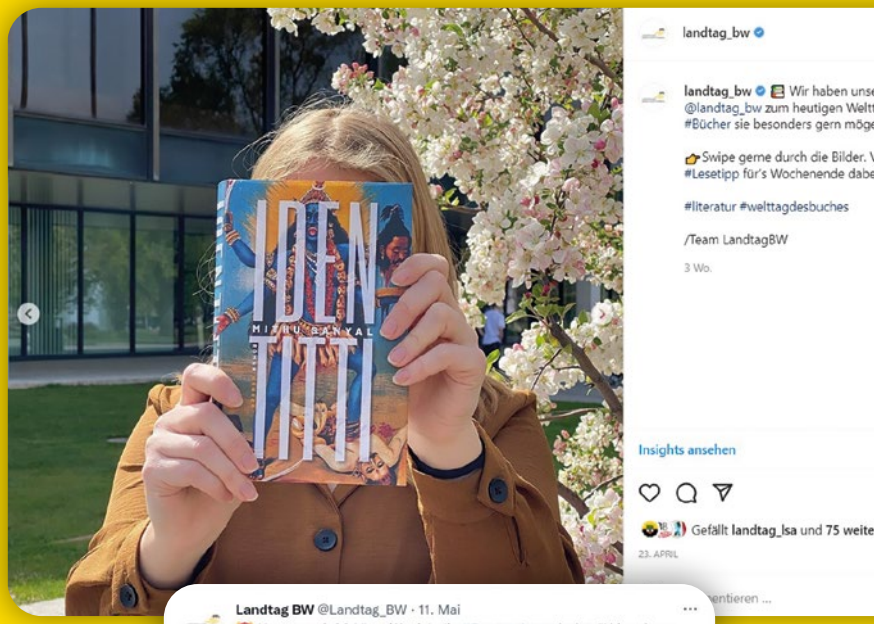
Es wird gelikt, geteilt, gepostet und gestreamt: Auch der Landtag von Baden-Württemberg ist in den sozialen Netzwerken sehr aktiv.

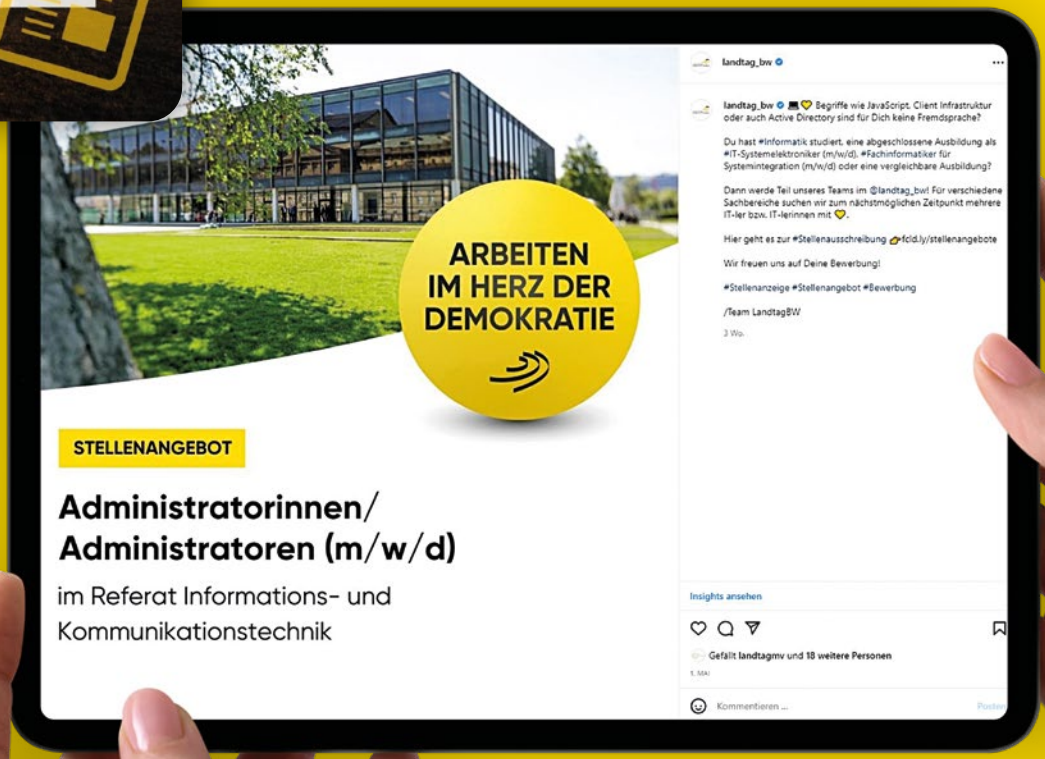
Ob Instagram, Facebook, YouTube oder Twitter: Auf allen vier Kanälen informiert das **„/Team LandtagBW“** die Bürgerinnen und Bürger über News aus dem Landtag sowie über Veranstaltungen, Sitzungen und viele weitere wissenswerte Geschichten aus dem Landesparlament.

Hinter dem Team steht das Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erstellen Fotobeiträge sowie Storys mit selbst gefilmten Videos und posten diese bei Instagram und Facebook. Außerdem gibt es kurze News-Beiträge bei Twitter und Livestreams von Sitzungen und wichtigen Veranstaltungen bei YouTube. Und die digitalen Angebote kommen bei den Menschen richtig gut an: Allein auf Facebook folgen dem Landtag **13.692** Personen – so viele wie keinem anderen deutschen Landesparlament.

LandtagBW landtag_bw Landtag_BW BWLandtag

Um den Menschen im Land die Arbeit des Parlaments anschaulich und unterhaltsam zu vermitteln, nutzt der Landtag in den sozialen Netzwerken bewusst unterschiedliche Formate. Mit Hashtags, Erwähnungen anderer Nutzer, Standortangaben und Emojis werden die Beiträge zusätzlich aufbereitet – nicht nur um die Posts unterhaltsam zu gestalten, sondern auch um Reichweite zu generieren. Denn das Ziel ist, möglichst viele Menschen über die Arbeit des Parlaments und damit über die Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu informieren.





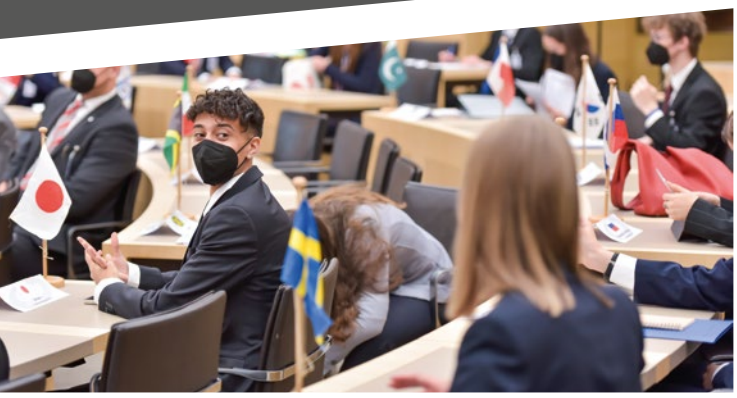
/Team LandtagBW

Veranstaltungen und Begegnungen

Eine Auswahl – mehr auf www.landtag-bw.de

18.05.2022

Nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause nimmt der Landtag von Baden-Württemberg wieder am **Stuttgarter Firmenlauf** rund um den Fernsehturm in Degerloch teil. Bei sommerlichen Temperaturen und strahlendem Sonnenschein gehen rund 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung sowie der Fraktionen an den Start. Der Startschuss fällt um 18:30 Uhr am Gazi-Stadion auf der Waldau. Die Strecke führt am Fernsehturm vorbei, über Waldwege und endet wieder am Stadion. Schnellster Läufer im Landtagsteam ist wieder Sinisa Susak, der die 6,7 Kilometer lange Strecke in rund 26 Minuten bewältigt und damit Platz 31 unter den insgesamt 3.100 Läuferinnen und Läufern belegt. Der Landtag gratuliert zu dieser tollen Leistung!



13.–15.05.2022

Der Landtag wird bei dem politischen Planspiel **„Model United Nations Baden-Württemberg"** (MUNBW) zur Bühne der Weltpolitik. Die Teilnehmenden zwischen 15 und 21 Jahren schlüpfen in die Rolle von Diplomatinnen und Diplomaten eines UN-Mitgliedstaats. Landtagspräsidentin Muhterem Aras, die Schirmfrau des Planspiels, lobt das Interesse der Jugendlichen an internationalen demokratischen Entscheidungsprozessen: „Sie nehmen die Probleme der Welt nicht als gegeben hin, sondern sie diskutieren und tragen aktiv zu ihrer Lösung bei."

13.04.2022

Drei herausragende Beiträge werden mit dem **Förderpreis des Schülerwettbewerbs** ausgezeichnet. Landtagspräsidentin Muhterem Aras, die Schirmfrau des Wettbewerbs, gratuliert der Preisträgerin und den Preisträgern: „Ihr alle habt nicht nur an einem Wettbewerb teilgenommen. Ihr habt eure Stimme in den politischen Diskurs eingebracht und euch mit euren Arbeiten am großen gesellschaftlichen Gespräch beteiligt." Im Schuljahr 2021/22 haben über 2.400 Schülerinnen und Schüler aus ganz Baden-Württemberg am Schülerwettbewerb des Landtags teilgenommen.

15.03.2022

Landtagspräsidentin Muhterem Aras empfängt den **Generalkonsul der Ukraine** für Baden-Württemberg und Bayern, Yuriy Yarmilko, zu einem Gespräch im Landtag. Die Präsidentin sagt dem Generalkonsul zu, sie werde alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Ukraine und ihre Bürgerinnen und Bürger in diesen schweren Stunden zu unterstützen. „Der Landtag von Baden-Württemberg steht an Ihrer Seite", so Muhterem Aras. Generalkonsul Yarmilko bedankt sich für die Zusagen zur Hilfe.

13.03.2022

„Maria Kalesnikava steht für den Kampf der Menschen für Demokratie, Freiheit und Frieden. Nicht nur in Belarus, sondern auch in der Ukraine und in Russland und damit auch in ganz Europa", betont Landtagspräsidentin Muhterem Aras in ihrer **Laudatio bei der Verleihung des Theodor-Haecker-Preises der Stadt Esslingen am Neckar.** Die Musikerin und Bürgerrechtlerin Kalesnikava wurde im September 2020 in Belarus verhaftet und ein Jahr später zu elf Jahren Haft verurteilt. Als Zeichen der Solidarität wird der Preis 2022 außer der Reihe verliehen. Tatsiana Khomich (2. v.r.) nimmt den Preis stellvertretend für ihre Schwester entgegen.

09.03.2022

Als Zeichen der Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und für ein friedvolles Miteinander über Grenzen hinweg veranstaltet der Landtag gemeinsam mit dem Staatsorchester Stuttgart ein **Friedenskonzert.** „Mit dem Konzert im Landtag wollen wir ein deutliches Zeichen setzen für die Verständigung von Menschen und ein friedliches Miteinander von Kulturen", sagt Landtagspräsidentin Muhterem Aras, „und wir wollen auch klar zeigen: Das Gift des Krieges und der Spaltung darf nicht in unsere Gesellschaft eindringen." Mit diesem Friedenskonzert erhebe die Kultur ihre Stimme. „Wir sollten uns besonders für die Kultur als Stimme der Freiheit einsetzen. Sie darf nicht durch Gewalt verstummen. Wir sollten geflüchteten Künstlerinnen und Künstlern sowie Journalistinnen und Journalisten etwa über Stipendien Perspektiven eröffnen – damit sie bei uns leben und ihre wichtige Arbeit fortsetzen können", fordert Aras. Bei dem Konzert vor rund 300 Gästen spielen Musikerinnen und Musiker, die selbst deutsche, polnische, rumänische, russische, ukrainische und ungarische Wurzeln haben.

08.03.2022

Zum **Internationalen Frauentag** spricht Landtagspräsidentin Muhterem Aras bei einem Festempfang im Rathaus der Stadt Heilbronn. In ihrer Rede geht es auch um starke Frauen, die ihrer Zeit voraus waren. „Mutige Frauen waren und sind unbequeme Frauen. Sie stellen den Status quo in Frage und fordern politische Veränderung und Teilhabe", betont die Landtagspräsidentin vor den großteils digital zugeschalteten Gästen. „Historische Frauen als Vorbilder, das brauchen wir. Vorbilder für den Kampf um Gleichberechtigung und um Demokratie".

27.01.2022

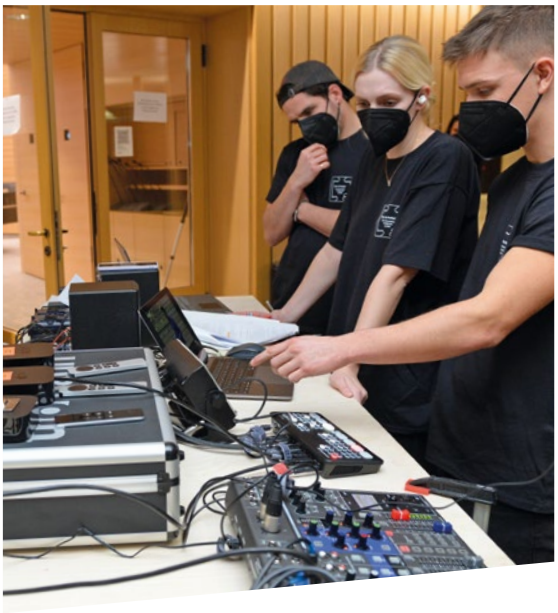
Die zentrale **Gedenkfeier am Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau** vor 77 Jahren findet aufgrund der pandemischen Lage erneut größtenteils digital statt. Zum Auftakt des Gedenkens legt die Landtagspräsidentin im Beisein von Daniel Strauß, Vorstandsvorsitzender des Landesverbands der Sinti und Roma Baden-Württemberg, Dr. Daniel Rapp, Oberbürgermeister der Stadt Ravensburg, sowie von einigen Abgeordneten am Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma an der Kirche St. Jodok in Ravensburg einen Kranz nieder.

24.01.2022

Die Präsidentinnen und Präsidenten sowie die Direktorinnen und Direktoren der deutschen und österreichischen Landesparlamente, des Südtiroler Landtags, des österreichischen Bundesrates und des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens treffen sich zu einer **Europakonferenz.** Im Mittelpunkt der Tagung stehen neben der Diskussion über die Covid-Pandemie und ihre Herausforderungen insbesondere in Grenzregionen vor allem die Beratung der gemeinsamen Europa-Erklärung mit Schwerpunkt auf die aktuell laufende Konferenz zur Zukunft Europas.

19.01.2022

Warum engagieren sich junge Frauen und Männer für Politik? Und wer ist eigentlich „die Politik"? Bei dem interdisziplinären journalistischen Projekt „CONMEDIA" greifen über 20 Studierende der **Hochschule der Medien** (HdM) diese Fragen auf und begeben sich auf Motivsuche im Landtag von Baden-Württemberg. Begleitet von Handykameras und einem mobilen Regiewagen macht sich das Moderatorenteam auf den Weg durch das Haus des Landtags. An verschiedenen symbolischen Orten begegnen sie jungen Menschen, die sich in den Diskurs einbringen: Die Aktivistin Louisa etwa nutzt Instagram, Sven gibt Menschen mit Behinderung im öffentlichen Raum eine Stimme, Noreen macht im „Team Tomorrow" Politik greifbarer. Die Gespräche werden per Livestream direkt auf den YouTube-Kanal des Landtags übertragen. Auf dem Rundgang durch Plenum, Lobby und Büros begegnen die CONMEDIA-Moderatoren auch Menschen, die einordnen: der Präsidentin des Landtags Muhterem Aras etwa oder einem Hate-Speech-Experten. Mit dem Format will das studentische Team der jungen Generation eine Plattform geben.



05.01.2022

Unter dem diesjährigen Motto der **Dreikönigsaktion,** „Gesund werden – gesund bleiben. Ein Kinderrecht weltweit", sind die erwachsenen Sternsingerinnen und Sternsinger vom Dompfarramt St. Eberhard gekommen, um den Segen zu bringen und Geld für benachteiligte Kinder zu sammeln. Der Vizepräsident des Landtags Daniel Born empfängt sie coronakonform draußen vor dem Eingang. In diesem Jahr unterstützen die Sternsinger mit ihrer Solidaritätsaktion unter anderem zwei Krankenhäuser im Südsudan.

08.12.2021

Einen „Leitstern" nennt Landtagspräsidentin Muhterem Aras die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948. Anlässlich des **Internationalen Tags der Menschenrechte** am 10. Dezember findet in der Lobby des Landtags eine digital übertragene Veranstaltung mit der gemeinnützigen Organisation Farida und dem Tübinger Völkerrechtler Prof. Dr. Jochen von Bernstorff statt. Im Anschluss an den Fachvortrag von Prof. von Bernstorff berichtet die Jesidin Sanaa Ali Alneamat von Farida e. V. eindrücklich über ihre Erfahrungen in IS-Gefangenschaft.

20.11.2021

Anstelle von Politikerinnen und Politikern belegen als „Best of Poetry Slam-Sextett" **wortgewandte Künstlerinnen und Künstler** das begehrte Rednerpult im Plenarsaal. Als Thema gesetzt: der Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Julian Heun kommt in seinem Beitrag zu dem Schluss, dass es uns einfach zu gut geht. Er reimt: „Wir haben alles, nur fast nichts von dem, was wir bräuchten, um zu leuchten." Ein Leuchten geht an diesem Abend auf jeden Fall vom Landtag aus. Am Ende liegt Luca Swieter im Wettstreit der Slammer vorn. Applaus!

28.11.2021

Zum Start des achttägigen **jüdischen Lichterfestes Chanukka** wird auch im Landtag von Baden-Württemberg das erste Licht des Chanukka-Leuchters entzündet – zum ersten Mal in der Geschichte des Parlaments. „Jüdische Traditionen sind ein tief verwurzelter Teil unseres gemeinsamen Kulturgutes. Das wollen wir gemeinsam sichtbar machen. Auch dafür steht für mich der Chanukka-Leuchter als Symbol", sagt Landtagspräsidentin Muhterem Aras. Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlichster Institutionen sind der Einladung in den Landtag gefolgt.

25.11.2021

Der Landtag von Baden-Württemberg setzt ein Zeichen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen und beteiligt sich an der **internationalen Kampagne „Orange The World"**, bei der zahlreiche Institutionen ihre Gebäude in Orange beleuchten. „Gewalt gegen Frauen ist kein Phänomen der Vergangenheit, kein Problem fremder Länder und Kulturen, sondern passiert täglich in der Mitte unserer Gesellschaft. Es ist Zeit, dem ein Ende zu setzen", betont Landtagspräsidentin Muhterem Aras. Die Farbe Orange symbolisiert eine Zukunft ohne Gewalt.

11.11.2021

Bereits zum vierten Mal sind die **Personalrätinnen und Personalräte des Beamtenbundes Baden-Württemberg** (BBW) zu Gast im Landesparlament. Begrüßt werden sie bei dem Empfang im Haus des Landtags von Landtagsvizepräsident Dr. Wolfgang Reinhart. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht eine Podiumsdiskussion. Als Schnittstelle zwischen Beschäftigten und Dienstherrn leisten die Personalrätinnen und Personalräte mit ihrem ehrenamtlichen Engagement einen wichtigen Beitrag zum sozialen Ausgleich.

11.11.2021

154 kreative Perspektiven auf die Abgeordneten des 17. Landtags von Baden-Württemberg sind in der **Ausstellung „Wie wir euch sehen – Landtagsabgeordnete im Porträt"** im Haus des Landtags zu bewundern. Landtagspräsidentin Muhterem Aras eröffnet die Vernissage mit Werken von 200 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. „Ich freue mich sehr über das Projekt, weil es die Kunstschaffenden auf eine ganz eigene Art mit dem Parlament in Berührung bringt", sagt die Landtagspräsidentin.

11.11.2021

Der **Generalkonsul des Staates Katar** in München, Radi bin Sowayed Alajami, kommt zu seinem Antrittsbesuch in den Landtag. Er wird von Landtagsvizepräsident Dr. Wolfgang Reinhart zu einem Gespräch in seinem Dienstzimmer empfangen. Radi bin Sowayed Alajami amtiert seit September 2021 als Generalkonsul in München; zuvor war er in verschiedenen beruflichen Stationen sowohl in der Regierung als auch im diplomatischen Dienst seines Landes tätig.

11.10.2021 + 21.10.2021

Mit einer Kombination aus Digitalem und Analogem startet der **achte Jugendlandtag,** organisiert von Landesjugendring, Landeszentrale für politische Bildung, Ring politischer Jugend und Landtag. „Wir können nicht auf Veränderung hoffen und gleichzeitig alles so lassen, wie es ist", sagt Landtagspräsidentin Muhterem Aras bei ihrer Begrüßung in Anlehnung an ein Zitat von Albert Einstein. Nach der Begrüßung und einer kurzen Einführung in die Workshops dürfen sich die Jugendlichen mit den teilnehmenden MdLs in eine Diskussions- und Austauschrunde begeben.

Mehr Chancengleichheit, flächendeckender Breitbandausbau, Kohleausstieg 2030: Zum Abschluss des **Jugendlandtags 2021, am 21. Oktober 2021,** übergeben die rund 40 Jugendlichen ihre Forderungen an den Landtag. „Man spürt die Vorarbeit, die ihr geleistet habt. Man spürt das Herzblut, das ihr hier einbringt", sagt Landtagspräsidentin Muhterem Aras. Auf sieben Puzzle-Teilen haben die Jugendlichen ihre Forderungen an die Abgeordneten notiert. Sie kündigen an, in einem Jahr nachfragen zu wollen, was aus den Anliegen geworden ist.

12.10.2021

Eine **Delegation** aus Nationalrätinnen und Nationalräten sowie einer Ständerätin der Schweizerischen Eidgenossenschaft besucht den Landtag von Baden-Württemberg. Die Gäste bilden die „Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag" und werden von Landtagsvizepräsident Dr. Wolfgang Reinhart zu einem Gespräch empfangen, an dem auch Abgeordnete des Landtags von Baden-Württemberg teilnehmen.

08.10.2021

„Es ist wirklich schön, wieder so viele junge Menschen hier im Landtag zu sehen", freut sich Landtagspräsidentin Muhterem Aras bei der Begrüßung der Gäste des **Jugendkongresses „U21 Next Station: Participation"** des Landesschülerbeirats Baden-Württemberg und des Dachverbands der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg. Die Präsidentin lobt den Einsatz der jungen Menschen für die Fridays-for-Future-Bewegung, gegen Rassismus und Sexismus. „Ihr seid kritisch – und das finde ich stark", sagt Muhterem Aras.

25.–26.09.2021

Ganz so hoch wie der Montblanc ist der Kletterturm vor dem Landtag nicht. Dennoch erfordert es schon ein bisschen Mut, sich in die schwindelnde Höhe zu begeben. Und Mut haben die Kinder, die zu Gast beim **Stuttgart City-kids-Festival** sind. Unter dem Motto „Kinder aus aller Welt zu Hause in Stuttgart" verwandeln sich sechs Stuttgarter Plätze in Kontinente. Vor dem Landtag dreht sich alles um Europa. Beim Puzzeln setzen die Kids Europa Land für Land zusammen. Wer lieber bastelt, kann sein eigenes Musikinstrument bauen. Die Kinder haben die Möglichkeit, auf Leinwänden ihre Wünsche an Europa auszudrücken – ganz im Zeichen der Konferenz zur Zukunft Europas.

22.09.2021

Christine Werner ist die **neue Direktorin beim Landtag.** „Ich freue mich sehr, dass erstmals eine Frau an der Spitze der Landtagsverwaltung steht", sagt Landtagspräsidentin Muhterem Aras zur Begrüßung. Bereits am Abend zuvor hat das Präsidium der Berufung Werners zur Ministerialdirektorin beim Landtag zugestimmt. Christine Werner war nach Stationen als Präsidialrichterin am Oberlandesgericht Stuttgart und Vorsitzende einer Strafkammer am Landgericht Ulm zuletzt Direktorin des Amtsgerichts Ulm.

13.09.2021

„Zum Engagement für eine offene Gesellschaft gehört es, Vorurteile zu verhindern, indem wir Menschen die Möglichkeit geben, sich selbst ein Urteil zu bilden. Prof. Dr. Bernstein und Dr. Volkmann sind solche Ermöglicher." So würdigt Landtagspräsidentin Muhterem Aras die Soziologin Prof. Dr. Julia Bernstein und den Pfarrer Dr. Michael Volkmann, die von der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg (IRGW) und dem Landtag mit der **Joseph-Ben-Issachar-Süßkind-Oppenheimer-Auszeichnung** geehrt werden. Mit der Auszeichnung wird herausragendes Engagement in Wissenschaft und Publizistik gegen Minderheitenfeindlichkeit und Vorurteile gewürdigt.

25.08.2021

„Baden-Württemberg ist ein perfekter Startpunkt für eine Freundschaftsfahrt", freut sich Landtagsvizepräsident Daniel Born über den Besuch von 40 **Bundesbikerinnen und -bikern.** Im Landtag kreuzen sich die Wege von Menschen der Ambulanten Hilfe e. V. Stuttgart, die basisdemokratisch Selbsthilfe fördern und den Bundesbikerinnen und -bikern, die regelmäßig caritatives Engagement finanziell unterstützen und so Aufmerksamkeit auf wichtige Themen lenken. Im Gepäck haben die Bundesbiker einen Scheck in Höhe von 2.000 Euro, den sie an die Ambulante Hilfe e. V. Stuttgart übergeben.

Impressum

Der LANDTAGSSPIEGEL wird herausgegeben von der Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg.

Redaktion
Willi Reiners (verantw.)
Bettina Schreitmüller
Marco Piljic
Constanze Loser

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder. Entsprechendes gilt für die Beiträge der Fraktionen.

Layout & Design
unger+ kreative strategen GmbH, www.ungerplus.de

Herstellung
DHW – Druckhaus Waiblingen, www.dhw.de

Gedruckt auf chlor- u. säurefrei gebleichtem Papier

Fotos
© Andreas Kaier [Titel (u. li.), S. 48 (u. li.), 51, 52, 53 (u.), 58 (Mi. re., u. li.), 60 (o. re., Mi. re.), 61 (o. li., Mi. re., u. re.), 62 (o. li., Mi. re., u. re.), 63 (Mi. li., Mi. re.), 64 (o. re., Mi. li.)]
© Feuerwehr Dettingen a. d. Iller/ Norbert Damaschke [S. 20 (Mi.)]
© Fraktion AfD [S. 14, 15]
© Fraktion CDU [S. 08, 09]
© Fraktion FDP/DVP [S. 12, 13]
© Fraktion Grüne [S. 06, 07, 20 (u. re.)]
© Fraktion SPD [S. 10, 11]
© Hubert Klausmann [S. 46 (Karte)]
© Jan Potente [S. 01]
© Landesmedienzentrum [S. 16 (u. re.), 47 (Mi.)]
© Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg [Inhalt (o. re.), S. 16, 17 (o. re.), 18 (Mi.)]
© Landtag von Baden-Württemberg [Titel (o.), S. 02 (u. li.), 05 (o. re.), 23 (o.), 48 (u. re.), 49, 50 (Mi.), 58 (o. re.), 60 (Mi. li., u. li.), 61 (Mi. li.), 62 (Mi. li.), 63 (o. li., u. re.)]
© Leif Piechowski [Titel (u. re.), Inhalt (Mi. re.), S. 22, 53 (o.), 54, 55]
© Lena Lux [S. 31 (o.)]
© Max Kovalenko [Inhalt (Mitte li.), S. 19 (o., Mi.), 21, 46 (o. re.), 56 (o.), 58 (Mi. li.]
© picture-alliance/Adolf Castagne [S. 16 (u. li.)]
© picture-alliance/Bildagentur-online/ Blend Images/JGI/Jamie Grill [S. 45 (Mi. re.)]
© picture-alliance/dpa/Bernd Weißbrod [S. 04/05 (u.), 45 (u. re.)]
© picture-alliance/dpa/Boris Rössler [S. 47 (u. li.)]
© picture-alliance/dpa/dpa [S. 17 (u. li., u. re.)]
© picture-alliance/dpa/Felix Kästle [S. 47 (u. re.)]
© picture-alliance/dpa/Harry Flesch [S. 18 (u. li.)]
© picture-alliance/dpa/Heinz Wieseler [S. 47 (o. re.)]
© picture-alliance/dpa/Marijan Murat [S. 04 (o.)]
© picture-alliance/dpa/Oliver Berg [S. 50 (u.)]
© picture-alliance/dpa/Patrick Seeger [S. 46 (u. li.)]
© picture-alliance/dpa/Sebastian Gollnow [S. 03 (o.)]
© picture-alliance/dpa/Uwe Anspach [S. 45 (o. re.)]
© picture-alliance/dpa/Vetter [S. 45 (u. li.)]
© picture-alliance/Herbert Rudel [S. 46 (u. re.)]
© picture-alliance/imageBROKER/Rainer Herzog [S. 45 (Mi. li.)]
© picture-alliance/Kunz/Augenklick [S. 18 (u. re.)]
© picture-alliance/Michael Moesch [S. 19 (u. li.)]
© picture-alliance/Winfried Rothermel [S. 03 (u.)]
© Roberto Bulgrin [Inhalt (o. li.), S. 59 (o. li., Mi. li.)]
© Stadtarchiv Karlsruhe 8/BA Schlesiger/ Horst Schlesiger [S. 19 (u. re.), 20 (u. li.)]
© Staatsministerium Baden-Württemberg [S. 40]
© Stadtarchiv Heilbronn/B. Kimmerle [S. 59 (u. re.)]

Der LANDTAGSSPIEGEL kann kostenlos angefordert werden bei der

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart
E-Mail: landtagspressestelle@landtag-bw.de

Texte im Internet
Im Internet steht der LANDTAGSSPIEGEL als barrierefreies PDF-Dokument zur Verfügung:
www.ltbw.de/Informationsmaterial

Redaktionsschluss
18. Mai 2022 (Mantel)

© 2022 Landtag von Baden-Württemberg

Sitzungsplan

Juli 2022 – Juli 2023

Scannen Sie den QR-Code, um den gesamten Sitzungsplan für 2023 aufzurufen.

Im August finden keine Sitzungen statt.

- **Ständiger Ausschuss**
- **Innenausschuss**
- **Finanzausschuss**
- **Bildungsausschuss**
- **Wissenschaftsausschuss**
- **Umwelt- und Energieausschuss**
- **Wirtschaftsausschuss**
- **Sozial- und Integrationsausschuss**
- **Verkehrsausschuss**
- **Landwirtschaftsausschuss**
- **Landesentwicklungs- und Wohnungsausschuss**
- **Europaausschuss**
- **Petitionsausschuss**
- **Präsidium**
- **Plenum**
- **Fraktionen**
- **Reserviert für Sitzungen der Ausschüsse, Sondergremien und Fraktionen**
- **Informationswoche**

JULI 2022	SEPTEMBER 2022	OKTOBER 2022	NOVEMBER 2022	DEZEMBER 2022
1 Fr ◌	1 Do	1 Sa	1 Di	1 Do ■ ■
2 Sa	2 Fr	2 So	2 Mi	2 Fr ■ ■
3 So	3 Sa	3 Mo ⓘ	3 Do	3 Sa
4 Mo ⓘ	4 So	4 Di	4 Fr	4 So
5 Di	5 Mo	5 Mi	5 Sa	5 Mo ⓘ
6 Mi	6 Di	6 Do	6 So	6 Di
7 Do	7 Mi	7 Fr	7 Mo	7 Mi
8 Fr	8 Do	8 Sa	8 Di ■	8 Do
9 Sa	9 Fr	9 So	9 Mi ■	9 Fr
10 So	10 Sa	10 Mo	10 Do ■	10 Sa
11 Mo	11 So	11 Di ■	11 Fr	11 So
12 Di ■ □	12 Mo	12 Mi ■	12 Sa	12 Mo
13 Mi ■ ■ ■ ■	13 Di ■	13 Do ■	13 So	13 Di ■
14 Do ■ ■ ■ ■	14 Mi ■	14 Fr	14 Mo	14 Mi ■
15 Fr ◌	15 Do ■	15 Sa	15 Di ■	15 Do ■
16 Sa	16 Fr	16 So	16 Mi	16 Fr ■
17 So	17 Sa	17 Mo	17 Do ■ ■	17 Sa
18 Mo	18 So	18 Di ■	18 Fr ■ ■	18 So
19 Di ■	19 Mo	19 Mi ■ ■ ■ ■ ■	19 Sa	19 Mo
20 Mi ■	20 Di ■ □	20 Do ■ ■ ■ ■	20 So	20 Di ■
21 Do ■	21 Mi ■ ■ ■ ■ ■	21 Fr ◌	21 Mo	21 Mi ■
22 Fr	22 Do ■ ■ ■ ■	22 Sa	22 Di ■	22 Do
23 Sa	23 Fr ◌	23 So	23 Mi	23 Fr
24 So	24 Sa	24 Mo	24 Do ■ ■	24 Sa
25 Mo	25 So	25 Di ■ □	25 Fr ■ ■	25 So
26 Di	26 Mo	26 Mi ■ ■ ■ ■	26 Sa	26 Mo
27 Mi	27 Di ■	27 Do ■ ■ ■ ■	27 So	27 Di
28 Do	28 Mi ■ ■ ■ ■	28 Fr ◌	28 Mo	28 Mi
29 Fr	29 Do ■ ■ ■ ■	29 Sa	29 Di ■ □	29 Do
30 Sa	30 Fr ◌	30 So	30 Mi	30 Fr
31 So		31 Mo		31 Sa

JANUAR 2023	FEBRUAR 2023	MÄRZ 2023	APRIL 2023	MAI 2023	JUNI 2023	JULI 2023
1 So	1 Mi ■	1 Mi ■ ■ ■ ■ ■	1 Sa	1 Mo ⓘ	1 Do	1 Sa
2 Mo	2 Do ■	2 Do ■ ■ ■ ■	2 So	2 Di	2 Fr	2 So
3 Di	3 Fr	3 Fr ◌	3 Mo	3 Mi	3 Sa	3 Mo
4 Mi	4 Sa	4 Sa	4 Di	4 Do	4 So	4 Di ■
5 Do	5 So	5 So	5 Mi	5 Fr	5 Mo	5 Mi ■ ■ ■ ■ ■
6 Fr	6 Mo	6 Mo	6 Do	6 Sa	6 Di	6 Do ■ ■ ■ ■
7 Sa	7 Di ■	7 Di ■	7 Fr	7 So	7 Mi	7 Fr ◌
8 So	8 Mi ■ ■ ■ ■ ■	8 Mi ■	8 Sa	8 Mo	8 Do	8 Sa
9 Mo	9 Do ■ ■ ■ ■	9 Do ■	9 So	9 Di ■ □	9 Fr	9 So
10 Di ■	10 Fr ◌	10 Fr	10 Mo	10 Mi ■ ■ ■ ■	10 Sa	10 Mo
11 Mi ■	11 Sa	11 Sa	11 Di	11 Do ■ ■ ■ ■	11 So	11 Di ■ □
12 Do ■	12 So	12 So	12 Mi	12 Fr ◌	12 Mo	12 Mi ■ ■ ■ ■
13 Fr	13 Mo ⓘ	13 Mo	13 Do	13 Sa	13 Di ■	13 Do ■ ■ ■ ■
14 Sa	14 Di	14 Di ■	14 Fr	14 So	14 Mi ■ ■ ■ ■ ■	14 Fr ◌
15 So	15 Mi	15 Mi ■ ■ ■ ■ ■	15 Sa	15 Mo ⓘ	15 Do ■ ■ ■ ■	15 Sa
16 Mo	16 Do	16 Do ■ ■ ■ ■	16 So	16 Di	16 Fr ◌	16 So
17 Di ■ □	17 Fr	17 Fr ◌	17 Mo	17 Mi	17 Sa	17 Mo
18 Mi ■ ■ ■ ■ ■ ■	18 Sa	18 Sa	18 Di ■	18 Do	18 So	18 Di ■
19 Do ■ ■ ■ ■ ■	19 So	19 So	19 Mi ■	19 Fr	19 Mo	19 Mi ■
20 Fr ◌	20 Mo	20 Mo ⓘ	20 Do ■	20 Sa	20 Di ■ □	20 Do ■
21 Sa	21 Di	21 Di	21 Fr	21 So	21 Mi ■ ■ ■ ■	21 Fr
22 So	22 Mi	22 Mi	22 Sa	22 Mo	22 Do ■ ■ ■ ■	22 Sa
23 Mo	23 Do	23 Do	23 So	23 Di ■	23 Fr ◌	23 So
24 Di ■	24 Fr	24 Fr	24 Mo	24 Mi ■	24 Sa	24 Mo
25 Mi ■ ■ ■ ■	25 Sa	25 Sa	25 Di ■	25 Do ■	25 So	25 Di
26 Do ■ ■ ■ ■	26 So	26 So	26 Mi ■ ■ ■ ■ ■	26 Fr	26 Mo	26 Mi
27 Fr	27 Mo	27 Mo	27 Do ■ ■ ■ ■	27 Sa	27 Di ■	27 Do
28 Sa	28 Di ■ □	28 Di ■ □	28 Fr ◌	28 So	28 Mi ■	28 Fr
29 So		29 Mi ■ ■ ■ ■	29 Sa	29 Mo	29 Do ■	29 Sa
30 Mo		30 Do ■ ■ ■ ■	30 So	30 Di	30 Fr	30 So
31 Di ■		31 Fr ◌		31 Mi		31 Mo

Weitere Informationen

→ Volkshandbuch
Das Volkshandbuch zur 17. Wahlperiode mit Fotos und Kurzbiografien der Abgeordneten, einem Auszug aus der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Landtags.

→ Willkommen im Landtag
Kurz gefasster Überblick über Aufgaben und Organisation des zentralen Verfassungsorgans Baden-Württembergs.

→ Grundgesetz/Landesverfassung
Taschenbuch

→ Reise in den Landtag
Kinderbroschüre
Max und Bea sollen einen Aufsatz zum Thema Politik/Landtag in Baden-Württemberg schreiben. Gemeinsam mit einem Außerirdischen und dessen Raumschiff unternehmen die Kinder eine nächtliche Reise in den Landtag.

→ Das Petitionsrecht
Faltprospekt

→ Weg der Erinnerung
Flyer mit Informationen über fünf Stuttgarter Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus

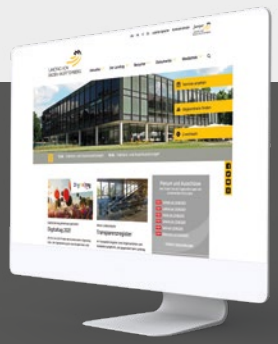
Diese Publikationen können *kostenlos* angefordert werden beim

Landtag von Baden-Württemberg
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart
Telefax: 0711 2063-142402
E-Mail: post@landtag-bw.de

Bestellmöglichkeit im Internet:
www.ltbw.de/Informationsmaterial

→ Internet
Homepage des Landtags (einschließlich Live-Übertragung von Plenardebatten und Mediathek):
www.landtag-bw.de

→ Aktuelle Sitzungstermine



→ Anmeldung zu Besuchen
Landtag von Baden-Württemberg
Besucherdienst
Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart
Telefon: 0711 2063-2009, Telefax: 0711 2063-142402
E-Mail: bsd@landtag-bw.de

→ Landtagsfilm (DVD)
Der Film erklärt in vier Kapiteln Aufgaben und Organisation des Landtags und vermittelt einen Einblick in die Arbeit der Abgeordneten.

Ein neuer Film zur 17. Wahlperiode ist derzeit in Arbeit.

Folgen Sie uns! LandtagBW · landtag_bw · Landtag_BW · BWLandtag